Sozialwissenschaftliche Studienbibliothek bei der Arbeiterkammer

Studienbibliothek Arbeiterkammer Wien
II 28081 UN

860942

Der Vorwärts-Konflikt

Gesammelte Aktenstücke

Preis 30 Pf.

Kommissions-Verlag G. Birk & Co.
München.

Der Berliner "Vorwärts"-Konflikt, der sich über mehrere Monate hinzog und in der unterschiedlichen politischen Haltung der einzelnen Redakteure begründet war, endete im Oktober 1905 damit, daß sechs Redakteure, nämlich Eisner, Gradnauer, Büttner, Kaliski, Schröder und Wetzker, kündigten und im November 1905 vorliegende Schrift herausgaben. (Vgl. dazu: Osterroth, Franz/Schuster, Dieter: Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Berlin, 1975, S.120.)

Der
Vorwärts-Konflikt

Gesammelte Aktenstücke

407

II 28.081

AB

Nicholas Kiricsky

Bibliothek der Arbeiterkammer

Vorbemerkung.

Die Bemühungen des Vorstandes des Vereins Arbeiterpresse und der aus dem Vorwärts ausgeschiedenen sechs Redakteure, einen das Parteiinteresse fördernden Ausgleich an dem verhängnisvollen Vorwärts-Konflikt herbeizuführen, sind letzten Endes an dem Widerstand der Berliner Parteifunktionäre gescheitert. Wir müssen daher ohne die andere Seite auf den Ausgleich hinzuwirken suchen, der nur in der Richtung geschehen kann, daß die Wahrheit vollständig ans Licht trete, Gemeingut der Partei werde und ihr Urteil bilde und festige.

Zu diesem Zwecke veröffentlichen wir in diesem Heft alle wesentlichen Aktenstücke des Konflikts, die bisher entweder überhaupt nicht bekanntgegeben worden oder doch zeitlich und räumlich so zerstreut worden sind, daß eine zuverlässige Urteilsbildung sich schwer ermöglichte. Die Dokumente sprechen für sich selbst. Ihre Wertung überlassen wir guten Gewissens der Partei und schließlich der alle Wirrnis und Befangenheit klärenden Zeit!

Unsere Publikation soll nicht den Kampf fortsetzen, sondern vielmehr, soweit unsere kollektive Aktion in Betracht kommt, ihn abschließen. Unnötig nochmals zu sagen, daß wir mit ihr keinerlei persönliche Interessen verfolgen. Wir haben den Fall von Anfang an als eine Prinzipienfrage ernstester Art aufgefaßt, um deretwillen wir unsere Person preisgeben müßten. Wir waren uns von Anfang an bewußt, daß für uns persönlich nur Schaden und Pein erwachsen würde. Es handelt sich auch nicht bloß um die moralische Stellung der Parteiredakteure in der Partei — der jetzige Konflikt entscheidet über die ganze innere Gesundheit der Organisation der deutschen Arbeiterbewegung. Es ist die Frage der Würde aller

verantwortlichen Vertrauenspersonen in der Demokratie, die auf dem Spiele steht; es ist die Entscheidung zu treffen, ob statt des Systems absoluter Oeffentlichkeit die Methode des heimlichen Gerichts, statt der offenen Aussprache die hinterlistige Verdächtigung, statt des parteigenössischen Vertrauens die dunkle Intrige, statt vernünftiger Ueberlegung die blinde Laune, statt der sicheren Tatsache die willkürliche Stimmung, ob endlich das Regiment der geschmeidigsten Demagogie, des persönlichen Ehrgeizes und des skrupellosen Strebertums in der deutschen Sozialdemokratie herrschen solle.

Was aber das für die Partei gleichgültige Schicksal unserer Person anlangt, so trösten wir uns mit dem Bewußtsein, daß wir uns der Parteigewalten gegenüber in derselben Lage befinden, wie das Proletariat in seiner Gesamtheit gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft: Wir sind die Schwächeren, drüben ist alle äußere Macht. Auf unserer Seite aber ist das R e ch t.

Berlin, November 1905.

Büttner, Gradnauer, Eisner, Kaliski, Schröder, Wetzker.

Kurt Eisner

Erstes Kapitel.

Der Briefwechsel mit dem Parteivorstand.

I.

Berlin, den 10. Oktober 1905.

An den Parteivorstand.

Verehrte Parteigenossen!

Die Unterzeichneten sehen sich genötigt, die folgende Verwahrung dem Parteivorstand zu übermitteln:

Vor dem Parteitag in Jena hatte der Vorstand mit der Redaktion über die Unzuträglichkeiten beraten, welche aus den Gegensätzen innerhalb der Redaktion entstanden waren. Der Vorstand machte Vorschläge zur Sicherstellung der Anschauungen der Minorität, zu denen wir unser Einverständnis aussprachen. Wir selbst haben über diesen Vorschlag hinaus unsere Bereitwilligkeit erklärt, der Minorität die Behandlung der inneren Parteifragen im weitesten Umfange zu übergeben. Wir haben außerdem noch ausdrücklich uns einverstanden erklärt mit etwaigen weiteren Maßnahmen zur Vervollständigung und Verbesserung der Redaktion, wie der Heranziehung einer in ökonomischen Fragen besonders tüchtigen Kraft. Wir mußten danach annehmen, daß der Parteivorstand die Redaktionsverhältnisse entweder durch die allseitige Einigung auf seine eigenen Vorschläge als geordnet ansah, oder daß er über etwaige weitere Maßnahmen eine Besprechung mit uns herbeiführen würde.

Der Vorstand ist jedoch in der vorigen Woche wiederholt in offizielle Beratungen über Aenderungen in den Redaktionsverhältnissen eingetreten und hat der Preßkommission Vorschläge unterbreitet, ohne daß die Redaktion von diesen Vorschlägen in Kenntnis gesetzt und ohne daß sie zu den Beratungen zugezogen wurde. Genosse Singer hat, als er am letzten Freitag erfuhr, daß wir durch die Preßkommission eingeladen worden sind, ausdrücklich erklärt, daß der Vorstand von dieser Einladung nichts wisse und unter Ausschluß der Redaktion zu verhandeln und zu beschließen gedenke. Dieses Verfahren hat noch eine weitere Verschärfung erreicht, indem ein besonderes Gebot des Schweigens über die gemachten Vorschläge und die Beschlüsse verhängt wurde.

All dies ist umsomehr erstaunlich, als Genosse Singer in Jena vor Beginn der Verhandlungen der Fünfzehner-Kommission dem Genossen Eisner zugesichert hat, daß in den Redaktionsverhältnissen keinerlei Aenderungen eintreten sollen, es sei denn, daß möglicherweise eine Verstärkung der Redaktion durch einen ökonomisch geschulten Redakteur in Betracht kommt.

Wir fühlen uns durch dieses Verfahren des Vorstandes aufs äußerste beschwert. Wir sind nicht Kommis eines kapitalistischen Betriebes, dessen Unternehmer als Herr im Hause alle Einrichtungen des Betriebes befindet, dessen Angestellte nicht mitberaten dürfen, sondern lediglich Befehle des Herrn ausführen. Wir sind Parteigenossen, die seit vielen Jahren zum Teil seit Jahrzehnten in der Partei arbeiten. Wir sind seit vielen Jahren, zum Teil seit 10 und 15 Jahren, Redakteure des Vorwärts. Wir stehen seit so langer Zeit in Vertrauensstellungen von großer Bedeutsamkeit für die Partei. Es schmerzt uns aufs tiefste und verletzt unsere parteigenössische Ehre, wenn wir jetzt plötzlich von den Beratungen über redaktionelle Angelegenheiten ausgeschlossen werden, wenn uns fertige Beschlüsse aufoktroiert werden sollen. Das verstößt gegen alle bisherigen Uebungen der Partei und im Vorwärts. Das würde, wenn ernstlich durchgeführt und zur Norm erhoben, die Redakteure aus ihrer Stellung als gleichberechtigte Parteigenossen und als Vertrauenspersonen der Partei zu gesinnungslosen und abhängigen Angestellten degradieren, über deren Arbeit das Wort steht: sic volo sic jubeo.

Wir halten es selbstverständlich für das Recht des Parteivorstandes, unverbindliche Vorbesprechungen ohne unsere Anwesenheit zu halten. Darum handelt es sich aber in diesem Falle nicht, sondern es handelt sich um die Herbeiführung von Beschlüssen, um die Schaffung von vollendeten Tatsachen, vor welche die Redaktion gestellt werden soll. Es handelt sich um ein Verfahren, wie es ein Mitglied des Parteivorstandes den Berliner Parteigenossen in der Frage des Lokalblattes — wir lassen dahingestellt, ob mit Recht oder Unrecht — öffentlich zu schwerem Vorwurf gemacht hat, obwohl dieser Fall wesentlich anders und leichter lag, da der Vorstand zu dieser Beratung eingeladen, vertreten und nicht durch ein Schweigegebot verhindert war, die geplanten Tatsachen zu erfahren.

Wir nehmen an, daß es lediglich nebensächliche Bequemlichkeitsgründe waren, welche unseren Ausschluß von der Erörterung der Redaktionsangelegenheiten veranlaßt haben. Wir hoffen daher, daß es nur dieses Hinweises auf die notwendigen Wirkungen des Verfahrens bedarf, um diesen Zustand zu beseitigen und ein ordnungsmäßiges parteigenössisches Verfahren wieder herzustellen. Wir ersuchen darum, daß die Vorschläge des Vorstandes, welche redaktionelle Angelegenheiten

betreffen, von Anbeginn an in gemeinsamer Beratung mit Preßkommission und Redaktion zur Erörterung gelangen.

Mit Parteigruß:

Büttner, Eisner, Gradnauer, Kaliski, Wetzker, Schröder.

II.

Berlin, den 16. Oktober 1905.

An den Parteivorstand.

Verehrte Genossen!

Bei der Uebermittelung der durch Genossen Pfannkuch erteilten Antwort auf unseren Brief vom 10. cr. an unsere Kollegen zeigt sich, daß es unmöglich ist, die Antwort mit derjenigen Exaktheit weiter zu geben, welche die Kollegen fordern. Aus diesem Grunde, sowie wegen der großen Tragweite, die der Bescheid hat, ersuchen wir, ihn schriftlich fixieren und uns geben zu wollen.

Wir möchten ferner im Einverständnis auch mit den anderen beteiligten Kollegen das gegenüber den Genossen Pfannkuch und Gerisch ausgesprochene Ersuchen hier wiederholen, daß der Parteivorstand eine Besprechung mit uns hält über die Frage, warum, während noch kurz vor Jena in Gemeinschaft mit uns über die redaktionellen Verhältnisse Beratungen gepflogen und ohne jede Schwierigkeit Beschlüsse herbeigeführt werden konnten, das jetzige allem bisherigen Brauch in der Partei und im Vorwärts widersprechende Ausnahmeverfahren zur Anwendung gelangt.

Mit parteigenössischem Gruß

Eisner. Gradnauer.

III.

Berlin, den 17. Oktober 1905.

An den Parteivorstand.

Verehrte Parteigenossen!

Genosse Pfannkuch hat am 16. ds. im Auftrage des Parteivorstandes mitgeteilt, der Vorstand vertrete die Meinung, er sei auf Grund des Organisationsstatutes berechtigt, über alle redaktionellen Angelegenheiten **ohne Zuziehung der Redaktion zu beraten** und Beschlüsse zu fassen. Diese Mitteilung klang so ungeheuerlich, daß die Kollegen Eisner und Grad-

nalier in Befürchtung eines Mißverständnisses Bedenken trugen, sie den übrigen Kollegen als unbedingt zutreffend zu übermitteln und deswegen Verlangen nach schriftlicher Mitteilung dem Vorstand unterbreiteten.

In dem gestern von den genannten Kollegen an den Vorstand gerichteten Brief ist diese formelle Rechtsfrage nicht behandelt und lediglich darüber Beschwerde geführt worden, daß der Vorstand gegen alle bisherige Uebung und ohne jeden erkennbaren Grund plötzlich von dem Recht, das er zu besitzen annimmt, Gebrauch macht.

Wir bestreiten aber nicht nur das moralische und parteigenössische, sondern auch das formelle Recht des Vorstandes insoweit, als er erklärt, Beschlüsse fassen zu können in redaktionellen Angelegenheiten, **ohne zuvor mit der Redaktion beraten zu haben.**

Das Organisationsstatut spricht lediglich von den „**Entscheidungen**" über die Angelegenheiten des Zentralorgans und in dieser Hinsicht ist von uns niemals die geringste Einwendung gemacht worden. Ueber die jetzt ausschließlich in Betracht kommende Frage, ob die Redaktion zu den **Beratungen** des Vorstandes über redaktionelle Angelegenheiten zuzuziehen ist, sagt das Statut nichts. Diese Frage ist daher zu beurteilen auf Grund etwaiger Parteitagsbeschlüsse, sowie auf Grund dessen, was im Zentralorgan und in der übrigen Parteipresse Gewohnheitsrecht und parteigenössische Sitte ist.

Auf dem Parteitag in Halle begründete Grillenberger die Wahl Liebknechts zum Chefredakteur des Zentralorgans wie folgt:

„Es gehört sich, daß dieser Chefredakteur dem Parteivorstande in allen Dingen koordiniert ist. Der Parteivorstand hat eine gewisse Aufsicht über das Blatt zu üben, aber der Chefredakteur des Zentralblattes muß in allen Dingen Aufschluß haben über das, was in der Partei vorgeht. Er muß in ununterbrochenem Kontakt mit dem Vorstande sein und deshalb ist es selbstverständlich, daß dieser Redakteur ebenso als Parteibeamter betrachtet wird, wie die Mitglieder des Vorstandes, daß er an allen Sitzungen derselben teilzunehmen und beratende Stimme hat. Er kann nicht als Bediensteter des Parteivorstandes betrachtet werden."

Der Parteitag hat dann einstimmig beschlossen:

„Liebknecht wird als Chefredakteur des offiziellen Parteiorgans bestätigt und als solcher gleichberechtigt mit dem Parteivorstande."

Nach dem Tode Liebknechts hat der Parteitag einen neuen Chefredakteur nicht gewählt. Die Partei hat stillschweigend ihr Einverständnis erklärt, daß der Vorwärts durch eine demokratisch geordnete Redaktion geleitet wird und daß der Beschluß

von Halle auch auf die so veränderten Verhältnisse sinngemäße Anwendung finden soll. Auch nach Liebknechts Tode mußte die Redaktion des Zentralorgans im ununterbrochenen Kontakte mit dem Parteivorstande sein, auch nach Liebknechts Tode konnte die Redaktion nicht „als Bediensteter des Parteivorstandes" betrachtet werden. Eine offenbare Verletzung des dem Beschlusse des Parteitages von Halle innewohnenden Sinnes würde es bedeuten, wenn die Redaktion nicht einmal bei der Beratung redaktioneller Angelegenheiten beratende Stimme haben sollte.

Tatsächlich ist auch dieser Rechtsstand vom Vorstand niemals verkannt worden. Es ist im Laufe der Jahre wiederholt vom Vorstand der Redaktion zugesichert worden, daß eine Vertretung der Redaktion zu den Beratungen des Vorstandes zugezogen werden soll, sobald wichtige Angelegenheiten vorliegen, die für die Redaktion von Interesse sind. Demgemäß ist auch verfahren worden. Es ist vor allem auch über redaktionelle Fragen stets gemeinsam mit der Redaktion beraten worden. Alle bisherige Uebung bestätigt das Recht der Redaktion zu den Beratungen über redaktionelle Angelegenheiten zugezogen zu werden.

Auch in der gesamten übrigen Parteipresse besteht dasselbe Gewohnheitsrecht. Die Redakteure sind Vertrauenspersonen der Parteigenossen und werden überall von den Preßkommissionen zur Beratung der redaktionellen Angelegenheiten zugezogen. Die Stellung der Redakteure wäre eines Parteigenossen unwürdig, wenn ohne vorherige Aussprache mit ihnen und hinter ihrem Rücken Beschlüsse in redaktionellen Angelegenheiten gefaßt werden könnten.

Aus allen diesen Gründen protestieren wir aufs schärfste gegen das wider uns eingeschlagene, weder sachlich noch formell berechtigte und das Parteiinteresse schwer gefährdende Verfahren.

Mit parteigenössischem Gruß:

Büttner, Eisner, Gradnauer, Wetzker, Kaliski, Schröder.

IV.

Die Prinzipienerklärung des Parteivorstandes.

Berlin, 20. Oktober 1905.

An die Genossen Eisner, Gradnauer, Schröder, Büttner, Wetzker und Kaliski.

Werte Genossen!

Den von den Genossen Eisner und Gradnauer in ihrem Schreiben vom 16. ds. Mts. ausgesprochenen Wunsch, daß die

Antwort des Parteivorstandes auf Ihr Schreiben vom 10. ds. Mts. nicht, wie geschehen, durch den Genossen Pfannkuch mündlich, sondern schriftlich erfolgen möge, um nicht in Zweifel zu kommen, wie diese Antwort laute, finden wir gerechtfertigt.

Auf Ihr Schreiben vom 10. ds. Mts. diene Ihnen also folgendes zur Antwort: Es handelte sich in den Besprechungen, die bisher der Parteivorstand mit Preßkommission und den Vertrauensleuten gepflogen hat, wie Ihnen mittlerweile auch auf anderem Wege bekannt geworden ist, um Veränderungen, die in dem Personal der Redaktion vorgenommen werden sollen. Also einesteils um Kündigungen, andernteils um Neueinstellungen von Personen.

Für diese Beratungen kommen die Bestimmungen der Parteiorganisation § 26 Absatz 2 in Betracht, welche lauten:

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition.

Es kann also hiernach keinem Zweifel unterliegen, daß der Parteivorstand und die Preßkommission diese Beratungen unter sich erledigen, beziehentlich unter freiwilliger Hinzuziehung der Vertrauensleute der Berliner Parteigenossen, die an ihrem Organ ein besonderes Interesse haben.

Hierzu die Redaktion heranzuziehen, ist ebensowenig angängig, als wenn wir bei Personalveränderungen in der Expedition die betreffenden Personen hinzuziehen sollten.

Die bisherigen Beratungen des Parteivorstandes und der Preßkommission, bei denen es sich um innere Angelegenheiten, wie Beschwerden über die Redaktion oder Expedition oder Ergänzung des Personals handelt und wobei diese betreffenden Personen zur Auskunft oder Ansichtsäußerung hinzugezogen wurden, lassen sich mit den jetzt in Frage stehenden Beratungen der Personalverhältnisse der Redaktion nicht vergleichen.

Der Parteivorstand wird also seine Beratungen über etwaige Aenderungen in der Zusammensetzung der Mitglieder der Redaktion auch weiter wie bisher fortsetzen und ist gezwungen, Ihren Protest hiergegen unbeachtet zu lassen.

Im weiteren gehen Sie in Ihrem Schreiben vom 10. ds. Mts. auch von irrigen Voraussetzungen aus.

Wenn Sie z. B. ausführen, daß, nachdem der Parteivorstand mit der Redaktion in einer Konferenz hier in Berlin vor dem Jenaer Parteitag sich mit der Redaktion über die Richtung, in welcher der Vorwärts gehalten sein sollte, verständigte, Sie hätten annehmen müssen, daß damit Aenderungen anderer Art hinfällig geworden seien, ist nicht zutreffend. Gerade jene Beratung und die ihr unmittelbar folgende Szene hat gezeigt, daß die Verhältnisse zwischen den

Redaktionsmitgliedern auf die Dauer unmöglich geworden sind. Ganz abgesehen davon, daß niemand von uns glaubte, durch die Verständigung in jener Sitzung seien Veränderungen in der Redaktion zur Herbeiführung einer festgesetzten Richtung im Blatte überflüssig geworden. Kein Wort, kein Satz in jenen Verhandlungen berechtigt Sie zu dieser Annahme. Hinzugesetzt sei, daß für eine solche von Ihnen vorausgesetzte Definition der Aenderung der Dinge in der Redaktion auch die Zustimmung der Preßkommission notwendig gewesen wäre.

Wenn Sie sich ferner auf beruhigende Zusicherungen irgend welcher Art beziehen, die der Genosse Singer dem Genossen Eisner gemacht haben soll, so hat naturgemäß der Genosse Singer nur für sich gesprochen, da weder ein Auftrag noch ein Beschluß des Parteivorstandes vorgelegen hätte. Aber selbst wenn ein solcher Beschuß vorgelegen hätte, wäre für dessen Bindung die Zustimmung der Preßkommission erforderlich gewesen.

Endlich kann von definitiv gefaßten Beschlüssen noch nicht gesprochen werden, da die Beschlüsse, die der eine oder der andere Faktor faßte, von den andern endgültig noch nicht akzeptiert worden sind.

Auf Ihr ausführliches Schreiben vom 17. ds. Mts. uns einzulassen, das Sie zur Stütze Ihrer Auffassungen in Ihrem Schreiben vom 10. ds. Mts. uns übermittelten, liegt nach dem bereits Angeführten keine Veranlassung vor.

Die Tatsache, daß der im Jahre 1890 auf dem Haller Parteitag gefaßte Beschluß durch den Tod Liebknechts erledigt wurde und seitdem kein Chefredakteur mehr gewählt worden ist, weder durch einen Parteitag noch durch den Parteivorstand und die Preßkommission, macht Ihre Deduktionen hinfällig. Diese werden auch nicht beweiskräftiger durch die gegebene Interpretation, für die Sie weder bei uns noch bei der Preßkommission, noch auf einem Parteitage Zustimmung finden werden.

Den in Ihrem Schreiben vom 17. ds. Mts. geäußerten Wunsch, der Parteivorstand möge mit den Unterzeichnern des Schreibens eine Konferenz abhalten, kann der Parteivorstand nur dann erfüllen, wenn es sich um eine Konferenz handelt, an der die gesamte Redaktion teilnimmt.

Mit Parteigruß:

Bebel, Singer, Pfannkuch, Wengels.

V.

Die Kündigung.

Berlin, den 21. Oktober 1905.
(6¼ Uhr nachmittags überreicht.)

An den Parteivorstand

z. H. des Genossen Pfannkuch, Hier.

In Beantwortung Ihres gestrigen Briefes machen die Unterzeichneten von dem Recht der Kündigung zum 1. April 1906 hiermit Gebrauch.

Indem wir uns eine ausführliche Begründung vorbehalten, erklären wir, daß wir diese Kündigung in folgender Form der Oeffentlichkeit unverzüglich unterbreiten werden:

„Die Unterzeichneten haben durch Schreiben vom 21. Oktober 1905 in Beantwortung eines Entscheides des Parteivorstandes ihre Kündigung eingereicht. Sie scheiden demnach am 1. April 1906 aus der Redaktion des Vorwärts aus." (Folgen Unterschriften.)*)

Mit Parteigruß:

Eisner, Gradnauer, Wetzker, Büttner, Schröder, Kaliski.

VI.

Die Begründung der Kündigung.

Berlin, den 23. Oktober 1905.

An den Parteivorstand

z. H. des Genossen Pfannkuch, Hier.

In Ihrem Schreiben vom 20. Oktober 1905 halten Sie die uns bereits mündlich unterbreitete Auffassung aufrecht, daß es das Recht des Parteivorstandes sei, in Gemeinschaft mit der Preßkommission Personalveränderungen in der Redaktion des Vorwärts vorzunehmen, ohne mit den Redakteuren vorher zu verhandeln, ja selbst ohne sie zu hören. Damit erübrigt sich von vornherein ein Eingehen auf die tatsächlichen Behauptungen Ihres Briefes, die fast durchweg unrichtig sind. Nur ein fundamentaler Irrtum soll bei der jetzigen Gelegenheit korrigiert werden. Ihr Schreiben äußert die Meinung, es könne niemand angenommen haben, die vor Jena getroffenen

*) In dieser Form erschien dann auch unsere Kündigung in der dritten Spalte der ersten Seite, an der Spitze der politischen Uebersicht unter der Spitzmarke „Mitteilung" in der Sonntagsnummer des Vorwärts vom 22. Oktober 1905.

Abmachungen seien definitiver Natur gewesen, zumal sie noch der Zustimmung der Preßkommission bedurften. Ihr Schreiben zeigt an diesem Punkte, daß Sie die einfachsten Tatsachen aus dem Gedächtnis verloren haben. Es hat sich damals nicht um einseitige Vereinbarungen zwischen Vorstand und Redaktion gehandelt, vielmehr hat man in gemeinschaftlichen Sitzungen von Vorstand, Preßkommission und Redaktion, die am 1. und 8. September 1905 stattgefunden haben, eine endgültige Regelung der Redaktionsverhältnisse vereinbart. Das Ergebnis dieser Beratungen war, im Gegensatz zu Ihrer Auffassung, daß durch die Uebereinstimmung aller Beteiligten die Verhältnisse von Majorität und Minorität geordnet wurden, daß ferner der Kollege Wetzker dem von ihm geäußerten Wunsche gemäß zur Niederlegung der Redaktion der Parteinachrichten veranlaßt wurde. Wie wenig man annehmen konnte, daß damals Kündigungen in der Redaktion in Aussicht genommen seien, geht schon daraus hervor, daß in der Sitzung vom 8. September ein aus der Mitte der Preßkommission heraus gestellter Antrag, der die allgemeine Redaktionsführung Wetzkers mißbilligt wissen wollte, mit beträchtlicher Mehrheit abgelehnt wurde. Nach alledem mußten wir, in direktem Gegensatz zu den Behauptungen Ihres Schreibens in der Tat annehmen, daß jene Regelung ein Definitivum bedeutete, andernfalls sie auch völlig sinnlos gewesen wäre. Es müßte denn sein, daß überhaupt keinerlei Beschlüsse des Vorstandes und der Preßkommission irgendwelche bindende Kraft haben, bei denen, wie im vorliegenden Fall, der erste Vorsitzende, der Parteigenosse Bebel, nicht mitgewirkt hat.

Wir heben diesen einen Punkt lediglich deshalb hervor, um den Wert Ihrer tatsächlichen Behauptungen an einem Beispiel zu kennzeichnen. Im übrigen ist für unsere Entscheidung der Versuch des Parteivorstandes maßgebend, die Redaktion aus den Beratungen über die wichtigsten Redaktionsangelegenheiten auszuschalten. Mit diesem Versuch verliert die Angelegenheit allen persönlichen Charakter und wird zu einem prinzipiellen Konflikt von ernstester und folgenschwerster Bedeutung, in dem wir uns bewußt sind, die Würde und Integrität der Partei und der Parteipresse gegenüber den verhängnisvollen Fehlgriffen des Vorstandes zu verteidigen.

Wir haben dem Vorstand niemals das formale Recht bestritten, über die Anstellung und Kündigung von Redakteuren des Vorwärts in Gemeinschaft mit der Preßkommission **Entscheidungen** zu treffen. Wir bestreiten ferner nicht das Recht, **unverbindliche** Vorbesprechungen im engeren Kreise zu pflegen, aber wir protestieren nochmals mit aller Schärfe gegen die Anschauung, es sei das Recht des Parteivorstandes, irgendwelche ernstliche provisorische Abmachungen zu fassen oder zu

veranlassen, ohne daß die Redaktion zur Beratung in ehrlicher Weise herangezogen, ohne daß sie auch nur gehört wird.

Ihr Schreiben bekräftigt in dürren Worten diese neue und unerhörte Auffassung des Parteivorstandes, die nicht nur aller parteigenössischen Sitte, nicht nur den festgelegten und stets geachteten Rechten der Redaktion des Vorwärts, nicht nur der Würde der gesamten Parteipresse widerspricht, sondern auch unvereinbar ist mit den Forderungen, die unsere Partei bereits an die gegenwärtige Gesellschaft hinsichtlich der Mitwirkung der Arbeiter an der Regelung der Arbeitsverhältnisse stellt. Das einseitige willkürliche Recht der Kündigung bestreitet seit jeher die deutsche Sozialdemokratie dem kapitalistischen Unternehmertum. Die Anschauung, die der Parteivorstand in seinem bedauerlichen Schreiben entwickelt, steht selbst unterhalb der Einsicht des Preußischen Berggesetzes. Sogar der preußische Staat entläßt keinen Beamten ohne den Schutz eines peinlich gesicherten öffentlichen Disziplinarverfahrens. Um den einen Genossen Arons von der Universität zu entfernen, wurde sogar die ganze bürgerliche Gesetzgebung bemüht. Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie aber erhebt den Anspruch, Angestellte der von ihm geleiteten Unternehmungen hinauszuwerfen, ohne sie auch nur zu fragen, nach heimlich, hinter ihrem Rücken gepflogenen Beratungen, bei denen niemand die Gewißheit hat, in welchem Umfange die Wahrheit mit Irrtümern und Mißverständnissen durchsetzt sei. Es ist die Verurteilung eines Angeklagten ohne seine Anwesenheit, ohne Verteidiger, ohne Oeffentlichkeit, es ist ein Femgericht, das dadurch nichts an seiner Rechtsfeindlichkeit verliert, wenn wirklich, nachdem alles abgemacht, am Schlusse noch die Oeffentlichkeit — zur Urteilsverkündigung hergestellt werden sollte.

Das unbestreitbare formale Recht der Entscheidung ist auf diese Weise zum materiellen absolutistischen Recht der souveränen Willkür geworden, das nicht einmal durch einen gewissen wohlwollenden Patriarchalismus gemildert ist. Diese Auffassung ist unvereinbar mit den elementaren Grundsätzen der Demokratie, ja selbst mit den gesichertsten Errungenschaften der bürgerlichen Rechtsprechung. Diese Auffassung, wie sie in Ihrem Schreiben unzweideutig zum Durchbruch kommt, ist ein vollständiger Bruch mit jenen schönen Traditionen der Partei, die die gegenseitige Offenheit und unbeschränktes Vertrauen für die erste Vorbedingung gedeihlicher Arbeit seit jeher erkannt und festgehalten haben. Wir dokumentieren mit unserer Kündigung, daß wir, so viel an uns liegt, diese das Parteiinteresse auf das schwerste schädigende Verirrung des Parteivorstandes ohne Rücksicht auf Autorität und Pietät bekämpfen. Hier gilt es wirklich einmal, ein ernstes Prinzip zu verteidigen und zu retten.

Die Anwendung des neuen Verfahrens, diese Revision wichtigster Parteigrundsätze, gewinnt noch an Schädlichkeit und Gefährlichkeit durch die besonderen Umstände, unter denen sie sich Eingang zu verschaffen sucht. Unmittelbar nachdem in Jena, allgemeiner Auffassung zufolge, die unerquicklichen Parteidebatten friedlich beigelegt waren, beginnt der Parteivorstand einen geheimen Feldzug, der geradezu auf uns wie eine Verschwörung wirken muß. Die Kollegen Eisner und Gradnauer sind mit der Absicht nach Jena gekommen, die Redaktionsverhältnisse des Vorwärts, insbesondere auch ihre Redaktionsführung vor dem Parteitag in breitester Oeffentlichkeit zu erörtern und sie sind nur durch folgende Erwägungen von dieser Absicht zurückgehalten worden:

Erstens: Die Wendung Bebels von den „unhaltbaren" Zuständen hatte Eisner und Gradnauer stutzig gemacht und sie behielten sich vor, darauf nach Schluß der Kommissionsverhandlung zurückzukommen. Da war es Genosse Singer, der aus freien Stücken Eisners Verhalten durch die Zusicherung zu bestimmen und zu besänftigen unternahm, die in unserem früheren Schreiben erwähnt worden ist. Der Brief des Parteivorstandes bestreitet nun die Zusicherungen Singers nicht, aber er bestreitet die Verbindlichkeit der Zusicherungen. Der Tatbestand ist also der: Ein Parteigenosse hat sich durch Erklärungen des Vorsitzenden der Partei von offener und rücksichtsloser Verteidigung seiner Stellungnahme abhalten lassen und der Parteivorstand desavouiert nachher seinen Vorsitzenden. Das bedeutet entweder die vollständige Anarchie im Parteivorstand oder das noch unerträglichere, daß die Zusicherungen eines Vorsitzenden der Partei keinen Wert haben.

Zweitens: Der Gang der Kommissionsverhandlungen in Jena und des Parteitages selbst zeigte, daß in den beiden einzigen Fragen, aus deren Anlaß letzthin die Mehrheit der Redaktion Gegenstand heftiger Angriffe geworden war, die Partei geradezu mit Einstimmigkeit die Anschauungen der Vorwärtsmehrheit teilte. Es sind dies die Zurückweisungen der Methode der Leipziger Volkszeitung und die Stellung zum Generalstreik, um derentwillen Kautsky die Mehrheit der Redaktion in unqualifizierbarer Weise angegriffen hatte. Es stellte sich heraus, daß die Leipziger Volkszeitung hinsichtlich ihrer Kampfesweise keinen einzigen Verteidiger fand — in der Kommission wurde ein gewisses Verfahren der Leipziger Volkszeitung gegenüber dem Vorwärts, wie man uns berichtet hat, allseitig als Gemeinheit gebrandmarkt —, und es ergab sich ferner, daß die von Kautsky, von der Minderheit des Vorwärts, soweit sie sich geäußert hat, und von der Leipziger Volkszeitung entwickelten Anschauungen über den Generalstreik von niemandem geteilt wurden. Die fast einstimmig angenommene

Resolution Bebels deckt sich nicht nur sachlich in jedem Punkte, sondern auch fast im Wortlaut mit den von der Mehrheit des Vorwärts vertretenen Auffassungen, um derentwillen sie so maßlos angegriffen worden war. Bei diesem vollkommen sachlichen Triumph konnten die Vorwärtsredakteure der Mehrheit umso leichter auf öffentliche Konstatierung dieses Erfolges verzichten, als sie das wahrhaft beschämende Schauspiel erleben mußten, daß von den Vorwärtsgegnern in der Partei jetzt, wo die Resolution Bebels mit unserer Auffassung übereinstimmte, niemand den Mut fand, die eigene gegenseitige Meinung überhaupt noch zu vertreten. Wir wollten der Oeffentlichkeit das Schauspiel ersparen, zu zeigen, wie führende Theoretiker der Sozialdemokratie Meinungen, solange sie der Vorwärts vertritt, als unsinnige, unprinzipielle Faseleien von Ignoranten öffentlich kritisieren, um dann in dem Augenblick, wo sie gewahr werden, daß sie von der Partei offiziell angenommen werden würden, sie nicht nur nicht mehr zu bekämpfen, sondern im Gegenteil womöglich sie als die ihrigen reklamieren.

Drittens: In der Kommission gelang es Eisner, den zwingenden experimentellen Nachweis zu führen, daß hinter den „tiefen prinzipiellen Gegensätzen" der Vorwärtsminderheit gegenüber der Mehrheit im wesentlichen entweder ärgste Prinzipienkonfusion oder verblendete und verblendende persönliche Rivalität oder beides zusammen steckt. Der Vorfall ist inzwischen öffentlich bekannt geworden. Ströbel griff (wie schon unmittelbar vor Jena der Kollege Cunow in der letzten Konferenz des Parteivorstandes mit der Redaktion und Genossen Kautsky) in der Kommission eine Definition des Klassenkampfes auf das wildeste an, wie sie in einem Eisnerschen Artikel enthalten war. Er bezeichnete sie unter ermunternd zustimmenden entrüsteten Zwischenrufen Franz Mehrings als blödsinnig, als Gallimathias, als dem ABC des Marxismus widersprechend usw. Ströbel wurde dann durch Zwischenfragen Eisners noch besonders darauf festgelegt, daß er das **Gegenteil** der Sätze für richtig, für selbstverständlich halte. Eisner konstatierte schließlich, daß die angegriffenen Sätze aus Kautskys Erläuterung zum Erfurter Programm und einem Aufsatz Kautskys in der Neuen Zeit wörtlich stammen. Er konstatierte ferner, um alle Ausreden und Verdunkelungen des klaren Tatbestandes von vornherein unmöglich zu machen, daß die Kautskyzitate in genau derselben Fassung, in genau demselben Zusammenhang, in genau derselben Tendenz als Definition unserer Anschauung vom Klassenkampf bereits vor den letzten Wahlen in einer vom Parteivorstand offiziell veranlaßten Wahlschrift Eisners, unter besonderer Zustimmung von Kautsky selbst, als Parteimeinung gegenüber den Gegnern

festgelegt war. Der Zusammenbruch der Angreifer nach dieser Feststellung war so überwältigend, daß trotz der abwartenden Aufforderung des Vorsitzenden Dietz sich niemand mehr zum Wort meldete. Es war nach dieser beispiellosen Katastrophe der Minderheit für die Kollegen Eisner und Gradnauer ein Grund mehr gegeben, sich nicht öffentlich zu verteidigen. Sie waren gern bereit, den Ueberführten die öffentliche Feststellung der Blamage zu ersparen, unter der Voraussetzung natürlich, daß man nicht wahrheitswidrig die Kommissionsverhandlungen gegen sie selbst auszubeuten versucht. Aus dieser inzwischen schlecht gelohnten Rücksicht schwiegen sie also.

Viertens: In der Resolution der Kommission schien die Wendung vom Literatengezänk den Kollegen Eisner und Gradnauer bedenklich, weil diesen Ausdruck Böswillige als gegen sie gerichtet auslegen könnten. Sie befragten deshalb den Vorsitzenden der Kommission und er erklärte diese Deutung für völlig ausgeschlossen, wie übrigens auch der ursprüngliche Verfasser des Wortlautes. Erst diese Erklärung, die Genosse Dietz nach Jena in einem Schreiben an den Parteivorstand ganz loyal wiederholt hat, bewog die Kollegen Eisner und Gradnauer, die Resolution zu akzeptieren und nun endgültig auf öffentliche Stellungnahme zu verzichten.

Fünftens: Es war schließlich nicht nur der Genosse Singer, sondern auch der Genosse Bebel selbst, dessen Erklärungen in Jena uns zu der Ueberzeugung bringen mußten, es seien keine Kündigungen oder sonstige entscheidende Aenderungen in der Redaktion des Vorwärts geplant. Am Nachmittag des Tages, an dem die Vormittagssitzung mit dem oben skizzierten Zusammenbruch endigte, wurde Bebel in die Fünfzehner-Kommission geladen, um Auskunft über interne Redaktionsverhältnisse zu geben, über die übrigens gerade Genosse Bebel aus persönlicher Erfahrung am allerwenigsten unterrichtet sein dürfte. Im Anschluß an dieses Gutachten Bebels verbreitete sich noch am Abend unter den Parteigenossen das Gerücht, Bebel hätte in der Kommission gesagt, der Kollege Wetzker sei gekündigt worden, oder soll gekündigt werden. Eisner, der wie sein Kollege Gradnauer entschlossen war, ohne vorherige öffentliche Klarstellung keinerlei derartige Maßregelungen hinzunehmen, begab sich am nächsten Tage zu Bebel, um ihn über diese Gerüchte zu befragen. Bebel bestritt, derartiges gesagt zu haben. Es wäre natürlich seine parteigenössische Pflicht gewesen, Eisner über die wirklich bestehenden Absichten der Kündigung zu berichten, wenn er sie damals bereits geplant haben sollte. Erst Bebels Versicherung beseitigte **völlig** das Mißtrauen des Kollegen Eisner, das sich während der Jenenser Tagung immer wieder in ihm regte. Nebenbei hat auch die **Preßkommission** während des Jenenser Parteitages im Vor-

wärts vom 22. September eine Erklärung abgegeben, die nicht nur das der Redaktion erteilte weitgehende Vertrauensvotum vom 12. Januar dieses Jahres wiederholt, sondern auch von der vollzogenen Regelung der Redaktionsverhältnisse in einer Form Mitteilung machte, aus der unzweideutig hervorging, daß sie als Abschluß gedacht war.

Aus allen diesen Gründen kam es, daß den Vertretern der Mehrheit des Vorwärts in Jena der Verzicht aufgedrängt wurde, den Parteitag und die breiteste Oeffentlichkeit über die Vorwärtsverhältnisse aufzuklären und auf diese Weise zur Erzielung eines begründeten und selbständigen Urteils durch den Parteitag beizutragen.

Umso größer muß nun unsere Empörung sein, daß man jetzt heimlich, hinter unserem Rücken, ohne mit uns zu beraten, die einschneidendsten und verletzendsten Veränderungen der Redaktion vorzunehmen sich anschickt. Ob bewußt oder unbewußt, bedeutet dies Verfahren tatsächlich nach den Jenenser Vorgängen und nach gewissen falschen Ausstreuungen, die über die Redakteure versucht worden sind, eine Unterdrückung der Wahrheit und des Rechts der Parteigenossen.

Ein Verfahren, wie es der Vorstand unter diesen besonders aufreizenden Umständen eingeschlagen hat, degradiert die Redakteure zu Schreibsöldnern. Sie wären die elendesten Heuchler, wenn sie unter Duldung dieser Zustände im eigenen Hause künftig noch für freie Meinung und Selbstbestimmung, für die Unabhängigkeit der Presse, für Oeffentlichkeit und Wahrheit eintreten wollten. Die Würde der gesamten Parteipresse ist bedroht und vernichtet, wenn es ihren Aufsichtsinstanzen gestattet sein soll, Redakteure hinauszuwerfen und hineinzusetzen, wie es beliebt — heimlich, ohne gemeinsame Beratung, ohne parteigenössisches Vertrauen. Wie dürften Redakteure der Parteipresse es endlich noch wagen, ohne zu erröten, das persönliche Regiment, den Autoritätskultus, das Scharfmachersystem der Herren im Hause, die Hierarchie und den Kadavergehorsam zu bekämpfen!

Es ist uns unmöglich, ehrlichen Sinnes, in aufrichtiger innerer Ueberzeugung die hohe Mission der Aufklärung der Massen auf uns zu nehmen, nach unseren bescheidenen Kräften mitzuwirken, daß das Proletariat erzogen werde zur Wahrhaftigkeit und Erkenntnis der Wahrheit, zur Charakterstärke, Unabhängigkeit, zum Selbstgefühl und zu unerschrockenem Kampfestrotz.

Wir sind überzeugt, daß, wenn diese Methode der heimlichen Abwürgung von Parteigenossen wirklich sich einbürgern sollte, die deutsche Partei moralisch zerrüttet werden muß, daß sie ein Spielball wird jeder unkontrollierbaren Stimmung und

Laune, daß sie letzten Endes auch leicht eine Beute von dunklen persönlichen Intrigen werden kann.

Angesichts dieser Sachlage erklären sich die Unterzeichneten außerstande, der Partei gegenüber die Verantwortung ihres Amtes weiter zu tragen. Sie wollen nicht widerwillig und ohne innere Freudigkeit arbeiten, sie wollen nicht durch die Tatsache, daß sie Vorwärtsredakteure sind, des Rechtes verlustig gehen, gute und begeisterte Parteigenossen sein zu dürfen. Deshalb haben wir durch Schreiben vom 21. Oktober die formelle Kündigung eingereicht.

Am Schluß Ihres Schreibens erklären Sie sich bereit, uns eine Konferenz zu bewilligen. Nachdem Sie das Prinzip des souveränen Handelns ohne Anhörung der Beteiligten proklamiert haben, ist diese Konferenz überflüssig. Außerdem knüpfen Sie das Recht des bloßen Hörens ganz nach der Art des scharfmacherischen Unternehmertums noch an gewisse Bedingungen. Sie wollen uns hören, wenn **alle** Redakteure an der Konferenz teilnehmen. Es ist selbstverständlich, daß nach **unserer** Meinung **alle** Redakteure zu den Beratungen in allen Stadien der Verhandlung hinzugezogen werden müssen. Als **Bedingung** der Konferenz aber die Teilnahme aller Redakteure zu stellen, das können wir nur als Verhöhnung der Mehrheit der Redaktion auffassen. Sie wissen, daß wir keinen Einfluß auf die Entschlüsse der Minderheit haben. Es dürfte Ihnen ferner bekannt sein, daß wir uns eindringlich bemüht haben, auch die Minderheit dafür zu gewinnen, daß sie sich unserem ersten Protest gegen das heimliche Verfahren des Parteivorstandes anschließen möchte. Unsere Vorstellungen blieben vergeblich. Wir hatten schließlich nicht die Absicht gehabt, Sie mit unserem Ersuchen um eine Aussprache um eine **Gefälligkeit** zu bitten; wir wollten vielmehr lediglich den Parteivorstand an seine **Pflicht** erinnern, vor jedem ernstlichen Schritte von Anbeginn an mit den zunächst Beteiligten zu verhandeln.

Mit Parteigruß:

Eisner, Gradnauer, Wetzker, Büttner, Schröder, Kaliski.

Zweites Kapitel.

Von der Kündigung bis zur Aussperrung.

I.

Die Annahme der Kündigung.

In der Dienstagsnummer des Vorwärts vom 24. Oktober erschien die folgende, in der Nacht ohne Kenntnis der Redaktion veröffentlichte Erklärung:

„Am heutigen Tage fand eine Sitzung statt, an der der Parteivorstand, die Preßkommission des Vorwärts, die Vertrauensleute von Berlin und Umgegend, die Vorsitzenden und ersten Kassierer der acht sozialdemokratischen Wahlvereine teilnahmen. Die Anwesenden beschlossen mit allen gegen acht Stimmen:

Die Versammlung akzeptiert die Kündigung der Redakteure des Vorwärts, weil sie geeignet ist, die Verhältnisse in der Redaktion desselben in einer, den Wünschen und Anschauungen der Versammlung entsprechenden Weise umzugestalten. Demnach werden Parteivorstand und Preßkommission beauftragt, sofort die nötigen Schritte für eine Ergänzung der Redaktion vorzunehmen.

Den Parteigenossen soll über die Vorgänge, die zur Kündigung der genannten sechs Genossen und zu dem heutigen Beschluß führten, öffentlich Auskunft gegeben werden, sobald die Verhältnisse in der Redaktion geordnet worden sind."

Berlin, 23. Oktober.

Der Parteivorstand. Die Preßkommission.

Die Redakteure erhielten von diesem Beschluß erst durch den Vorwärts Kenntnis.

II.

Informationen für die Parteipresse.

a)

Berlin, den 24. Oktober 1905.

Werte Kollegen!

In der Angelegenheit unserer Kündigung übersenden wir Ihnen zu Ihrer privaten Information vorläufig die folgenden drei Schriftsätze:

1. der Entscheid des Parteivorstandes,
2. unser Kündigungsschreiben,
3. unsere Begründung des Kündigungsschreibens.

Der Briefwechsel, der diesen Aktenstücken vorausgegangen ist, folgt nach.

Mit parteigenössischem Gruß

i. A.: Gradnauer.

b)

Berlin, den 25. Oktober 1905.

Werte Kollegen!

In der Anlage erhalten Sie nunmehr den Anfang des Briefwechsels zwischen uns und dem Parteivorstand, dessen Schluß Ihnen gestern zugesandt worden ist. Außerdem erhalten Sie unseren Artikel, der morgen (also in der Donnerstagsnummer des Vorwärts) erscheinen wird, nebst einer Erklärung des Parteivorstandes durch den gewöhnlichen Vorwärtsabzug.

Endlich teilen wir Ihnen noch mit, **der Vorwärts wird in dieser Woche keine Stimmen, weder der Parteipresse, noch der bürgerlichen Presse über die Vorfälle bringen, da der Parteivorstand gegen unseren Widerspruch die kategorische Forderung erhoben hat, daß über diese Angelegenheit die Wiedergabe aller Preßäußerungen bis zum Schluß der Woche sistiert werden soll.**

Mit kollegialem Gruß

i. A.: Eisner.

III.

Die Sperre der Preßstimmen.

Berlin, den 26. Oktober 1905.

An den Parteivorstand.

Werte Genossen!

Ihr Kollege Pfannkuch teilte uns gestern mündlich mit, daß der Parteivorstand die Verfügung ergehen läßt, alle Preßäußerungen (bürgerliche und parteigenössische) im Vorwärts bis zum Ende dieser Woche zu sistieren.

Solange wir im Vorwärts sind, glauben wir nun, daß es unsere Pflicht sei, wenigstens die Partei gegen die Angriffe der bürgerlichen Presse zu verteidigen. Wir hätten in diesem Falle die Verunglimpfungen der Partei entschieden zurückzuweisen, die für einen auch von uns beklagten Fehlgriff des

Vorstandes die Sozialdemokratie oder gar den Sozialismus verantwortlich zu machen suchen.

Wir bitten Sie, uns also nochmals zu bestätigen, daß wir schweigen **sollen**. Angesichts des Umstandes, daß die Parteipresse und die bürgerliche Presse sich in umfassendem Maße bereits mit der Angelegenheit beschäftigt und Lärm schlägt, scheint uns das Schweigen unmöglich. Indessen, wenn Sie durchaus wollen, sind wir auch dazu bereit, wir fühlen uns aber dann jeder Verantwortung ledig. Wir fügen beifolgend eine Notiz an, die wir in dem morgigen Blatt veröffentlichen möchten.*)

Mit Parteigruß

i. A.: Eisner.

---

*) Die Anlage war die folgende Notiz:

Die bürgerliche Presse bringt aus Anlaß des Vorwärtskonfliktes breite und laute Entrüstungen über die Meinungsfreiheit in der Sozialdemokratie. Wir danken den Kollegen von der bürgerlichen Presse für ihre Bemühungen, ersuchen sie aber, sich nicht unnötig in Unkosten zu stürzen. Für die Meinungsfreiheit der Presse in der Sozialdemokratie treten wir schon selbst, wie gerade das gegenwärtige Beispiel zeigt, mit allem wünschenswerten Nachdruck ein und wir haben auch heute noch nicht den mindesten Zweifel, daß die Sozialdemokratie in diesem Falle die begangenen Irrtümer korrigieren wird. Wenn in dem ersten Falle, wo in der Sozialdemokratie nach der Ueberzeugung der Beteiligten das Prinzip der Meinungsfreiheit bedroht ist, sofort eine derartige energische Auflehnung erfolgt, so ist das wohl Beweis genug, daß die Partei als solche nicht für die Fehler einzelner verantwortlich gemacht werden kann. Wenn aber in der bürgerlichen Presse das Recht der Meinungsfreiheit in derselben Weise betätigt werden würde, wie in der Sozialdemokratie, so hätte die kapitalistische Presse längst keinen einzigen Redakteur mehr. Gegenüber der verblüffenden Heuchelei, die bei dieser Gelegenheit in der bürgerlichen Presse zutage tritt, wirkt es ordentlich erfrischend, daß sich ein Blatt findet, das sich doch zu dem bekennt, was in der bürgerlichen Presse wirklich Sitte ist. Die Post nämlich des seligen Stumm nennt das Verlangen der sechs Vorwärtsredakteure, an den Sitzungen des Parteivorstandes und der Preßkommission teilzunehmen, „ebenso töricht wie naiv". Das Scharfmacherorgan schreibt:

„Ueberall ist es nicht nur Sitte, sondern auch recht und billig, daß Leute, deren persönliche Verhältnisse von einer übergeordneten Instanz behandelt werden, nicht zugegen sind, weil sich in ihrer Gegenwart niemand frei und unbefangen äußern könnte. Sowohl Lob wie Tadel würde bei Anwesenheit desjenigen, über dessen Verhältnisse ein Kollegium berät, wesentlich abgeschwächt werden. Was die Vorwärtsredakteure hier also verlangen, ist ganz unberechtigt, und wenn sie die demokratischen Prinzipien dafür ins Feld führen, so beweisen sie damit eben nur wieder einmal, wie dumm eine schrankenlose Ausdehnung demokratischer Prinzipien ist."

IV.

Verhinderte Verteidigung der Partei.

Berlin, 27. Oktober 1905.

An den Parteivorstand.

Wir beabsichtigten gestern unter Zustimmung der zwei anwesenden Mitglieder des Vorstandes eine Notiz gegen die Angriffe der bürgerlichen Presse im Vorwärts zu veröffentlichen. Die Aufnahme dieser Notiz wurde während unserer Abwesenheit am Abend verhindert. Es wird uns mündlich durch den Gen. Molkenbuhr mitgeteilt, daß die Mehrheit des Vorstandes gegen die Aufnahme jener Notiz, die übrigens der gesamten Parteipresse zugegangen ist, gestimmt habe. Da niemand es verstehen kann, warum wir auf die unberechtigten Angriffe der bürgerlichen Presse schweigen, so werden wir heute im Vorwärts mit unserer Namensunterschrift die folgende Erklärung abgeben:

„Auf Beschluß der Mehrheit des Parteivorstandes vom 27. Oktober sind wir verhindert, im Vorwärts auf die Angriffe der bürgerlichen Presse, die von ihr unberechtigterweise gegen die Sozialdemokratie erhoben werden, gebührend zu antworten."

Zugleich bestätigen wir, daß Gen. Freythaler den ihm gewordenen Auftrag an uns ausgerichtet hat, daß das Personal des Vorwärts nicht für die privaten Zwecke der Redaktion zur Verfügung steht.*) Wir halten das für selbstverständlich. Wir haben das Personal des Vorwärts niemals zu etwas anderem als zu Parteizwecken benutzt.

Mit Parteigruß

i. A.: Eisner.

V.

Berlin, 27. Oktober 05.

An die Gen. Büttner, Eisner, Gradnauer, Kaliski, Schröder und Wetzker.

Der Beschluß des Vorstandes, den Ihnen Gen. Pfannkuch persönlich mitgeteilt hat, wonach der Parteivorstand die An-

---

Was die Post hier ausplaudert, ist in der Tat Grundsatz bei der bürgerlichen Presse. Bisher aber gab es in der Sozialdemokratie nur gleichberechtigte Parteigenossen, die sich offen und ehrlich einander ins Gesicht sagten, was sie aneinander auszusetzen hatten und was sie miteinander planten.

*) Als „private Zwecke" der Redaktion bezeichnete der Parteivorstand die Uebersendung des Konfliktmaterials an die Parteipresse.

ordnung traf, es solle der Abdruck aller Preßäußerungen (bürgerliche und parteigenössische) im Vorwärts bis zu Ende dieser Woche sistiert werden, wird von uns im vollen Umfange aufrecht erhalten. Er trifft auch die Notiz, deren Abdruck Sie durch Brief vom 26. Oktober verlangen, ebenso trifft dieser Beschluß das Verlangen, das Sie in Ihrem Briefe vom heutigen Tage (persönliche Unterschrift) stellen.

Die Mitteilung des Gen. Freythaler, daß das Personal des Vorwärts nicht für die persönlichen Angelegenheiten der Redakteure verwendet werden dürfe, wird von uns als zutreffend bestätigt.

Welches der Sinn und der Zweck dieser Mitteilung ist, darüber hat Ihnen der Gen. Freythaler keinen Zweifel gelassen.

Wir werden beide Beschlüsse heute abend der Preßkommission zur Zustimmung vorlegen.

Mit Parteigruß

i. A. d. Parteivorstandes: W. Pfannkuch.

VI.

Aufklärung.

Unter dieser Ueberschrift erschien am Donnerstag, den 26. Oktober, folgender Leitartikel im Vorwärts:

Vor dem Parteitage in Jena, in gemeinschaftlichen Sitzungen des Parteivorstandes, der Preßkommission und Redaktion am 1. und 8. September, wurden unter allseitiger Zustimmung die Redaktionsverhältnisse geregelt, nachdem sich die Notwendigkeit herausgestellt hatte, für die Differenzen der Mehrheit und der Minderheit der Redaktion einen Weg des Ausgleiches zu schaffen.

Die Vorgänge auf dem Parteitage in Jena, wo übrigens in den zur Debatte stehenden Parteifragen die Anschauungen der Vorwärts-Mehrheit durchweg als Parteimeinung anerkannt worden sind, wurden allgemein so aufgefaßt und mußten so aufgefaßt werden, daß sie den Abschluß der leidigen internen Parteistreitigkeiten bedeuteten.

Trotzdem begann unmittelbar nach dem Parteitag der Vorstand **geheime** Beratungen zunächst mit den Parteifunktionären von Groß-Berlin, sodann mit der Preßkommission. Für diese Sitzungen, die unter Ausschluß der Redaktion stattfanden, wurde strengstes Schweigegebot auferlegt — eine Methode, die in der Partei wohl noch niemals angewendet worden ist.

In diesen Geheimsitzungen machte der Parteivorstand zunächst den Vorschlag, zwei Redakteuren des Vorwärts sofort, einem dritten bei Gelegenheit zu kündigen. Als Ersatz wurde

u. a. der Genosse Stadthagen für die Bearbeitung der kommunalen usw. Angelegenheiten in Aussicht genommen. Ferner sollte die Genossin Luxemburg mit dem Recht einer gewissen Zwangsaufnahme ihrer Artikel und einem Privileg hinsichtlich der redaktionellen Kontrolle als ständige Mitarbeiterin eingestellt werden. Außerdem wurde in der ersten Sitzung des Parteivorstandes und der Preßkommission der jetzige Korrektor des Vorwärts Fülle für einen Redaktionsposten ausersehen, der seit Jahren hinter dem Rücken der Redaktion Korrespondent der Leipziger Volkszeitung ist. Die Preßkommission schlug dann ihrerseits die Kündigung eines anderen Redakteurs vor.

Für die unterzeichneten Redakteure war weder die grundlose Kündigung der für diese Aktion ausersehenen Kollegen, noch die Aufdrängung eines mit Ausnahmerechten ausgestatteten Mitarbeiters, noch endlich die Einstellung Stadthagens annehmbar, weil, abgesehen von anderen Gründen, ein gedeihliches kollegiales Zusammenarbeiten unmöglich schien. Die geplanten Kündigungen mußten sie gerade deshalb als willkürliche Maßregelungen auffassen, weil die für die politische Haltung des Blattes in erster Linie verantwortlichen Kollegen auf der Vorschlagsliste des Vorstandes nicht standen.

Indessen waren diese sachlichen Einwendungen gegen die geplanten, zwar geheim gehaltenen, den Redakteuren aber doch bekannt gewordenen Aenderungen im Personal des Vorwärts zunächst für die Unterzeichneten noch nicht entscheidend. Was die unterzeichneten Redakteure aber sofort zum schärfsten Protest herausforderte, war das in der Geschichte des Vorwärts und der Parteipresse noch nicht erhörte formale Verfahren des Parteivorstandes. Bisher wurden alle Angelegenheiten der Redaktion in gemeinsamen Beratungen von Vorstand, Preßkommission und Redaktion, unter gelegentlicher Hinzuziehung der Funktionäre, beraten und entschieden. Solange Liebknecht lebte, unter dessen Leitung übrigens die Redaktion bereits genau in derselben Weise demokratisch organisiert war, wie gegenwärtig, hatte er nach dem Beschluß des Hallischen Parteitages das Recht der Teilnahme an den Sitzungen des Vorstandes. Nach seinem Tode wurde das gleiche Recht einem Vertreter der Gesamtredaktion eingeräumt und auch bei redaktionell interessierenden Anlässen ausgeübt. Niemals aber wurde die Redaktion von den gemeinsamen Beratungen der Aufsichtsinstanzen des Vorwärts über Angelegenheiten der Redaktion ausgeschlossen.

Die unterzeichneten Redakteure wurden nun zu der ersten Sitzung des Parteivorstandes und der Berliner Funktionäre am 2. Oktober, in der ohne bestimmte Vorschläge im allgemeinen scharfe Maßregeln angekündigt worden sind, überhaupt

nicht eingeladen. Zur ordentlichen Sitzung der Preßkommission am 6. Oktober war die Redaktion formell eingeladen, sie erschien auch, es wurde ihr aber, nachdem offenbar der Vorstand seinen Wunsch kundgegeben, allein mit der Kommission zu verhandeln, bedeutet, daß sie sich zu entfernen habe. Ueber diese Verhandlungen wurde strengstes Schweigegebot den Teilnehmern auferlegt.

Da die unterzeichneten Redakteure nicht zu den Teilnehmern gehörten, waren sie an das Schweigegebot nicht gebunden. Und da sie inzwischen erfahren hatten, daß es sich um wichtige Aenderungen in der Redaktion handelte, erhoben sie am 10. Oktober beim Parteivorstand Protest gegen ihre Nichthinzuziehung. Niemand bestreitet dem Vorstand das Recht, in Gemeinschaft mit der Preßkommission die schließlichen Entscheidungen zu treffen, auch unverbindliche Vorberatungen im engeren Kreise zu pflegen, es ist aber nicht nur bisher durchgängiger, parteigenössischer Brauch gewesen, es ist nicht nur parteiprogrammatische Forderung, sondern es bedingt auch die Würde der Parteipresse, daß ohne ehrliche Hinzuziehung der zunächst Beteiligten keine ernstlichen Vorschläge und Entschlüsse zur Reife gedeihen dürfen.

Erst am 16. Oktober gab uns der Vorstand auf unseren Protest vom 10. Oktober Bescheid. Genosse Pfannkuch gab uns m ü n d l i c h die überraschende Auskunft, daß es das gute Recht des Vorstandes sei, nicht nur ohne unsere Anhörung zu entscheiden, sondern auch o h n e u n s die Beratungen zum Abschluß zu führen. Er fügte hinzu, daß in unserem Falle von diesem guten Rechte Gebrauch gemacht worden wäre. Dieser mündliche Bescheid klang uns so ungeheuerlich, daß wir noch am selben Tage (16. Oktober) um schriftliche Fixierung und zugleich um eine Konferenz mit dem Parteivorstand ersuchten, in der wir wenigstens die Gründe für das geheime Verfahren zu hören wünschten. Am 17. Oktober wiederholten wir dieses Ersuchen, unter eingehenden Darlegungen über die bisherige moralische und rechtliche Stellung der Redaktion gegenüber den Aufsichtsinstanzen.

Am 13. und 20. Oktober hatten weitere — mit Schweigegebot ausgestattete — Verhandlungen der Aufsichtsinstanzen stattgefunden — ohne Hinzuziehung der Redaktion.

Am 20. Oktober, abends 9 Uhr, überreichte uns Genosse Pfannkuch endlich den schriftlichen Bescheid auf unseren Protest. Er bekräftigte in dürren Worten, **daß es tatsächlich die Auffassung des Vorstandes sei, daß bei solchen Entscheidungen die Redaktion nicht einmal gehört zu werden brauche.** Eine Konferenz, die, wie erwähnt, lediglich dem Zwecke dienen sollte, die Gründe für die Geheimhaltung zu erfahren, wurde bewilligt, aber nur unter der Bedingung, daß die Gesamt-

redaktion daran teilnehme, also auch die Kollegen, die unserer dringenden Aufforderung, sich dem Protest gegen das formale Verfahren anzuschließen, nicht nachgekommen waren. Wir haben schon in unserem die Kündigung begründenden Schreiben an den Parteivorstand hiezu ausgeführt, es sei selbstverständlich, daß nach unserer Meinung alle Redakteure zu den Beratungen in allen Stadien der Verhandlungen zugezogen werden müßten. Als Bedingung der Konferenz aber die Teilnahme aller Redakteure zu stellen, das könnten wir nur als Verhöhnung der Mehrheit auffassen, da wir keinen Einfluß auf die Entschlüsse der Minderheit hätten.

Diese Prinzipienerklärung, die im Widerspruch mit der ganzen bisherigen Parteipraxis steht, veranlaßte noch am selben Abend die noch anwesenden Kollegen, ihre Kündigung zu beschließen und die Begründung dieses Schrittes schriftlich zu skizzieren. Ausschlaggebend war für sie die Erkenntnis, daß mit dieser neuen Auffassung die Freiheit und Unabhängigkeit der Presse bedroht, wenn nicht vernichtet sei, die bisher der schönste Stolz der Partei gewesen und allein den Redakteuren das moralische Recht gab, die Würdelosigkeit und Abhängigkeit des kapitalistischen Preßbetriebes zu geißeln.

Drei Redakteure erklärten sich noch am 20. Oktober entschlossen, unverzüglich zu kündigen, im Laufe des folgenden Tages wurden die drei anderen unterrichtet und schlossen sich dem Vorgehen an. Am Nachmittag berieten die sechs Kollegen nochmals gründlich die Angelegenheit. Inzwischen war es uns bekannt geworden, daß Parteivorstand und Preßkommission sich am 20. Oktober wieder in einer Geheimsitzung unter Ausschluß der Redaktion geeinigt hatten, einer Konferenz aller Parteifunktionäre Groß-Berlins den Vorschlag zu unterbreiten, der Gesamtredaktion zu kündigen, jedem einzelnen aber freizustellen, sich wieder zu bewerben. Dieser Vorschlag wäre voraussichtlich bereits am Montag angenommen worden. **Alle diese verhängnisvollen, unerhörten Pläne wurden geschmiedet, ohne daß die breitere Parteiöffentlichkeit überhaupt eine Ahnung hatte. Nicht einmal die Kreiskörperschaften, denen sonst jede geringfügigste Gehaltsaufbesserung unterbreitet wird, waren ins Vertrauen gezogen worden. Unter diesen Ausnahme-Umständen empfanden wir es als unsere Pflicht der Partei gegenüber, die Massen unserer Genossen zu unterrichten.** Daher entschlossen wir uns, nicht nur unsere Kündigung sofort einzureichen, sondern auch unsere Kündigung unverzüglich der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Wir übertrieben vielleicht unsere Rücksichtnahme, indem wir auch von der Absicht der Veröffentlichung den Parteivorstand vorher rechtzeitig in Kenntnis setzten. Am Sonntag erschien so die Notiz, die unsere Kündigung mitteilte.

Am folgenden Montag ließen wir unserem Kündigungsschreiben eine ausführliche Begründung folgen. Am selben Abend faßten die Funktionäre von Groß-Berlin den bekannten Beschluß; auch zu dieser Sitzung war die Redaktion nicht hinzugezogen. Tags zuvor fand, wie noch erwähnt sei, eine Generalversammlung des Kreises Teltow-Beeskow in Charlottenburg statt, zu der zufällig einer der Unterzeichneten delegiert war. Auf dieser Generalversammlung gab der Kollege eine ausführliche Darstellung des Sachverhalts mit dem Ergebnis, daß die mehr als 100 Delegierten einstimmig — einschließlich eines Mitgliedes des Parteivorstandes — einen Protest gegen das gegenüber den Redakteuren eingeschlagene Verfahren beschlossen und die Einberufung einer Sitzung verlangten, zu der die Redaktion hinzugezogen werde. **Die einzige Gelegenheit also, wo ein Redakteur sich äußern konnte, führte zu dem Ergebnis, daß die Beschwerde der Redakteure einstimmig als berechtigt anerkannt wurde.** Der Protest von Teltow-Beeskow wurde am Montag in der Sitzung der Gesamtfunktionäre beraten, und gegen 12 Stimmen abgelehnt, die Redakteure hinzuzuziehen, nachdem sie gekündigt hätten.

So entwickelte sich diese ganze Angelegenheit von Anfang bis zu Ende, ohne daß die zunächst beteiligten Redakteure trotz aller Proteste von den Aufsichtsinstanzen gehört wurden, ohne daß sie einen einzigen Grund für das in der Partei beispiellose Verfahren erfuhren!

Berlin, 25. Oktober 1905.

Büttner. Eisner. Gradnauer. Kaliski.
Schröder. Wetzker.

* * *

Dem vorstehenden Leitartikel folgten diese Erklärungen:

Erklärung.

Auf den vorstehenden „Aufklärung" überschriebenen Artikel haben wir zu erwidern, daß wir gemäß dem Beschluß, der in der Sitzung der Parteifunktionäre der Genossen von Berlin und Umgegend in Gemeinschaft mit uns am 23. d. M. gefaßt wurde, uns vorläufig jeder Richtigstellung und Entgegnung enthalten.

Der hier in Frage kommende Beschluß lautet:

„Den Parteigenossen soll über die Vorgänge, die zur Kündigung der genannten sechs Genossen und zu dem heutigen Beschluß führten, öffentlich Auskunft gegeben werden, sobald die Verhältnisse in der Redaktion geordnet worden sind."

Hiernach ersuchen wir die Parteigenossen und die Parteipresse dringend, ihr Urteil über die Vorgänge im Vorwärts

bis zu der von uns in Aussicht gestellten Darlegung zurückzustellen.

Es bedarf nicht erst der Versicherung, daß die Berliner Parteifunktionäre und der Parteivorstand sich bei ihrem Handeln voll der Verantwortlichkeit bewußt waren, die sie der Gesamtpartei gegenüber tragen.

Selbstverständlich ist, daß die Teilnehmer der Versammlung, bevor sie ihren Beschluß faßten, Kenntnis von dem Wortlaut des Briefwechsels gnommen hatten, welcher zwischen den Genossen im Vorwärts, die gekündigt haben, und uns gepflogen wurde.

Berlin, den 25. Oktober 1905.

Der Parteivorstand.

*

Wir haben hierzu vorläufig zu bemerken, daß wir selbstverständlich nicht in der Lage sind, mit der Aufklärung der Gründe, aus denen wir gekündigt haben, vor den Parteigenossen zu warten, bis „die Verhältnisse in der Redaktion geordnet sind". Dies bedeutet, der Vorstand will die Aufklärung erst dann geben, wenn die beteiligten Redakteure nicht mehr in der Redaktion sind und die Darlegung ihres Rechtes nicht mehr unmittelbar veranlassen können. Außerdem erhebt bereits die Parteipresse mit Fug den Anspruch auf sofortige Aufklärung!

Die beteiligten Redakteure.

VII.

Der Aussperrungs-Ukas.

Am Samstag den 28. Oktober hatten wir, wie gewöhnlich, abends die Redaktion verlassen, ohne daß wir irgend eine Mitteilung empfingen. Am Sonntag lasen wir im Vorwärts an der Spitze des Blattes die folgende hinter unserem Rücken hineingegebene — der verantwortlich zeichnende Kollege Büttner war bereits am Freitag abend seines Amtes enthoben worden — Verfügung:

An die Parteigenossen!

Wir teilen mit, daß den Genossen Eisner, Gradnauer, Kaliski, Schröder und Wetzker heute abend brieflich die Mitteilung zuging, daß der Parteivorstand und die Preßkommission vom 29. ds. Mts. ab auf ihre Tätigkeit in der Redaktion des Vorwärts verzichten.*)

*) Im Vorwärts wurde dann wiederholt, als ob es sich um einen besonderen Akt von Großmut handle, darauf hingewiesen, daß den hinausgeworfenen Redakteuren das — ihnen gesetzlich zustehende! — Gehalt ausgezahlt worden sei!

Genosse Büttner, der provisorisch als Redakteur angestellt war, ist ersucht worden, seine frühere Stellung als Korrektor am 1. November wieder anzutreten.

Vorläufig sind in die Redaktion eingetreten die Genossen Davidsohn, W. Dümell und Weber. Außerdem wird der Genosse Stadthagen in umfänglicherem Maße als bisher an der Redaktion teilnehmen.

Die Denkschrift des Vorstandes und der Preßkommission über die Differenzen zwischen einem Teil der Redakteure des Vorwärts und uns wird in den allernächsten Tagen erscheinen.

Berlin, den 28. Oktober 1905.

Der Parteivorstand. Die Preßkommission.

Drittes Kapitel.

Die Denkschrift des Parteivorstandes.

(Vorwärts, Leitartikel vom 31. Oktober.)

An die Parteigenossen!

Die Haltung des Vorwärts einerseits als Zentralorgan der Partei, andererseits als Lokalorgan der Genossen von Groß-Berlin ist seit einer längeren Reihe von Jahren Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen, sowohl auf Parteitagen wie in den zunächst interessierten Kreisen.

Die Hauptvorwürfe gegen die Redaktion lauteten: Der Vorwärts betriebe die prinzipielle Aufklärung und Schulung der Parteigenossen höchst mangelhaft und er nehme, beeinflußt durch die zwei in der Redaktion sich gegenüberstehenden Strömungen, zu den in der Partei auftauchenden Fragen entweder keine oder zu spät Stellung oder er schwanke unentschlossen hin und her.

Konferenzen, die im Laufe der Jahre zwischen dem Parteivorstande und der Preßkommission, manchmal auch unter Hinzuziehung der Vertrauensleute und der übrigen Parteifunktionäre von Groß-Berlin und der Redaktion öfter stattfanden, führten wohl zu einer gründlichen Aussprache, zuweilen auch zu Beschlüssen, durch die gehofft wurde, die größten vorhandenen Uebelstände zu beseitigen. Es stellte sich aber regelmäßig in Kürze wieder heraus, daß alle diese Abmachungen ihre Wirkung versagten. Die in der Redaktion vorhandenen gegensätzlichen Anschauungen ließen sich nicht beseitigen. Schließlich konnten wir auch von den Genossen in der Redaktion, deren Haltung hauptsächlich Gegenstand der Kritik war, nicht ver-

langen, daß sie als ehrliche Leute Anschauungen vertreten sollten, die sie nicht besaßen. Andererseits konnte man sich zu dem einzig wirksamen Mittel nicht verstehen, die Vertreter der nicht gebilligten Richtung durch Kündigung aus der Redaktion auszuschließen und dadurch die Redaktion einheitlich zu gestalten.

Erörterungen über die Haltung des Vorwärts sind, wie schon hervorgehoben, auch mehrfach auf Parteitagen gepflogen worden, so besonders auf den Parteitagen zu Lübeck 1901 und zu Dresden 1903.

Insbesondere gaben die Verhandlungen des letzteren Anlaß, nach demselben aufs neue im Kreise der zunächst dazu Berufenen, dem Parteivorstand, der Kontrollkommission, der Preßkommission, den Vertrauensleuten von Groß-Berlin und der Redaktion in Erörterungen über die künftige Haltung des Vorwärts einzutreten. Es wurden auch entsprechende Beschlüsse gefaßt. Aber auch jetzt wieder stellte sich bald heraus, daß die alten Uebelstände aus den schon angeführten Ursachen weiter bestehen blieben. Die vielfachen Meinungsdifferenzen, die zum Jenenser Parteitage in einem Teile der Parteipresse zum Ausdruck kamen und in die auch der Vorwärts verwickelt war, zeigten die öfter gerügten Uebelstände in besonderem Grade. In der Redaktion war schon seit Jahren die Einrichtung getroffen worden, daß bei Meinungsverschiedenheiten über die Haltung, die der Vorwärts gegenüber in der Partei auftauchenden Fragen einnehmen solle oder über die Aufnahme oder Nichtaufnahme von Artikeln, oder ob ein bestimmter Artikel als redaktionell angesehen oder unter der Chiffre seines Verfassers als dessen persönliche Anschauung erscheinen sollte, durch Mehrheitsbeschluß entschieden wurde.

Hierbei standen sich in der Regel die Anhänger der beiden Strömungen geschlossen gegenüber, und zwar meist sechs gegen vier Stimmen, wobei gewöhnlich die Stellung der Mehrheit von der Vertretung der Berliner Genossen und dem Parteivorstand nicht als die ihrige anerkannt wurde.

Solche Vorgänge veranlaßten, daß die Preßkommission und die Vertrauenspersonen von Groß-Berlin abermals beschlossen, zum 17. Juni eine Konferenz nach dem Gewerkschaftshause zu berufen, zu welcher der Parteivorstand, die Redaktion des Vorwärts und die übrigen Funktionäre nebst den Reichstagsabgeordneten von Groß-Berlin geladen wurden. In dieser Konferenz kam es zu langen und scharfen Auseinandersetzungen. Die Ausführungen, die hierüber Genosse Bebel als Beauftragter des Parteivorstandes auf dem Jenaer Parteitag machte, anläßlich der Beratung des Antrages der Genossen von Groß-Berlin, dem Vorwärts den Charakter als Zentral-

organ zu nehmen und so ihn zum Lokalorgan der Berliner Genossen werden zu lassen, lauten nach dem Protokoll über den Jenenser Parteitag (Seite 187 und 188):

„In bezug auf die Haltung des Vorwärts in taktischer und prinzipieller Hinsicht kann ich ebenfalls eine volle Harmonie zwischen den Berliner Parteigenossen und dem Parteivorstand konstatieren. Als am 17. Juni d. J., nicht auf unsere Einladung, sondern auf Einladung der Berliner Parteigenossen, die Vertrauensleute Berlins, die Preßkommission, die Lokalkommission, die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg, die Vertreter Berlins im Reichstage, die Redaktion des Vorwärts und der Parteivorstand zu einer gemeinsamen Sitzung zusammentraten, ergaben die Verhandlungen folgendes Bild: Nach längeren Auseinandersetzungen nahm ein Mitglied des Parteivorstandes das Wort, polemisierte in scharfen Ausführungen gegen die Haltung des Vorwärts und hatte programmäßig nachzuweisen gesucht, was nach seiner Meinung notwendig sei in bezug auf das Blatt und seine redaktionelle Führung. Diese Ausführungen fanden in dem Maße den Beifall der gesamten Berliner Parteivertreter, daß aus der Mitte der Parteigenossen Berlins der Antrag gestellt wurde, die Ausführungen des betreffenden Vorstandsmitgliedes gewissermaßen als Programm des Vorwärts der Redaktion zu empfehlen. Und als die betreffende Person den Versuch machte, es abzulehnen, daß sie quasi als Fahnenhalter in den Vordergrund geschoben wurde, und bat, man möge eine Resolution annehmen, die etwa dasselbe besagte, wurde das abgelehnt und einstimmig wurde beschlossen, daß diese Ausführungen der Redaktion zur Beachtung empfohlen werden. (Zuruf der Berliner: Es wurde aber nicht danach gehandelt!) Gewiß, das steht auf einem anderen Blatt. Es waren eben Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Redaktion vorhanden, das ist ja in der letzten Zeit erst wieder hervorgetreten."

Und weiter heißt es, nachdem Bebel befürwortet hatte, den Antrag der Berliner Genossen abzulehnen:

„Wir sind auf der anderen Seite, falls wir wieder gewählt werden, entschlossen, alles aufzubieten, um die berechtigten Klagen, die wir vollständig mit den Berliner Genossen teilen, zu beseitigen und Mittel und Wege zu beraten, wie dem gegenwärtigen unhaltbaren Zustand — das betone ich (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Berlinern) — abgeholfen werden kann. Liebe Genossen! Die Dinge müssen allemal erst ihren Höhepunkt erreichen, ehe man zu entscheidenden Maßnahmen greifen kann, es muß erst das allgemeine Bewußtsein vorhanden sein, daß es so nicht weiter geht."

Und der Genosse Wels, der als Redner der Vertreter für Groß-Berlin den Auftrag hatte, den Antrag der Berliner Genossen zu begründen, äußerte in bezug auf die Haltung des Vorwärts (Siehe das Protokoll des Jenenser Parteitages Seite 179 und 180): Wir wollen ein eigenes Organ haben, in welchem die Meinung der Berliner Genossen ihren **unverfälschten** Ausdruck findet. (Sehr richtig!) . . . Die Streitigkeiten (mit dem Vorwärts) sind ja mit darauf zurückzuführen, daß er nicht schnell genug Stellung nimmt, auch die Berliner vermissen das. . . . Wir selber ergreifen Partei und wollen, daß der Vorwärts zu allen Parteifragen klar und unzweideutig Stellung nimmt. (Sehr richtig!) Das scheint auch die Meinung des Vorstandes zu sein. Es ist in verschiedenen Sitzungen dem Vorwärts aufgegeben worden, mehr Salz zu verwenden. In Dresden hat Bebel grundlegende Aenderungen in der Redaktion angekündigt und die Frucht dieser Ankündigung war: wir haben Sitzungen gehabt, wir haben uns die Wahrheit gesagt und dabei ist es geblieben."

Aus diesen Ausführungen des Genossen Wels geht klar hervor, daß die bei dem Vorwärts früher gerügten Mängel ungeachtet aller Kritik und Beschlüsse nach wie vor weiter bestanden und die Genossen von Groß-Berlin wesentlich zu der Forderung mitbestimmten, den Vorwärts als ihr Organ allein zu besitzen, um durchzuführen, was bisher als nicht möglich angesehen wurde.

Es geht aber auch weiter aus den Ausführungen von Bebel und Wels mit aller wünschenswerten Klarheit hervor, **daß es eine durchaus falsche und irreführende Auffassung ist,** welche die sechs Redakteure in ihrem an der Spitze des Vorwärts vom 26. Oktober abgedruckten Artikel, betitelt: Aufklärung, geben, wonach durch die Beschlüsse der Konferenzen, die am 1. und 8. September dieses Jahres mit dem Parteivorstand, der Preßkommission und der Redaktion vereinbart wurden, man habe annehmen müssen, daß nunmehr alles in Ordnung sei und zu weitergehenden Aenderungen keine Veranlassung mehr vorgelegen habe. Das Gegenteil hiervon besagen die namens des Parteivorstandes und der Vertreter von Groß-Berlin am 18. September in Jena gehaltenen Reden, die 10 bezw. 17 Tage nach den Erörterungen in den erwähnten Konferenzen am 1. und 8. September gehalten wurden.

Es ist auch in der Parteipresse wie in sonstigen Mitteilungen darauf hingewiesen worden, daß das jetzige Vorgehen des Parteivorstandes und der Gesamtvertretung der Genossen von Groß-Berlin mit den Beschlüssen der Fünfzehner-Kommission des Jenenser Parteitages in Widerspruch stehen.

Auch diese Auffassung ist **grundfalsch.**

Die Fünfzehner-Kommission wurde eingesetzt zu dem Zweck, die Pressefehden, die längere Zeit vor dem Jenenser Parteitag bis zu diesem selbst einen für die Partei bedenklichen Charakter angenommen hatten, einer Beurteilung zu unterziehen und Vorschläge zu machen, wie künftig ähnliches vermieden werden könne.

Die Kommission hat diesem Auftrag entsprochen, wie die von ihr vorgeschlagene Resolution Nr. 135 (Seite 144 des Protokolls über den Jenenser Parteitag) zeigt. Diese Resolution wurde von dem Parteitag einstimmig angenommen. Ihr Inhalt und Zweck hätte mit den Vorgängen im Vorwärts, die uns in den letzten Wochen beschäftigten, höchstens nur insofern zu tun, als es in dieser Resolution unter 11 heißt:

„Die prinzipielle Aufklärung (durch die Parteipresse) hat entsprechend den Grundsätzen des Parteiprogramms im Sinne der Dresdener Resolution zu erfolgen."

Aus den oben zitierten Stellen aus den Reden von Bebel und Wels geht auch unwiderleglich hervor, daß man nunmehr von seiten des Parteivorstandes wie der Vertretung von Groß-Berlin fest entschlossen war, von Grund aus Wandel zu schaffen, da es so wie bisher nicht fortgehen könne.

Es ist also nur ein Zeichen einer kaum für möglich gehaltenen Kurzsichtigkeit oder Vergeßlichkeit, daß man jetzt nicht nur seitens der sechs Redakteure, sondern auch seitens eines Teils der Parteipresse im höchsten Grade überrascht und empört tut über das vom Parteivorstand und der Preßkommission eingeschlagene Verfahren.

Wie entwickelten sich nun die Dinge nach Jena?

Noch ehe der Parteivorstand Zeit hatte, sich mit der Vorwärts-Frage zu beschäftigen, erhielt er eine Einladung von der Preßkommission und den Vertrauensleuten von Groß-Berlin zu einer Konferenz für Montag den 2. Oktober, um über seine Reformvorschläge betreffend den Vorwärts zu beraten.

Hiernach stellt sich also die Behauptung der sechs Redakteure in ihrer sogenannten „Aufklärung" als **falsch und unwahr heraus**, daß unmittelbar nach dem Jenenser Parteitag der **Vorstand** geheime Beratungen, zunächst mit den Parteifunktionären von Groß-Berlin, sodann mit der Preßkommission begonnen habe.

Nicht der Vorstand veranstaltete die Sitzung am 2. Okt., sondern er war, wie nachgewiesen, hier wie am 17. Juni der Geladene, ja bis zu einem gewissen Grade der Angeklagte. Daß zu dieser Sitzung am 2. Oktober die Redaktion nicht geladen wurde, ist folglich auch nicht Schuld des Vorstandes. Preßkommission und Vertrauensleute — die Veranstalter jener Versammlung — betrachteten es eben

als **selbstverständlich**, daß, nachdem seit Jahren alle Mittel, in Gemeinschaft mit der Redaktion dem Vorwärts eine Haltung zu geben, die den Anschauungen der sehr großen Mehrheit der Genossen in Groß-Berlin entsprach, versagt hatten, nunmehr für sich und in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand zu beraten, wie den Mängeln endlich abgeholfen werden könne.

Und der Parteivorstand, der als der Geladene erschien, fand die Nichteinladung der Redaktion zu dieser Sitzung so selbstverständlich, daß er gar nicht daran dachte, dagegen Einspruch zu erheben.

Wie kein Mensch sich in eine Sitzung drängen wird, in der von den zuständigen Organen über eine Gehaltserhöhung für ihn beraten und beschlossen werden soll, so sollte auch keiner das Verlangen aussprechen, um jeden Preis Verhandlungen beizuwohnen, in denen es sich um seine eventuelle Kündigung handelt, weil die über sein Tun und Lassen zur Entscheidung berufenen Organe eine solche möglicherweise für notwendig halten.

Es ist auch absurd, wenn die sechs Redakteure von diesen und den folgenden Sitzungen von **geheimen** Sitzungen sprechen. Alle derartigen Sitzungen sind nicht öffentlich, das sollten Leute, die oft genug an ähnlichen Sitzungen teilnahmen, allmählich begriffen haben.

Der Verlauf der Konferenz am 2. Oktober war kurz folgender:

Auf die Anfrage an den Parteivorstand, welche Maßnahmen derselbe bezüglich Aenderungen in der Redaktion des Vorwärts in Vorschlag zu bringen habe, mußte er erklären, daß die ihm durch den Jenenser Parteitag auferlegte Arbeitslast ihn bis jetzt verhinderte, sich mit Reformvorschlägen zu beschäftigen, daß dieses aber in Bälde geschehen solle.

Darauf wurde dem Parteivorstand von allen Seiten geantwortet, daß seine Erklärung peinlich berühre. Man habe annehmen müssen, der Vorstand mache endlich Ernst, es scheine aber, daß er wenig Neigung habe, eine neue Ordnung im Vorwärts zu schaffen, und die Sache abermals verschleppt werden solle. Die Berliner Parteigenossen wollten sich aber nicht länger hinhalten lassen. Der Vorgang zeige wieder, wie berechtigt ihr Verlangen sei, den Vorwärts als ihr Organ zu besitzen.

Endbeschluß: Parteivorstand und Preßkommission werden beauftragt, sich baldigst zu verständigen und ihre Vorschläge der Gesamtvertretung von Groß-Berlin zu unterbreiten.

Hierauf beschäftigte sich der Parteivorstand in seiner nächsten Sitzung mit dieser Angelegenheit und machte in der gemeinsamen Sitzung mit der Preßkommission am Freitag den 6. Oktober folgende Vorschläge:

Da bisher eine Menge Differenzen in der Redaktion dadurch entstanden seien, daß die Mehrheit der Redaktion einer anderen Standpunkt habe als die große Mehrheit der Genossen Berlins und der Parteivorstand, so müsse eine dementsprechende Mehrheit geschaffen werden. Der Parteivorstand schlage demgemäß vor, den Genossen Büttner und Kaliski zu kündigen, den Genossen Fülle in die Redaktion aufzunehmen und an Stelle Büttners einen neuen Redakteur einzustellen. Die Genossin Luxemburg solle als Mitarbeiterin aufgenommen werden, die jede Woche zwei Leitartikel liefern solle. Diese Artikel sollten ihrer Tendenz wegen nicht zurückgewiesen werden können, es sei denn, daß preßgesetzliche Bedenken obwalteten oder Gründe anderer Art (taktische oder programmatische) die Beanstandung eines Artikels durch wenigstens drei Redakteure veranlaßten, worauf die Aufnahme zu unterbleiben und sofort Parteivorstand und Preßkommission über dieselbe entscheiden sollten. **Die letztere Vorschrift entspricht einem Beschluß, der schon Anfang September durch Parteivorstand, Preßkommission und Redaktion gefaßt worden war.**

Es ist also **abermals falsch** und zeigt nur, aus welch trüben Quellen die sechs Redakteure schöpften, wenn sie in ihrer sogenannten „Aufklärung" behaupten, daß die Genossin Luxemburg mit dem Recht einer gewissen Zwangsaufnahme ihrer Artikel und einem Privileg hinsichtlich der redaktionellen Kontrolle als ständige Mitarbeiterin eingestellt werden sollte.

Wenn ferner die sechs Redakteure in ihrer sogenannten „Aufklärung" sagen, die Aufnahme Stadthagens in die Redaktion sei ihnen nicht annehmbar gewesen, so möge zur Charakterisierung einer so leichtfertig ausgesprochenen Begründung darauf aufmerksam gemacht werden, daß Stadthagen seit 1893 mit festem Gehalt angestellter Redakteur für den juristischen Teil des Vorwärts ist und als solcher auch an den Sitzungen der Redaktion mit Stimmrecht teilnehmen konnte, aber es schon 1899, als die Einrichtung getroffen wurde, strittige Fragen in der Redaktion durch Mehrheitsbeschluß zu entscheiden, ablehnte, an diesen Beratungen teilzunehmen. So sieht es mit der Wahrheitsliebe und mit dem guten Geschmack der sechs Redakteure aus.

Die erwähnten Vorschläge des Parteivorstandes wurden von der Preßkommission als völlig ungenügend bekämpft. Der Parteivorstand wolle ein paar „kleine" Redakteure preisgeben, aber die eigentlich Schuldigen in der Redaktion belassen; damit sei den Berliner Genossen nicht gedient. Unter letzteren bestehe in den weitesten Kreisen die Ansicht, es müsse in erster Linie Gradnauer gekündigt werden, den man als Hauptstein des Anstoßes ansehe, ebenso dem Genossen Wetzker, da-

gegen sei man bereit, Büttner zu kündigen, aber nicht Kaliski; außerdem wurde vorgeschlagen, Stadthagen zur dauernden Mitarbeit in die Redaktion zu ziehen, auch sei man damit einverstanden, die Genossin Luxemburg als Mitarbeiterin aufzunehmen. Der Parteivorstand erklärte, daß er auf der glatten Annahme seiner Vorschläge nicht bestehe. Mache man bessere, akzeptiere er sie. Sollte Gradnauer und Wetzker gekündigt werden, so erwarte er Vorschläge für passenden Ersatz. Gegen eine erweiterte Beschäftigung Stadthagens habe man nichts einzuwenden.

Endresultat: Die Preßkommission wurde ersucht, zunächst unter sich Vorschläge zu beraten und diese dem Parteivorstande zu unterbreiten. Ueber die gepflogenen Verhandlungen wurde vorläufig Geheimhaltung beschlossen.

Dieser letztere Beschluß stellte sich schon am nächsten Tage als hinfällig heraus. Einmal wurde noch während der Sitzung festgestellt, daß einer der sechs Redakteure längere Zeit als Lauscher an der Tür zum Konferenzzimmer stand und weiter ergab sich, daß auch aus dem Kreise der Beratenden der einstimmige Schweigebeschluß nicht gehalten worden war.

Von jetzt ab wurden die Sitzungen statt im Konferenzzimmer der Redaktion im Bureau des Parteivorstandes abgehalten. Die Darstellung der sechs Redakteure in ihrer sogenannten „Aufklärung", wonach die Beschlüsse dieser Sitzung für geheim erklärt wurden, ist also auch **unwahr.** Es wurden Beschlüsse über Anstellung bestimmter Personen in der Redaktion gar nicht gefaßt, sondern alles blieb in der Schwebe. Nicht die Beschlüsse, sondern die Verhandlungen über die Personen sollten zunächst als vertrauliche angesehen werden.

Die Preßkommission trat bald darauf unter sich in Beratungen und unterbreitete dem Parteivorstand folgende Vorschläge:

Dieselbe lehnt ab, Kaliski zu kündigen, sie lehnt ferner ab, Fülle in die Redaktion aufzunehmen, dagegen beantragt sie, Büttner, Gradnauer und Wetzker zu kündigen. Die Vorschläge betreffend Stadthagen und Luxemburg nimmt sie an.

Der Parteivorstand beschloß darauf, den gemachten Vorschlägen zuzustimmen. Da aber der Vorstand mittlerweile vernommen hatte, daß die sechs Redakteure übereingekommen sein sollten, daß, wenn einigen von ihnen gekündigt werde, alle sechs kündigen wollten, kam er zu dem erweiterten Vorschlag, um die Erörterungen zu vereinfachen, **der gesamten Redaktion zu kündigen und eine neue Redaktion zusammenzusetzen.**

Der Preßkommission wurde hierauf in der gemeinsamen Sitzung am 20. Oktober erklärt, daß der Parteivorstand ihrem

Vorschlag als einem verbesserten zustimme, daß er aber aus Gründen, die dargelegt wurden, die Kündigung der gesamten Redaktion zum 31. März 1906 empfehle.

Nach kurzer Debatte wurde dieser Antrag von der Preßkommission **einstimmig** angenommen. Weiter wurde beschlossen, für Montag den 23. Oktober eine Sitzung der Gesamtvertretung von Groß-Berlin einzuberufen und dieser die Vorschläge des Parteivorstandes und der Preßkommission in folgender Fassung zur Annahme zu unterbreiten:

„Vorstand und Preßkommission kündigen der gesamten Redaktion auf den 31. März 1906.

Die Frage der Mitarbeiterschaft am Vorwärts wird ausgeschieden, ihre Lösung hängt ab von der künftigen Zusammensetzung der Redaktion.

Wird von drei Mitgliedern der Redaktion der Artikel eines Redaktionsmitgliedes oder eines Mitarbeiters als nicht zur Aufnahme in den Vorwärts geeignet beanstandet, so sind Parteivorstand und Preßkommission sofort zu berufen, die über die Aufnahme entscheiden."

Ehe noch diese gemeinsame Konferenz stattfand, reichten die sechs Redakteure Samstag den 21. Oktober, abends zwischen 6 und 7 Uhr, ihre Kündigung ein und noch ehe die Mitglieder des Parteivorstandes und der Preßkommission von der erfolgten Kündigung unterrichtet worden waren, erfolgte bereits die Veröffentlichung derselben an der Spitze des politischen Teiles des Vorwärts am Sonntag den 22. Oktober.

Wir bestreiten den sechs Redakteuren nicht das Recht, die Leser des Vorwärts von ihrem bevorstehenden Austritt aus der Redaktion in geeigneter Form zu unterrichten. Wir betrachten es aber als einen **groben Mißbrauch ihrer Stellung**, daß sie diese Kündigung an der Spitze der politischen Uebersicht veröffentlichten, d. h. an einer Stelle, an die persönliche Angelegenheiten nicht hingehören.

Wir erblicken in dieser Handlungsweise der sechs Redakteure nur die Absicht, **Sensation** hervorzurufen, ihre Handlungsweise als eine die Partei rettende Tat erscheinen zu lassen und gegen den Parteivorstand in der Oeffentlichkeit Stimmung zu machen, eine Absicht, die, wie sämtliche am Montag hier erscheinenden bürgerlichen Zeitungen bewiesen, erreicht wurde. Weite wollte man durch diese Art der Ankündigung in die Partei und Parteipresse Verwirrung tragen, in der Hoffnung, damit das Ansehen des Parteivorstandes als den angeblich alleinigen Urheber der Kündigung zu schädigen.

Wir betrachten aber auch die Veröffentlichung der sogenannten „Aufklärung" der sechs Redakteure an der Spitze des Vorwärts am Donnerstag den 26. Oktober an einer Stelle,

woselbst sonst nur die offiziellen Erlasse und Bekanntmachungen des Parteivorstandes erscheinen, **als groben Mißbrauch ihrer Stellung.**

Es scheint, daß die sechs Redakteure allmählich ein geradezu unbegreifliches Selbstbewußtsein erlangten.

Folgender Vorfall möge dies noch besonders beleuchten. Als auf Grund jenes oben bereits erwähnten Beschlusses, der unter Mitwirkung der sechs Redakteure zustande gekommen war, drei Redakteure gegen die Aufnahme einer bestimmten Notiz am 27. 10. 05 protestierten und dieselbe dem Vorstand und der Preßkommission zur vorherigen Begutachtung unterbreiten wollten, versuchte es der verantwortliche Redakteur, einer der sechs, trotzdem die sofortige Aufnahme zu erzwingen. Dieser Versuch der Durchbrechung festliegender Beschlüsse zwang die Aufsichtsinstanzen, die sofortige Beseitigung des fraglichen Redakteurs von seinem Posten zu veranlassen.

Es war aber nach diesen Vorgängen auch sofort dem Parteivorstand und der Preßkommission klar, daß sie unter der Herrschaft einer solchen Redaktionsmehrheit unmöglich an eine Darlegung der Beweggründe ihres Handelns im Vorwärts denken könnten, weil feststand, daß diese sofort durch verwirrende Gegenbemerkungen wirkungslos zu machen versucht würde, mit anderen Worten, daß der Konflikt eine Gestalt annehmen werde, der die schon längst unhaltbar gewordenen Zustände in der Redaktion des Vorwärts noch bedeutend verschlimmern und zu einer Katastrophe führen mußte. Wir beschlossen also, mit unserer Darlegung zu warten, bis eine Durchkreuzung unserer Absichten unmöglich geworden war.

Durch die Kündigung der sechs Redakteure war der Antrag des Parteivorstandes und der Preßkommission an die Gesamtvertretung von Groß-Berlin, der g e s a m t e n Redaktion zu kündigen, hinfällig geworden. Es wurde nunmehr der betreffenden Konferenz der Vorschlag unterbreitet, der bereits im Vorwärts vom 24. Oktober veröffentlicht wurde, der wir aber der Vollständigkeit halber hier nochmals zum Abdruck bringen:

An die Parteigenossen!

Am heutigen Tage fand eine Sitzung statt, an welcher der Parteivorstand, die Preßkommission des Vorwärts, die Vertrauensleute von Berlin und Umgegend, die Vorsitzenden und ersten Kassierer der acht sozialdemokratischen Wahlvereine, die Lokalkommission, die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg und die Abgeordneten und Kandidaten der Wahlkreise von Berlin und Umgegend für den Reichstag teilnahmen.

Die Anwesenden beschlossen mit allen gegen 8 Stimmen:

Die Versammlung akzeptiert die Kündigung der Genossen Büttner, Eisner, Gradnauer, Kaliski, Schröder und Wetzker

als Redakteure des Vorwärts, weil dieselbe geeignet ist, die Verhältnisse in der Redaktion desselben in einer den Wünschen und Anschauungen der Versammlung entsprechenden Weise umzugestalten.

Demnach werden Parteivorstand und Preßkommission beauftragt, sofort die nötigen Schritte für eine Ergänzung der Redaktion vorzunehmen.

Den Parteigenossen soll über die Vorgänge, die zur Kündigung der genannten sechs Genossen und zu dem heutigen Beschluß führten, öffentlich Auskunft gegeben werden, sobald die Verhältnisse in der Redaktion geordnet worden sind.

Berlin, den 23. Oktober 1905.

Der Parteivorstand.

Nach längerer Debatte wurde dieser Vorschlag mit allen gegen 8 Stimmen angenommen, nachdem zuvor ein Antrag, die Angelegenheit noch einmal in einer Konferenz mit der Gesamtredaktion zu besprechen, bei etwa 80 Anwesenden, mit allen gegen 14 Stimmen und der Antrag, die Vorschläge erst an die Kreise zu bringen, mit allen gegen 12 Stimmen abgelehnt worden war.

Die große Mehrheit jener Versammlung ging also von der Ansicht aus, daß die Angelegenheit eine rasche Lösung erheische, weil in einer außerordentlichen Situation auch außerordentliche Mittel angewendet werden müssen.

Parteivorstand und Preßkommission haben der gegebenen Weisung entsprechend gehandelt, indem sie den sechs Redakteuren am 28. d. M. mitteilten, daß vom 29. d. M. ab auf ihre Tätigkeit am Vorwärts verzichtet werde.

Wir glauben, daß wir damit dem Wunsche der sechs Beteiligten, aus einer ihnen widerwärtig gewordenen Stellung befreit zu werden, in raschester Weise entgegengekommen sind.

Aus der hier gegebenen Darstellung geht unumstößlich hervor:

1. **Daß es nicht nur eine falsche, sondern ein böswillige Darstellung der sechs Redakteure ist,** wenn sie in ihrer sogenannten „Aufklärung", die ebensogut „Verwirrung" genannt werden kann, die Sache so drehen, als sei es der Parteivorstand, der die ganze Angelegenheit auf eigene Faust eingefädelt habe, während doch aus unseren obigen Ausführungen hervorgeht, daß die Initiative von den Vertretern von Groß-Berlin ausging und daß alsdann alle Verhandlungen in voller Harmonie unter den Beteiligten gepflogen wurden.

2. Daß der Parteivorstand und die Gesamtvertretung von Groß-Berlin für sämtliche Schritte solidarisch die Verantwortung der Partei gegenüber übernehmen.

Wir können nur unserer Verwunderung, aber auch unserem lebhaften Bedauern Ausdruck geben, daß, obgleich durch den Beschluß in der Versammlung am 23. Oktober deutlich ausgesprochen worden war, daß den Parteigenossen über die Vorgänge, die zur Kündigung der sechs Redakteure führten, öffentlich Auskunft gegeben werden solle, sobald die Verhältnisse in der Redaktion geordnet seien und dieses letztere sofort geschehen werde, dennoch ein Teil der Parteipresse bereits gegen den Vorstand Stellung nahm. Die einfachste Rücksicht auf Gerechtigkeit gebot, nach dem Satz zu handeln: Eines Mannes Rede ist keine Rede, man muß sie hören beede.

Mit welchen Mitteln und auf wessen Kosten die sechs Redakteure die Parteipresse zu beeinflussen suchten — wie die Tatsachen zeigen, mit einem gewissen Erfolge —, darauf werden wir vielleicht gelegentlich noch zu sprechen kommen.

Es bleibt uns nunmehr nur noch übrig, auf einige Behauptungen einzugehen, welche die sechs Redakteure in ihrer sogenannten „Aufklärung" aufgestellt haben.

Weshalb wir dem Verlangen der sechs Redakteure, die Redaktion zu den gepflogenen Beratungen hinzuzuziehen, nicht entsprochen haben, ist nach dem Gesagten zu wiederholen nicht nötig.

Daß wir streng innerhalb der Vorschriften handelten, welche die Parteiorganisation vorschreibt, geht aus dem Abs. 2 § 26 der in Jena beschlossenen Organisation hervor. Dort heißt es:

„Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser Organe je eine Stimme hat."

Die sechs Redakteure behaupten aber auch, daß im vorliegenden Falle von uns im Widerspruch mit der bisherigen Praxis im Vorwärts gehandelt worden sei.

Das ist wiederum unwahr.

Wir stellen zunächst fest, daß die Frage einer gründlichen Umgestaltung in der Zusammensetzung der Redaktion zwecks einer prinzipienfesteren Haltung des Vorwärts bisher nicht ein einziges Mal bestanden hat.

Wie war aber bisher die Stellung der Redaktion zu Parteivorstand und Preßkommission?

Als auf dem ersten Parteitag in Halle 1890 nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Partei sich eine neue Organisation gab, wurde durch den Fraktionsvorstand, als die bis dahin bestandene Parteileitung, der Antrag gestellt und durch Grillenberger begründet: dem Genossen Liebknecht als Chefredakteur des Vorwärts Sitz und Stimme im Parteivorstand zu gewähren, d. h. volle Gleichberechtigung mit den übrigen Vorstandsmitgliedern.

Grillenberger führte zur Begründung aus — man lese Ausführliches hierüber im Protokoll des Halleschen Parteitages —, es sei unmöglich, das geistige Haupt der Partei in Deutschland, den Chefredakteur des Vorwärts, dem Parteivorstand gegenüber in eine untergeordnete Stellung zu bringen, und daß dieses umso weniger angängig sei, da Liebknecht während der Dauer des Sozialistengesetzes Mitglied der Parteileitung gewesen wäre.

Dementsprechend wurde beschlossen. Nachdem Liebknecht gestorben war, erlosch die Stelle des Chefredakteurs. Der Vorwärts hat seitdem keinen mehr gehabt.

Die entgegenstehende Behauptung der sechs Redakteure, nach dem Tode Liebknechts sei das gleiche Recht auf einen Vertreter der Redaktion übergegangen, **ist eine auf Täuschung berechnete Unwahrheit.**

Niemals ist eine solche Stellung einem Redakteur des Vorwärts von dem Parteivorstand und der Preßkommission eingeräumt worden.

Dagegen bestand bisher die selbstverständliche Einrichtung, daß, handelte es sich um Angelegenheiten, welche die innere Ordnung der Redaktion betrafen, oder um eine Frage der Taktik, die der Vorwärts in einer bestimmten Frage einnehmen möchte, oder um sonstige wichtige Parteiangelegenheiten, für die es wünschenswert war, daß die Redaktion unterrichtet sei, und dergleichen mehr, so fanden je nach der Natur dieser Angelegenheit gemeinsame Sitzungen mit dem Parteivorstand oder mit dem Parteivorstand und der Preßkommission, eventuell auch mit der Gesamtvertretung Groß-Berlins und der Redaktion oder Vertretern derselben statt. Auch räumten wir der Redaktion eine beratende Stimme ein, wenn es sich um Ersatz eines Redakteurs handelte. Mehrmals kam es auch vor, daß die Redaktion den Wunsch aussprach, an einer Sitzung des Parteivorstandes teilzunehmen, um Anregungen zu geben oder zu empfangen. Das war z. B. am 14. Juni der Fall, als der Parteivorstand und die Kontrollkommission die Tages-

ordnung für den Jenenser Parteitag festsetzen wollten. Auf Wunsch der Redaktion wurde Gradnauer zu dieser Sitzung zugezogen. Derselbe machte den Vorschlag, auf die Tagesordnung des Parteitages noch zu setzen: die Wandlungen in der auswärtigen Politik des Reiches, ferner: den Stillstand der Sozialreform. Beide Vorschläge wurden nach längerer Debatte von der Parteileitung einstimmig abgelehnt; die Tagesordnung des nächsten Parteitages ertrage keine weitere Belastung.

Die Parteileitung war aber höchlich überrascht, als nach Veröffentlichung der Tagesordnung der Vorwärts einen Leitartikel brachte, in dem genau mit denselben Gründen, die Gradnauer für seine Vorschläge in der Sitzung der Parteileitung angeführt hatte, die Erweiterung der Tagesordnung des Parteitages befürwortet wurde, ohne daß mit einem Wort die Leser darauf hingewiesen wurden, daß diese Vorschläge bereits der Parteileitung unterbreitet und von dieser einstimmig abgelehnt worden seien.

Im Parteivorstand war über dieses Vorgehen der Redaktion einstimmig Verurteilung. Man bezeichnete dasselbe als höchst illoyal und sah von einer öffentlichen Darstellung nur ab, weil der Vorschlag in der Partei sehr wenig Anklang fand.

Es besteht bei dem Vorstande und der Preßkommission die einstimmige Ansicht, daß auch künftig die Redaktion des Vorwärts bei all den Vorgängen, bei welchen sie bisher als Auskunft oder Anregung gebendes oder beratendes Organ zugezogen wurde, auch künftig an diesem Zustande nichts geändert werden soll und darf.

Dazu gehört aber nicht ein Vorfall wie der jetzt in Frage stehende, aus den bereits hinlänglich dargelegten Gründen.

Wenn die sechs Redakteure weiter behaupten, daß die im Einverständnis mit der Preßkommission und der Gesamtvertretung Groß-Berlins geübte Handlungsweise des Vorstandes „die Freiheit und Unabhängigkeit der Parteipresse bedroht, wenn nicht vernichtet, die bisher der schönste Stolz der Parteigenossen gewesen und allein den Redakteuren das moralische Recht gegeben habe, die Würdelosigkeit und Abhängigkeit des kapitalistischen Preßbetriebes zu geißeln", so bewundern wir, woher die sechs Redakteure den Mut hernehmen, solche Phrasen zu veröffentlichen.

Sie haben ja bisher mit diesen und falschen Behauptungen einen gewissen Einfluß auf die bürgerliche Presse ausgeübt. Aber wir lassen uns durch solchen Theaterdonner nicht einschüchtern und hoffen, die Partei auch nicht.

Wir glauben, daß diejenigen Mitglieder des Parteivorstandes und der Preßkommission, wie der Gesamtvertretung Berlins, die nicht nur 16 und 20 Jahre, wie ein oder zwei unter den sechs Redakteuren, sondern drei, vier und über vier Jahrzehnte in der Bewegung stehen und sich wohl auch einige Verdienste um die Partei erworben haben dürften, über solche Behauptungen heiter lachen werden. Und dasselbe gilt von allen anderen Genossen, die bei unseren Beschlüssen mitgewirkt haben.

Zum Schluß sei noch auf eine Tatsache hingewiesen, die zwar bei unseren Entschließungen keinen Einfluß übte, aber immerhin doch in Erwägung gezogen werden mußte und den Parteigenossen bekannt zu geben ist.

Die persönlichen Verhältnisse zwischen der Mehrheit und der Minderheit der Redaktion sind schon seit Monaten die denkbar schlechtesten; wie immer und überall es vorkommt, daß aus prinzipiellen und taktischen Meinungsverschiedenheiten, wenn dieselben als unüberbrückbar gelten, sich persönliche Gegnerschaft der stärksten Art entwickelt, so auch in der Redaktion des Vorwärts. Diese Gegensätze traten mit äußerster Schärfe hervor, als am 14. September — drei Tage vor dem Jenenser Parteitage — auf Antrag der Redaktion eine gemeinsame Sitzung mit dem Parteivorstand abgehalten wurde, in welcher Differenzen, die sich aus dem damals im Vorwärts gleichzeitig erfolgten Abdruck von Artikeln der Mehrheit und der Minderheit ergeben hatten, geschlichtet werden sollten. Diese Verhandlungen nahmen seitens der streitenden Parteien einen so turbulenten Charakter an, daß der Vorsitzende Mühe hatte, Ordnung zu halten. Seitdem beschränkte sich der Verkehr der beiden Parteien auf das allernotwendigste. Es gab in der Redaktion kein Miteinanderarbeiten mehr, sondern nur noch ein Nebeneinanderarbeiten, und auch dieses war zuletzt kaum noch möglich.

Daß ein solcher Zustand auf die Dauer für alle Beteiligten unerträglich ist und daß darunter auch die Redaktion des betreffenden Blattes auf das schwerste leiden muß, ist selbstverständlich. Wir haben daher auch aus diesem Grunde es begrüßt, daß die eine Partei durch ihre Kündigung einem unmöglich gewordenen Zustande ein Ende bereitete.

Von der Unhaltbarkeit der Zustände in der Redaktion waren auch die sechs Redakteure, die kündigten, überzeugt, nur waren sie der Meinung, nicht sie, sondern die Minderheit habe zu gehen. Unverblümt ist dieser Meinung aus den Reihen der Mehrheit der Minderheit gegenüber schon bei früheren Gelegenheiten Ausdruck verliehen worden.

Parteigenossen! Wir haben euch hiemit die Gründe für unser Verhalten gegenüber den sechs Redakteuren, die kün-

digten, dargelegt. Von der Minderheit der Redaktion wurde das Verlangen der Mehrheit nicht unterstützt. Mit ihr uns auseinanderzusetzen, wurde uns erspart.

Wir haben getan, was wir im Parteiinteresse für unsere Pflicht hielten.

Berlin, den 30. Oktober 1905.

Der Parteivorstand. Die Preßkommission.

Viertes Kapitel.

Repliken und Dupliken.

I.

Rechenschaft. Erster Teil.*)

Am 31. Oktober 1905 ist nunmehr im Vorwärts die angekündigte „Denkschrift" des Parteivorstandes und der Preßkommission erschienen, die bestimmt sein soll, das gegen uns angewandte Verfahren zu rechtfertigen und nebenbei die ältesten Redakteure des Vorwärts, die dem Zentralorgan 13, 10 und 7 Jahre ihre Kraft gewidmet haben, als Leute hinzustellen, die eigentlich niemals vertrauenswürdig gewesen seien. In derselben Nummer treibt in noch plumperer Weise die neue Redaktion des Blattes das gleiche Spiel.

Wir begreifen nach dieser Denkschrift, die hinsichtlich der Geschicklichkeit und Wahrhaftigkeit nach dem Muster der berühmten Denkschrift zur Zuchthausvorlage gearbeitet zu sein scheint, daß man uns während des ganzen Konflikts von Beginn bis Schluß ausgesperrt hat. Denn es wäre andernfalls sofort offenbar geworden, daß die ganze Darlegung unhaltbar ist. Wir begreifen es auch, daß man sich scheute, diese Denkschrift noch während unserer Redaktionstätigkeit zu veröffentlichen; denn es hätten wenige Bemerkungen genügt, um die Geschichtserzählung als einen Versuch mit wahrhaft tragisch untauglichen Mitteln zu charakterisieren. Wir beklagen es aber auch im Parteiinteresse aufs tiefste, daß man uns gewaltsam verhindert hat, noch in der Redaktion zu verbleiben; denn es wäre unserer persönlichen Ueberredung vielleicht doch noch gelungen, den Parteivorstand von der Veröffentlichung eines

*) Der Redaktion des Vorwärts ist dieser Teil bereits am Abend des 31. Oktober zugegangen, wurde aber erst am 4. November veröffentlicht.

solchen Schriftstückes abzuhalten, das die Autorität der für den Konflikt und seine literarische Bearbeitung verantwortlichen Mitglieder des Vorstandes vernichten muß.

Die Denkschrift ist, soweit sie mit unserer Aufklärung übereinstimmt, durchaus richtig, soweit sie aber von unserer Darstellung abweicht, oder Dinge berührt, die wir bisher nicht öffentlich erörtert haben, durchaus unrichtig. Es zeigt sich sogar, daß wir sorgfältiger über die Vorgänge und Tendenzen der letzten Geheimsitzungen unterrichtet sind, als der Parteivorstand unterrichtet zu sein sich den Anschein gibt.

Von allen in der Denkschrift angedeuteten Grundsätzen ist nur einer sozialdemokratisch, daß in einer außergewöhnlichen Situation außergewöhnliche Mittel aufgewendet werden müssen. Das war ganz unsere Auffassung, als wir am Sonntag den 22. Oktober unsere Kündigung veröffentlichten, dazu in frecher und verwegener Weise an der Spitze des politischen Teils, nachdem wir von der Absicht der unverzüglichen Veröffentlichung den Parteivorstand rechtzeitig unterrichtet hatten; auch der Genosse Bebel erhielt noch zeitig genug für einen etwaigen Einspruch Kenntnis.

Wir waren uns in jenem Augenblicke, da wir uns entschlossen, die Partei über die hinter ihrem Rücken — die Masse der Parteigenossen ist ebensowenig gehört worden, wie die Redakteure — geschmiedeten Pläne zu alarmieren, vollständig bewußt, daß wir die Schwächeren waren, daß wir unterliegen, vielleicht zugrunde gehen würden. Aber gerade deshalb, weil wir die Ueberzeugung hatten, daß wir mit unserem Vorgehen die Entrüstung der geflissentlich ununterrichtet gelassenen Genossen gegen uns wecken würden, weil wir uns klar waren, daß unsere persönlichen Interessen durch unsere Aktion nur geschädigt werden könnten, hatten wir das gute Gewissen, daß wir, ohne jede persönliche Rücksicht in deutlicher Erkenntnis der persönlichen Gefahr, im Interesse der gedeihlichen Entwicklung der Partei über Zustände ein offenes Wort sprechen mußten, die, längst bedrohlich, nunmehr aber ganz und gar unhaltbar geworden waren. Unsere Mitteilung an der Spitze des politischen Teils sollte ein Alarmschuß für die Partei sein. Wir wollten in der Tat „Sensation" erregen, sofern man darunter versteht, daß wir nach gewissenhafter, sorgsamer Prüfung zu dem Entschluß gekommen sind, wir hätten die heilige Pflicht, die Parteigenossen aufzurütteln, und blieben wir dabei, wie wir nach bisherigen Erfahrungen voraussehen mußten, selbst auf der Strecke. Wir fühlten uns ganz als Werkzeug der Partei, der wir dienten, nachdem uns die neuesten Vorgänge die Gewißheit verschafft hatten, daß in das gesund und kräftig pulsende Blut der Partei ein Tropfen Gift eingedrungen sei.

Wir verfolgen auch im Fortgang des Kampfes keinerlei persönliche Interessen. Wir sind nicht Illusionisten genug, um anzunehmen, daß wir irgendwelche persönliche Vorteile von unserem Vorgehen haben könnten. Wir sind vielmehr vom Gegenteil überzeugt. Aber wir haben es einmal auf uns genommen, den Kampf für die innere Redlichkeit und Klarheit der deutschen Sozialdemokratie weiterzuführen, von deren Gesundheit auch die gedeihliche Entwicklung der gesamten Kulturverhältnisse wesentlich abhängt. Die deutsche Sozialdemokratie hat die höchste Mission zu erfüllen, die jemals eine Bewegung, eine Partei zu leisten hatte. Die Mission kann nicht ohne innere Wahrheit zum Siege geführt werden. Wir bekämpfen das System der Persönlichkeiten in der Partei, die so sehr mit sich selbst die Partei identifizieren, daß sie alles, was gegen sie gesagt wird, als eine Schädigung der Partei denunzieren. Wir bekämpfen die armselige Methode elendester persönlicher Rivalitäten, die sich prinzipiell maskieren. Wir bekämpfen den Geist des Mißtrauens und der Intrige, der unser Parteileben zerrüttet. Wir bekämpfen, kurz gesagt, alle die Schäden, die mit jeder Art **persönlichen Regiments** verbunden sind, die aber zehnfach verhängnisvoll wirken müssen in der Demokratie. Wir sollen endlich lernen, die kleine Person in der Sache vollständig aufgehen zu lassen. Wir sollen den Mut haben, offen auszusprechen, was wir denken, unbekümmert um die Rücksichten des Erfolges und diplomatischer Klugheit.

Wer auch nur einen Schritt von der Wahrheit und Vernunft abweicht, wird immer tiefer in Widersprüche, Wirrnisse, Sinnlosigkeiten hinabgezogen. Den Beweis für dieses Gesetz bildet die Denkschrift des Vorstandes, der es trotz aller Bemühung nicht einmal gelingt, den trostlosen Tatbestand notdürftig zu verschleiern. Warum hat der Vorstand nicht, was die erste Voraussetzung einer wirklichen Aufklärung gewesen wäre, das gesamte Aktenmaterial veröffentlicht? Man hat uns nicht vor den Entscheidungen anhören wollen! Will man der Partei nun etwa auch die schriftlichen Dokumente vorenthalten?

Die Partei tappt vollkommen im Dunkeln, solange sie den zwischen uns und dem Parteivorstand gepflogenen Schriftwechsel nicht kennt. Deshalb schließen wir uns dem von der Generalversammlung des Kreises Teltow-Beeskow mit Vierfünftelmehrheit angenommenen Antrag an, das gesamte Aktenmaterial ohne Aenderungen und Auszüge im Vorwärts zu veröffentlichen.

Und nun zur Sache.

* * *

1. Das Verfahren der Prinzipien.

Die Denkschrift des Parteivorstandes beginnt mit einer ebenso langen wie inhaltlosen prinzipiellen Erörterung, die insofern völlig überflüssig ist, als sie mit dem Streitfall, mit unserer Anklage **ganz und gar nichts zu tun hat.** Unsere Vorwürfe richten sich ausschließlich gegen das unerhörte **Verfahren,** das man gegen die Masse der tätigen Parteigenossen und gegen uns angewandt hat. Diese ganze „prinzipielle" Argumentation ist obendrein deshalb hinfällig und löst sich in sich selbst auf, weil der Vorstand ja gerade die beiden „Hauptschuldigen" nicht hinauswerfen wollte, und die Neigung so ungestüm war, den namentlich **für die letzten Parteipolemiken verantwortlichen Kollegen unter allen Umständen zu behalten,** daß man in der ersten Geheimsitzung von Vorstand und Preßkommission die Frage der Kündigung einzelner Kollegen gerade unter dem Gesichtspunkt erörterte, ob sich wohl der schwerste Verbrecher mit dem einen oder anderen solidarisch erklären würde. **Was sind das für seltsame „unhaltbare Zustände", deren Urheber man durchaus nicht entbehren will?**

Indessen, obwohl die ganze prinzipielle Auseinandersetzung nur ablenkender Aufputz ist, nehmen wir auch diese Frage bereitwillig auf, um in aller Kürze den ganzen Wust von Legenden, der hier zusammengekehrt ist, zu zerstreuen.

Alles, was einleitend über die höchst mangelhafte prinzipielle Aufklärung und Schulung der Parteigenossen durch den Vorwärts, über keine, zu späte oder hin und her schwankende Stellungnahme gesagt ist, stand bereits am 23. Dezember 1904 in der Leipziger Volkszeitung. Darauf wurde unter dem 11. Januar 1905 im Vorwärts geantwortet:

> Die Behauptung, der Vorwärts sei ein Blatt, „das, statt seiner Bestimmung gemäß das prinzipienfeste Rückgrat der Partei zu sein, in jeder prinzipiellen Frage hin und her schwankt und für die politische und wissenschaftliche Entwicklung der Partei längst zum rudimentären Organ geworden ist", nötigt uns zu einer Bemerkung. Wenn diese Behauptung der Wahrheit entspräche, so würden den Parteivorstand und die Preßkommission mit Recht die schwersten Vorwürfe treffen, denn es wäre **eine Pflichtvergessenheit der schlimmsten Art,** eine solche Redaktion an dem ihrer Aufsicht unterstellten Zentralorgan der Partei zu dulden. Es ist allgemein bekannt, daß über die Haltung und Stellungnahme des Vorwärts **in einigen Fragen** der Parteitaktik Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und der Redaktion bestanden haben und daß **Mitglieder** der unterzeichneten Körperschaften ihre abweichenden Ansichten öffentlich aus-

sprachen. **Niemals aber hat der Vorwärts zu einer ehrenkränkenden und beleidigenden Beurteilung Veranlassung gegeben,** wie es durch den Genossen Mehring in den oben zitierten Aeußerungen geschehen ist."

Unter dieser Kundgebung stehen die Unterschriften: **„Der Parteivorstand. Die Preßkommission."** Es sind dieselben Körperschaften, ja sogar dieselben Personen, die vor zehn Monaten gegen dieselbe „ehrenkränkende und beleidigende Beurteilung" des Vorwärts aufs schärfste protestiert haben, die sie jetzt selbst erheben. Sie beschuldigen sich also selbst jener „Pflichtvergessenheit der schlimmsten Art", die sie damals entrüstet zurückgewiesen haben. Aus dieser Tatsache erhellt schon allein, daß die Vorwürfe der schwankenden Haltung, die gegen uns erhoben werden, nur eine **Spiegelung der eigenen Verfassung** sind. In Wirklichkeit hat die Mehrheit der Redaktion ohne jedes Schwanken, mit der Unverbesserlichkeit, die ihr diese Denkschrift vorwirft, mit jenem „Selbstbewußtsein" — eine Anklage, die so unglaublich klingt aus dem Munde kämpfender Sozialdemokraten! — seit Jahren den Vorwärts einheitlich geführt. Wir haben nicht den Zickzackkurs mitgemacht, den das persönliche Regiment neuerdings auch bei uns veranlaßt hat, wir waren nicht die willfährigen Kreaturen für jede Stimmung und Laune einiger führender und schreibender Parteigenossen. Darum wurden wir gewissen Freunden unangenehm: nicht weil wir mitschwankten wie sie selbst, sondern weil wir aufrecht standen, den geraden Weg gingen. Läßt sich denn ein unverständlicheres Schwanken erdenken, als zwischen jenem Protest der Aufsichtsinstanzen vom Januar dieses Jahres und der jetzigen Denkschrift?! Alles ist d o r t schwankend, alles Widerspruch und Unklarheit, alles prinzipielle Verwirrung!

Die Mehrheit des Vorwärts hat seit jeher zäh und entschlossen die taktische Haltung jenes großen Zentrums der Partei vertreten, von dem lediglich rechts und links ein paar Parteischriftsteller abweichen, jenes Zentrums, das durch die Beschlüsse der Parteitage gebildet ist und dessen Führer August Bebel bisher war. Wir entsinnen uns kaum eines einzigen prinzipiell oder taktisch wichtigeren Falles, wo wir nicht mit dieser großen, geschlossenen Parteimeinung sachlich übereinstimmten, oder wo Bebel nicht selbst, wenn er anfänglich individuell abgeirrt, wieder in die Richtung des großen Blocks der Partei eingeschwenkt wäre. So waren wir beispielsweise gegen die von Bebel befürwortete ursprüngliche Stimmenthaltung bei den Hererokrediten. Es ist bekannt, daß auch in dieser Frage bald wieder Uebereinstimmung herrschte. Wir haben stets die allerdings sehr uneinheitliche Gruppe der sogenannten Revisionisten bekämpft, aber ebenso auch jene Wiederbelebungs-

versuche der Unabhängigenbewegung, die von Leipzig und Friedenau ausgeht, und in der gegen den Vorwärts mit genau denselben Allgemeinheiten gekämpft wird, wie einst die Parteileitung selbst befehdet wurde. Unterschieden haben wir uns von Bebel im wesentlichen nur durch die Bewertung der Wichtigkeit gewisser Parteifragen und durch die Methode parteigenössischer Polemik, die in den letzten Jahren — unter Führung Franz Mehrings — die deutsche Sozialdemokratie zweck- und sinnlos verwüstet hat.

Die Denkschrift unterläßt es, auch nur einen einzigen Fall anzuführen, wo wir gar nicht, verspätet oder schwankend Stellung genommen haben. Uns ist aus letzter Zeit nur ein Fall verspäteter Stellungnahme bekannt — gelegentlich des Kölner Gewerkschaftskongresses. Das war aber nicht die Schuld der Mehrheit, sondern des Dezernenten der Minderheit, der trotz der eindringlichen Vorstellungen der Mehrheit erklärte, nichts mehr sagen zu können. Derselbe Vertreter der prinzipienfesten Minderheit, die ja wohl jetzt die Mehrheit geworden ist, hat dann auch jenen Artikel über den Elektrikerstreik ohne Kenntnis der Mehrheit ins Blatt gegeben, der den schwersten Anstoß bei den Gewerkschaften und beim Parteivorstand erregt hat.

Noch unrichtiger ist es, daß wir in irgendwelchen wesentlichen *konkreten* Fragen in Konflikt mit den Berliner Parteigenossen geraten sind. Daß sich gerade unter der Leitung der bisherigen Mehrheit in vorher kaum erhoffter Weise die Abonnentenzahl des Vorwärts mehr als verdoppelt hat, beweist ja auch gerade nicht die Unzufriedenheit Berlins. Im Gegenteil, wir sind in bestimmten wichtigen Parteiaktionen mit den Berlinern gegen Anschauungen des Parteivorstandes oder des Genossen Bebel gegangen, so beim Preußentag, so bei den Anregungen für die Tagesordnung des Bremer und Jenenser Parteitags. In der Preßkommission ist, abgesehen von den Vorgängen unmittelbar vor Jena, niemals in den letzten Jahren eine ernstliche Beschwerde über die prinzipielle und taktische Haltung des Vorwärts laut geworden. Nur ein einzelnes Mitglied hat gelegentlich angeregt, einmal über unsere Stellungnahme zur Ueberwachung der französischen Offiziere unter André zu diskutieren. Dazu kam es aber nicht, und übrigens war in dieser Hinsicht der den Auslandsteil redigierende Kollege der damaligen Minderheit der Auffassung der Mehrheit, weil er sich unglücklicher-, seltener- und leichtsinnigerweise schon *vor* der unvermeidlichen Polemik Kautskys gegen uns festgelegt hatte. Eine sachliche Differenz ernster Natur in einer konkreten Angelegenheit zwischen uns und den Berlinern bestand überhaupt nur einmal in der zurückliegenden Frage der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen.

Man weiß, wie die Berliner sich schließlich so entschieden zu der Ansicht der bisherigen Redaktionsmehrheit bekehrt haben, daß gerade sie mit bewunderungswürdigster Energie die Landtagswahlkampagne geführt haben. Der eine Fall zeigt, ein wie schwieriger Begriff die „Meinung der Berliner" ist. Im übrigen hat die Preßkommission die ganzen taktischen und prinzipiellen Fragen für recht wenig dringend gehalten; denn sie ist bis zum September dieses Jahres nie über die gelegentlichen Klagen hinausgekommen, daß derartige Debatten nicht gepflogen werden.

Ueberhaupt ist es das Gegenteil der Wahrheit, wenn die Denkschrift den Anschein zu erwecken sucht, als ob unter der bisherigen Redaktion die Angriffe auf den Vorwärts häufiger, schärfer und allgemeiner geworden wären als früher. Der Vorwärts ist, so lange er lebt, immer angegriffen worden, unter der Leitung der bisherigen Mehrheit aber in viel geringerem Maße als früher. Die Protokolle unserer Parteitage und die Berliner Versammlungsberichte ergeben diesen Sachverhalt unzweideutig. Ja, es gab Zeiten, wo der Vorwärts höchlichst gelobt wurde, und gerade in den Perioden, wo er die schwerste und reichste Arbeit hatte, wo er Gelegenheit hatte, die prinzipielle Aufklärung am allerlebendigsten und intensivsten zu betreiben: in den Wahlzeiten. Es ist charakteristisch, daß z. B. die vielgerühmte Agitation vor dem Dreimillionensieg im Vorwärts ausschließlich von Kollegen der Mehrheit geleitet wurde, in erster Linie durch den Kollegen Wetzker, gegen den der jetzige Feldzug mit besonderer Gehässigkeit geführt wurde.

Richtig an den Auseinandersetzungen der Denkschrift über die prinzipielle und taktische Haltung ist lediglich die nicht überraschende Erscheinung, daß Bebel uns des öfteren auf Parteitagen angegriffen hat, womit aber noch längst nicht gesagt ist, daß er mit seinen Angriffen Recht hatte. Zutreffend ist ferner, daß genau zwei Jahre nach dem Dreimillionensieg, am 17. Juni 1905, auf **Antrag des Kreises Niederbarnim** — diesen einflußreichen Umstand verschweigt die Denkschrift — des Kreises also, dessen Abgeordneter **Stadthagen** ist — eine Sitzung der Funktionäre Berlins stattfand, die ihre Unzufriedenheit mit uns zu äußern schien — wie, das wird noch ausgeführt werden. Unmittelbar darauf erfreuten wir uns wieder der vollen Uebereinstimmung mit den Berliner Funktionären, bis dann anfangs September dieses Jahres, **abermals unter der sichtbaren Regie Stadthagens und seines Kreises, abermals eine Demonstration gegen die Vorwärtsmehrheit geplant war, die aber vollständig scheiterte, weil man damals noch so unvorsichtig war, die beschuldigten Redakteure hinzuzuziehen.**

Die Angriffe gegen den Vorwärts sind stets nur von einem kleinen Kreis von Personen ausgegangen, die es bisweilen verstanden, auch weitere Kreise von Parteigenossen umzustimmen, weil es leider bei der bisherigen dezentralisierten Organisation Groß-Berlins den Redakteuren unmöglich gemacht war, mit den Parteigenossen die innige Fühlung zu unterhalten, die notwendig ist, um dem dunklen Treiben von persönlichen Feinden, dem Klatsch und der Verleumdung entgegenzuwirken. Wir hoffen, daß die bevorstehende Umgestaltung der Organisation diesen von uns oft beklagten Uebelstand beseitigen würde. Vielleicht aber haben manche Leute es gerade deshalb so eilig gehabt, uns schleunigst im heimlichen Verfahren hinauszudrängen.

Wir hatten schließlich von Anfang an die Erfahrung gemacht, daß es zweckmäßig sei, gewisse Anariffe, mochten sie sich — noch so „prinzipiell" spreizen, nicht allzutragisch zu nehmen. Die Methode unserer Gegner in der Pareti entlarvte sich gleich zu Beginn der inneren Parteidebatten in der lustigsten Weise. Es war vor dem Parteitag in Hannover, als der Vorwärts über den beginnenden Bernsteinstreit einen ruhigen und besonnen abwägenden Leitartikel brachte, der die aufgeregten „Parteiretter" höchlichst ärgerte. Es war die Genossin Luxemburg, die bereits damals auf Grund dieses Artikels entdeckte, daß die Vorwärtsredakteure samt und sonders — damals war die Gruppe der ökonomisch-historischen Meisterschaft noch nicht erfunden — Leute ohne Talent, Vergangenheit und Charakter seien, die mit eisernem Besen auszukehren unser Chefredakteur Liebknecht dringend ersucht wurde. Liebknecht aber setzte sich hin und schrieb das grobe Wort von den Kapitolswächterinnen nieder; er hatte den Artikel, um dessentwillen er den eisernen Besen nehmen sollte, *selber* geschrieben. Die gleiche Erfahrung machten wir im Laufe der Jahre des öfteren. Die verheerende Epidemie fraß um sich, die Anschauung nicht mehr danach zu beurteilen, was sie in sich bedeutet, sondern nach dem vermuteten Urheber. Da aber auch die prinzipiellste Festigkeit und die schönsten Marxzitate nicht vor elementaren Reinfällen schützen, so konnten wir von den fröhlichen Tagen der Kapitolswächterinnen bis zur Jenenser Kommission immer wieder derlei große Mißverständnisse genießen, deren ernste Kehrseite allerdings war, daß jede Parteipolemik vergiftet wurde. Gegen diese Verwüstung Jahre hindurch gekämpft zu haben trotz aller Widerwärtigkeiten, rechnen wir uns als Verdienst an.

Es ist wahr, daß Bebel uns in Lübeck, ohne uns vorher zu unterrichten, plötzlich angriff. Auf den Protest des Kollegen Eisner aber ermächtigte ihn Bebel sofort aus freien Stücken, öffentlich zu erklären, daß seine Kritik sich nur auf die Haltung

des Vorwärts in der Frage Bernstein (Vortrag im sozialwissenschaftlichen Studentenverein) und Millerand bezogen habe. Die Haltung des Vorwärts in der inneren und äußeren Politik billige er vollständig, er habe nichts daran auszusetzen. **Bebel** hielt die öffentliche Feststellung dieser seiner Auffassung für geboten, **um die Differenzen nach außen hin auf das richtige** Maß zu beschränken. Auch die anderen Teile des Vorwärts mißfielen ihm keineswegs, **sodaß er gegen die Gesamthaltung des Vorwärts nicht das geringste einzuwenden habe.***) Heute beruft sich Bebel, der doch wohl an der Denkschrift beteiligt ist, auch auf Lübek!

Auf die Dresdner Vorgänge möchten wir einstweilen nicht eingehen. Sie waren ein Symptom desselben schweren Parteileidens, aus dem der jetzige ungeheuerliche und zugleich sinnlose Konflikt entstanden ist, von dem wir aber immer noch erwarten, daß er durch gründliche, rückhaltlose und ehrliche Aussprache dessen, was ist, den Beginn der Heilung bedeutet. In dieser Richtung muß die Gesamtpartei, müssen alle ihre

*) Bebel schrieb aus Lübeck unter dem 27. September 1901 an Eisner u. a.: „Lieber Genosse Eisner! Ich habe Ihren Brief erhalten. Ich begreife Ihre Aufregung und Mißstimmung, die durch eine gerade nicht sehr korrekte Berichterstattung und Mißverständnisse der folgenden Redner verstärkt worden ist.... Ich will aber ausdrücklich erklären und autorisiere Sie, dementsprechend auch im Vorwärts eine Erklärung abzugeben, daß ich nicht, wie es nach den Auslassungen des Genossen Gradnauer scheint, auf die zu antworten mir durch den Gang der Verhandlungen unmöglich war, ich die Gesamthaltung des Vorwärts mißbilligte, sondern daß sich meine Kritik nur auf die Haltung des Vorwärts in der Frage Bernstein-Millerand bezog. Ich erkläre hiermit ausdrücklich, daß ich die Haltung des Vorwärts in den Fragen der inneren und äußeren Politik vollständig billige und ich nichts daran auszusetzen habe. Es ist vielleicht gut, dies zu erklären, um die Differenzen nach außen hin auf das richtige Maß zu beschränken. Ich will, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, mit vorstehenden Aeußerungen nicht gesagt haben, daß mir die Redaktion irgend eines anderen Teils des Vorwärts mißfalle. Die Erklärung kann also dahin abgefaßt werden, daß ich gegen die Gesamthaltung des Blattes und speziell gegen seine Haltung in den Fragen der inneren und äußeren Politik nicht das Geringste einzuwenden habe, sondern daß sich die Differenzen ausschließlich auf die Bernstein- und Millerand-Angelegenheit beschränkten.... Ich hoffe, daß diese Erklärung Ihnen wenigstens einige Genugtuung gewährt und daß es mir in persönlicher Aussprache gelingt, die Differenzen auf das geringste Maß zu beschränken. Mit herzlichstem Gruß Ihr A. Bebel."

Damit vergleiche man die jetzigen Urteile Bebels! Sollte diese seltsame Aenderung des Urteils also darin liegen, daß es 1901 im Vorwärts noch nicht die „zwei Richtungen" gab, daß die „prinzipielle Minderheit" noch nicht im Zentralorgan wirkte?

Organe arbeiten. Geht die Partei aus dieser Krisis gekräftigt hervor, so wird uns diese Genugtuung über das bittere Gefühl hinweghelfen, daß wir durch den uns aufgedrungenen Kampf einen Wirkungskreis verloren haben, an dem trotz alledem unser Herz hing.

Das Geschwätz der bürgerlichen Presse über Revisionismus und Radikalismus soll ganz auf sich beruhen bleiben. Ueber diese Unwissenheit lohnt es sich nicht, ein Wort zu verlieren. Hier steht mehr auf dem Spiel, als die Nuance der Meinung oder die Intensität des revolutionären Temperaments. Hier handelt es sich um die Gesundheit des gesamten Parteikörpers. Wir wissen, daß die große Masse der Parteigenossen einig und geschlossen, klar und wegsicher ist, aber wir können uns nicht mehr der Einsicht verschließen, daß einzelne Führer Fehler auf Fehler häufen, um schließlich, im Eigensinn, recht zu behalten, die unverletzlichen Grundsätze unseres Parteilebens preiszugeben. Wir haben uns in den letzten Jahren immer wieder gegen diese Erscheinungen aufgelehnt, mit der gebotenen Rücksicht. Trotz dieser Rücksicht zogen wir uns deshalb Feindschaften zu, die jetzt zu triumphieren scheinen, die aber auch das erfreuliche Ergebnis endlich gehabt haben, daß weitere Rücksichtnahme Verrat an der Partei ist.

Wir werden in unserem zweiten Artikel auf die Einzelbehauptungen der Denkschrift, auf die Prinzipien des Verfahrens, ausführlicher eingehen, auf diese Politik des Schweigegebots, die als fundamentale Aenderung in unserer Partei eingeführt worden ist.

Die bisherige Vorwärts-Mehrheit.

II.

Die „Antwort" der Aufsichtsinstanzen.

Dem Abdruck des ersten allgemeinen Teils unseres Rechenschaftsberichts folgten in der Vorwärts-Nummer vom 4. November folgende Kundgebungen der Aufsichtsinstanzen:

Unserer Antwort müssen wir eine kurze Bemerkung vorausschicken. Die ehemaligen sechs Redakteure des Vorwärts überschütten die Parteipresse mit Erklärungen, Entgegnungen, Rechenschaften usw., sie können das, weil ihnen die Zeit dazu zur Verfügung steht.

Wir sind gezwungen, die Verwaltungsgeschäfte der Partei zu erledigen und Sitzungen abzuhalten, die unsere Zeit ungemein in Anspruch nehmen. Die Preßkommission besteht in ihrer großen Mehrheit aus Arbeitern; ihre Mitglieder haben auch sonstige Dienste für Partei und Gewerkschaft zu verrichten,

für dies alles stehen ihnen aber nur die Abende zur Verfügung. Wir können also nicht mit der Raschheit antworten, die mehrfach gewünscht worden ist. Zu welchen Mitteln aber die Sechs glauben uns gegenüber greifen zu dürfen, um uns zu rascheren Antworten zu zwingen, dafür spricht folgender, in Form eines Ukases an uns gelangter Brief, den wir ohne Bemerkung abdrucken.

Derselbe lautet:

Berlin, den 1. November 1905.

An die Redaktion des Vorwärts.

Der Vorwärts teilt heute mit, daß er unsere Erwiderung gegen die Denkschrift mit der Antwort des Parteivorstandes und der Preßkommission zu veröffentlichen gedenke. So wenig wir die beabsichtigten Gegenbemerkungen für verwirrend halten, so wenig sind wir aber auch geneigt, eine Verzögerung des Abdrucks durch diesen Umstand zu dulden. Wir fordern unverzüglich und ohne jede Aenderung die Aufnahme des gestern Ihnen zugegangenen ersten Teiles unserer Entgegnung in der Donnerstag früh erscheinenden Nummer des Vorwärts. Wir halten es ferner für die Pflicht der Redaktion, unserer Entgegnung diejenige Stelle des Blattes anzuweisen, auf die sie selbst nach dem § 11 des Preßgesetzes Anspruch hat.

J. A.: Kurt Eisner.

Antwort!

Die Entgegnung von Eisner und Genossen unterscheidet sich von unserer Denkschrift, die nach ihnen „die Autorität der für den Konflikt und seine literarische Bearbeitung verantwortlichen Mitglieder des Vorstandes vernichten muß" — eine „Vernichtung", die der Parteivorstand kaltblütig auf sich nimmt —, dadurch, daß unsere Denkschrift eine sachliche Darstellung der Vorgänge ist, um deren Klarstellung es sich handelt, dagegen die Ausführungen der Eisner und Genossen an Rabulistik und schwülstiger Phraseologie nichts zu wünschen übrig lassen. Damit die Leser diese Phraseologie richtig genießen können, haben wir die bezüglichen Sätze gesperrt zum Abdruck gebracht.

Für die Objektivität unserer Denkschrift spricht vielleicht mehr als lange Auseinandersetzungen folgende Episode aus unseren Beratungen: Als am Montag den 30. Oktober abends nach gemeinsamer Beratung des Parteivorstandes mit der Preßkommission die Denkschrift in ihrem Wortlaut endgültig festgestellt — wobei jeder der Anwesenden ein gedrucktes Exemplar des Entwurfes in seinen Händen hatte — und darauf einstimmig angenommen worden war, nahm das Mitglied der Preßkommission, Genosse Wuschik, das Wort und erklärte

dem Sinne nach folgendes: Er sei, wie der Kommission und dem Parteivorstand bekannt sei, mit den Maßnahmen gegen die sechs Redakteure nicht einverstanden gewesen und sei es auch jetzt noch nicht. Er habe aber dennoch für die Denkschrift gestimmt, weil er anerkennen müsse, daß sie den Gang der Angelegenheit in allen Einzelheiten sach- und wahrheitsgemäß darstelle.

So ein Gegner unserer Maßnahmen, der von allem, was vorging, genau unterrichtet ist und unseren Verhandlungen beiwohnte.

Wenn in der Einleitung von Eisner und Genossen angegeben wird, Bebel sei von der Kündigung der sechs Redakteure Samstag den 21. Oktober, abends, noch so rechtzeitig unterrichtet worden, daß er gegen die Veröffentlichung Einspruch hätte erheben können, so ist das richtig. Genosse Bebel erklärt darauf, daß Genosse Gerisch ihn allerdings an jenem Abend durch Rohrpostbrief unterrichtet habe — den er gegen 9 Uhr erhielt, damit er am nächsten Morgen nicht durch die Erklärung der Sechs überrascht werde, oder sie gar zu lesen übersehe. Er habe aber ebensowenig, wie die zwei Vorstandsmitglieder, die noch auf dem Parteibureau anwesend waren, als die Kündigung mit der Ankündigung ihrer Veröffentlichung im Vorwärts einlief, sich berechtigt erachtet, auf eigene Faust den Versuch zu machen, die Ankündigung zu verhindern.

Oder sollten die Mitglieder des Parteivorstandes von allen Enden Berlins für eine späte Nachtstunde zusammengetrommelt werden, weil die Sechs es so eilig hatten, der Welt ihren Beschluß, aus der Redaktion auszutreten, in sensationellster Weise zu verkünden, und es nicht über sich gewinnen konnten, bis zum nächsten Dienstag zu warten, nachdem auch die Berliner Parteifunktionäre in der Sache gesprochen hatten?

Hätte Bebel es versucht, so hätten die Sechs seinen Einspruch, als von einem einzelnen Vorstandsmitglied ausgehend, wahrscheinlich mit Hohnlachen zurückgewiesen und es wäre außerdem von denselben ein solcher Versuch als eine Anmaßung eines einzelnen, der das „persönliche Regiment zu etablieren unternehme", dargestellt worden.

Wenn sich Eisner und Genossen in schwülstigen Darlegungen ergehen, die eines erheiternden Beigeschmacks nicht entbehren, über die Mission, welche die Sechs zu erfüllen bestrebt seien, um die Partei vor den bösen Einflüssen zu retten, die der Parteivorstand oder einzelne seiner Mitglieder geltend zu machen versucht hätten, so fordern wir statt unbestimmter zweideutiger Behauptungen und Verdächtigungen Beweise. Solange diese Beweise nicht erbracht werden,

bezeichnen wir diese Anschuldigungen und Verdächtigungen als **Verleumdungen.**

Die Forderung, den zwischen Eisner und Genossen und dem Parteivorstande gepflogenen Schriftwechsel in unverkürztem Wortlaut zu veröffentlichen, werden wir in dem uns dazu geeignet scheinenden Augenblick mit größtem Vergnügen erfüllen. Ist doch unter anderem durch diesen Schriftwechsel der Kanal aufgedeckt worden, durch den die falschen Darstellungen über die Vorkommnisse in der Fünfzehner-Kommission des Jenaer Parteitages in die Berliner Volks-Zeitung gelangten. Bekanntlich behauptete die Berliner Volks-Zeitung, ihre Enthüllungen von einem hervorragenden Sozialdemokraten empfangen zu haben. Wir sind also bereit, die Aufklärung nach jeder Richtung zu fördern.

Finden Eisner und Genossen die Denkschrift des Parteivorstandes, die, wie die Leser derselben wissen, die Denkschrift des Parteivorstandes und der Preßkommission ist — wir machen die Parteigenossen auf diesen fortgesetzt angewandten Kniff der Sechs aufmerksam — als lang und inhaltslos, die mit dem Streitfall nichts zu tun habe (!!!), so antworten wir: Den Genossen waren wir schuldig, darzulegen, wie der in Frage stehende Streitfall allmählich entstanden ist und warum wir in diesem so handelten, wie von uns gehandelt worden ist. Für die Sechs haben wir diese Darlegungen nicht geschrieben, denn sie belehren zu wollen, wäre zwecklos.

Zu dem Abschnitt „Das Verfahren der Prinzipien" — wir haben diese Ueberschrift nicht verbrochen — sei folgendes bemerkt:

Allerdings hat der Parteivorstand anfangs den Versuch machen wollen, zu vermitteln, indem er vorschlug, durch eine Umgestaltung der früheren Redaktionsmehrheit zunächst die sichtbarsten Uebelstände zu beseitigen. Das ist auch in unserer Denkschrift ausführlich dargelegt worden, es ist alles keine Neuigkeit, welche erst Eisner und Genossen der staunenden Welt verkünden mußten.

Es ist auch nicht richtig, daß der Parteivorstand „die Hauptschuldigen nicht ohne weiteres hinauswerfen wollte", um im Stile von Eisner und Genossen zu reden. Der Vorstand bekennt aber heute, daß er sich in dieser Beziehung einer unverzeihlichen Schwäche schuldig gemacht hat.

Wie nimmt sich aber diese Anschuldigung, der Vorstand habe Halbheit und Unentschlossenheit gezeigt, mit der anderen Behauptung zusammen aus, daß dieser selbe Vorstand die

Ursache alles Bösen sei und die großen Prinzipien der Meinungsfreiheit und wie all die schwülstig vorgetragenen Anklagen lauten, mit Füßen trete? Wollen die Sechs als Ankläger auftreten, warum so inkonsequent? Warum nennen sie nicht nur die Namen, sondern bezeichnen auch die Taten der Schuldigen, um sie zu fassen? Die Sechs machen sich mit ihrer sonderbaren Anklage und Verdächtigungstaktik nur lächerlich.

Wir können nur wiederholt fordern, die Beweise für die unqualifizierbaren Verdächtigungen zu bringen, sonst müßten wir diese wiederkehrende Methode als schmutzig und niederträchtig bezeichnen.

Soweit Genosse Bebel wiederholt durch Nennung seines Namens in die Entgegnung der Sechs verwickelt worden ist, wird dieser selbst an anderer Stelle das Wort ergreifen, um darauf zu dienen. Im weiteren lehnen wir es ab, hier auf die Vorgänge im einzelnen einzugehen, die, wie schon in unserer Denkschrift ausgeführt wurde, sich über Jahre erstrecken und uns schließlich zu dem Entschluß kommen ließen, eine neue Ordnung im Vorwärts einzuführen. Die Sechs wünschen offenbar diese Darlegung nur weit ausführlicher, um die Polemik ins unendliche fortführen zu können.

Es ist weiter ein Versuch mit untauglichen Mitteln, aus der Tatsache, daß die Abonnenten des Vorwärts sich in den letzten Jahren sehr erheblich vermehrten, zu schließen, das komme auf das Konto der Zufriedenheit oder des Mangels an Unzufriedenheit der großen Mehrheit der Berliner Parteigenossen mit der Redaktion des Vorwärts. Die rasche Steigerung der Abonnenten ist in erster Linie und hauptsächlich auf die unausgesetzte Agitation der Berliner Genossen für den Vorwärts und namentlich auf eine verbesserte Organisation der Kolportage zurückzuführen. Die Berliner Genossen betrachteten eben den Vorwärts trotz häufiger Mißstimmung über seine Haltung in einer Reihe von Fragen immer noch als ihr Blatt.

Eine Binsenwahrheit ist es auch, welche die Sechs aussprechen, daß, so lange der Vorwärts lebt, er stets, manchmal sogar sehr heftigen Angriffen ausgesetzt gewesen ist, die auch schon früher wesentlich dem Umstande geschuldet waren, daß die Redaktion eine geschlossene Einheitlichkeit — die erste Bedingung für ein Parteiblatt und eine gute Redaktion — vermissen ließ. Diese Uebelstände haben sich aber nach unserer Ansicht nicht vermindert, sondern gesteigert und insbesondere sind sie mit ihrer längeren Dauer immer fühlbarer geworden. Namentlich aber erforderte gerade die Rücksicht auf die außerordentlich gewachsene Partei und den damit auch außerordent-

lich gewachsenen Leserkreis des Vorwärts in weit höherem Grade als jemals eine geschlossene Stellungnahme in den wichtigeren die Partei berührenden Fragen und eine intensive Aufklärung der Leser vom Standpunkt des historischen Materialismus, auf dem die Weltanschauung unserer Partei beruht.

Die Behauptung, daß die Redaktion des Vorwärts „wiederholt Parteiaktionen mit den Berliner Genossen gegen Anschauungen des Parteivorstandes oder des Genossen Bebel begonnen habe, so beim Preußentag, so bei den Anregungen für die Tagesordnung des Bremer und Jenaer Parteitages", ist richtig.

Konstatiert sei aber, daß der Parteivorstand mit dem Genossen Bebel sich nicht prinzipiell gegen die Berufung eines Parteitages der preußischen Genossen erklärte, sondern nur Differenzen über den passendsten Zeitpunkt der Einberufung bestanden. Der Parteivorstand vertrat die Ansicht, diesen Parteitag nicht eher einzuberufen, als bis die Schulvorlage — gegen die Stellung zu nehmen eine der Hauptaufgaben des preußischen Parteitages sein sollte — dem preußischen Landtag vorliege, damit man ihren Inhalt kenne und nun um so sachgemäßer gegen sie Stellung nehmen könne.

Was aber die Hebammendienste der Redaktion für Anträge zur Erweiterung der Tagesordnung der Parteitage zu Bremen und Jena betrifft, so sei konstatiert, daß die Berliner Vertrauensleute sicher nicht der Anregung der Redaktion, auf die Tagesordnung des Jenaer Parteitages die Wandlungen in der deutschen Weltpolitik zu setzen, gefolgt wären, wenn die Redaktion ihnen mitgeteilt hätte, was loyalerweise ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit war, daß die Redaktion den Parteivorstand mit keinem Wort davon unterrichtete, daß sie die Absicht habe, die Berliner Vertrauensleute zu bestimmen, die von der Parteileitung (Vorstand und Kontrollkommission) abgelehnten Anträge des Genossen Gradnauer für die Tagesordnung des Parteitages einzubringen.

Heute ist uns vollständig klar, was für Absichten mit diesem Verhalten der Redaktion bezweckt wurden. Die Redaktion, richtiger gesagt gewisse Redakteure, wollten die Vertrauenspersonen Groß-Berlins gegen den Parteivorstand ausspielen, als einen Faktor, der seiner Aufgabe nicht gewachsen sei.

Es ist ferner eine Unwahrheit, wenn Eisner und Genossen erklären, daß der jetzige Feldzug gegen den Genossen Wetzker mit besonderer Gehässigkeit geführt wurde. Er bekommt nur, was ihm gebührt. Es kommt niemand unter uns bei — das sei hier ein für allemal konstatiert —, behaupten zu wollen, daß die ausgeschiedenen Sechs nicht nach bestem Wissen und Können ihre Schuldigkeit getan hätten oder die Partei hätten schädigen wollen. Wir erkennen auch an, daß die Wahlkampagne im Jahre 1903, soweit sie der Vorwärts führte, wie die Führung der Zollkampagne im Jahre 1902 allen Ansprüchen entsprach, die gestellt werden konnten. Das ist aber kein Grund, daraufhin zu dem Schlusse zu kommen, daß nunmehr alle Gegensätze in Wohlgefallen sich aufgelöst hätten.

Die Sechs berufen sich mit besonderer Genugtuung auf die Erklärung, die der Parteivorstand und die Preßkommission unter dem 11. Januar 1905 gegen einen in der Leipziger Volkszeitung am 23. Dezember 1904 erschienenen Artikel veröffentlichten.

Hier sei zunächst auf die Situation aufmerksam gemacht, die zu jener Erklärung nötigte. Der in der Leipziger Volkszeitung erschienene Artikel erging sich in den heftigsten und schärfsten Angriffen gegen die Redaktion des Vorwärts und damit auch bis zu einem gewissen Grade gegen uns als Aufsichtsorgane desselben. Die Redaktion fühlte sich mit Recht durch diesen Artikel schwer beleidigt und rief unsere Intervention an. Wir teilten die Auffassung der Redaktion über jenen Artikel und veröffentlichten eine Erklärung, welche die Sechs tendenziös abgekürzt und zugestutzt in die Oeffentlichkeit bringen, die wir nunmehr des Verständnisses wegen und um der Wahrheit zu dienen, im Wortlaut folgen lassen. Dieselbe lautet:

> In Nr. 298 der Leipziger Volkszeitung vom 23. Dezember 1904 ist unter der Aufschrift: Eine Abwehr ein Artikel, unterzeichnet F. M., das ist Franz Mehring, erschienen, der sich gegen Aeußerungen des Vorwärts über einenen unserer Parteipresse angemessenen Ton der Polemik richtet. Die Redaktion des Vorwärts hat mit Recht Abstand genommen, in eine Erwiderung auf die Beschuldigungen einzutreten, die Genosse Mehring gegen sie erhoben hat. Sie hat im Interesse der Partei geschwiegen und die Angelegnheit den unterzeichneten beiden Körperschaften überlassen, welche durch das Organisationsstatut der Partei zur Aufsicht über das Zentralorgan bestellt sind. Auch ohne den Wunsch der Redaktion des Vorwärts standen die Unter-

zeichneten im Begriff, sich mit dem Artikel Mehrings zu beschäftigen.

Von den Anschuldigungen, die Mehring gegen die Redaktion des Vorwärts erhebt, seien nur die schwersten in Erinnerung gebracht. Der Vorwärts soll „wissentlich unwahr" über vorhergehende Auseinandersetzungen in der Parteipresse berichtet haben. Er soll durch seine Meinungsäußerung über den Ton der Parteipresse „eine Tat begangen haben, die sich würdig neben die Tat stellt, die der Minister Hammerstein an Zanina Person vollbracht hat". Dies sei eine Tat, die durch das Dichterwort gekennzeichnet wird: „Seht hier das Trauerspiel der kalten Bosheit." Der Vorwärts soll ein Blatt sein, „das trotz seiner ungeheuren Mittel und seines weiten Verbreitungsbezirkes ziffernmäßig nicht einmal so viel propagandistische Werbekraft zu entfalten vermag, wie die meisten, minderen und selbst kleinen Parteiblätter trotz ihrer winzigen Mittel entfalten".

Der Vorwärts soll durch seine blöden Sensationen à la Krupp und Kaiserinsel „die Partei aufs äußerste bloßgestellt" haben. Der Vorwärts sei ein Blatt, „das, statt seiner Bestimmung gemäß das prinzipienfeste Rückgrat seiner Partei zu sein, in jeder prinzipiellen Frage hin und her schwankt und für die politische und wissenschaftliche Entwicklung der Partei längst zum rudimentären Organ geworden ist.

Wir haben keinen Anlaß, die Redaktion des Vorwärts gegen Anschuldigungen zu verteidigen, deren Gehässigkeit für die Parteigenossen ohne weiteres ersichtlich ist. Nur die Behauptung, der Vorwärts sei ein Blatt, „das, statt seiner Bestimmung gemäß das prinzipienfeste Rückgrat der Partei zu sein, in jeder prinzipiellen Frage hin und her schwankt und für die politische und wissenschaftliche Entwicklung der Partei längst zum rudimentären Organ geworden ist", nötigt uns zu einer Bemerkung. Wenn diese Behauptung der Wahrheit entspräche, so würden den Vorstand und die Preßkommission mit Recht die schwersten Vorwürfe treffen, denn es wäre eine Pflichtvergessenheit der schlimmsten Art, eine solche Redaktion an dem ihrer Aufsicht unterstellten Zentralorgan zu dulden. Es ist allgemein bekannt, daß über die Haltung und Stellungnahme des Vorwärts in einigen Fragen der Parteitaktik Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und der Redaktion bestanden haben und daß Mitglieder der unterzeichneten Körperschaften ihre abweichenden Ansichten öffentlich aussprachen. Niemals aber hat der Vorwärts zu einer ehrenkränkenden und beleidigenden Beurteilung Veranlassung gegeben, wie es durch den Genossen Mehring in den oben zitierten Aeußerungen geschehen ist.

Wir halten uns deshalb für verpflichtet, diese Herabwürdigung der Gesamthaltung der Redaktion des Vorwärts auf das nachdrücklichste zurückzuweisen und legen energische Verwahrung ein gegen diese Form der Polemik, wie sie dem Genossen Mehring gegen die Redaktion des Vorwärts beliebte. Eine derartige Kampfesweise gegen ein Parteiorgan muß notwendig zur schwersten Schädigung und zur Zerrüttung der Partei führen.

Berlin, den 11. Januar 1905.

Der Parteivorstand. Die Preßkommission des Vorwärts.

Die Sechs haben aber sehr ungenügend begriffen, daß seit jenen Januartagen die Gegensätze zwischen Redaktion und uns sich weiter zuspitzten, und daß unter anderem die Verhandlungen am 17. Juni notwendig wurden, auf die wir bereits in unserer Denkschrift eingegangen sind, daß endlich die Verhandlungen am 1. und 8. September sich abspielten, in denen abermals die Meinungsverschiedenheiten in aller Schärfe zum Ausdruck kamen. Die Sechs machen in ihrer Entgegnung gemäß ihrer Gewohnheit dunkle Andeutungen über ein mißglücktes Pronunciamento gegen die Redaktion, das Stadthagen geleitet haben soll. Was die Sechs dunkel anzudeuten belieben, wollen wir offen mitteilen. Am 1. und 8. September fanden gemeinsame Sitzungen des Parteivorstandes, der Preßkommission und der Redaktion statt. Die Sitzung am 8. war die Fortsetzung derjenigen am 1. September. In diesen beiden Sitzungen war Stadthagen als Mitglied der Redaktion anwesend, nahm aber nur zu einer persönlichen Bemerkung das Wort. Zunächst wurde verhandelt über die öffentlich bekannt gewordene Korrespondenz Wetzkers mit der Redaktion der Bremer Bürgerzeitung wegen Aufnahme von Berichten über Bremer Parteiversammlungen. Das Verfahren Wetzkers wurde bei diesen Verhandlungen als grobe Taktlosigkeit verurteilt. Auf seine Erklärung, in einem ähnlichen Fall wieder so handeln zu wollen, wurde die Stimmung gegen ihn in der Preßkommission so erregt, daß diese gegen Wetzker ein Mißtrauensvotum beantragte und beschloß, ihm die Redaktion der Parteinachrichten zu nehmen, die er nach Ansicht von Vorstand und Preßkommission parteiisch redigiert hatte.

In der darauffolgenden Sitzung am 8. September erklärte Wetzker die Verurteilung des von ihm an die Redaktion der Bremer Bürger-Zeitung gerichteten Briefes als ein der Preßkommission zustehendes Recht, bekundete seine Bereitwilligkeit,

auf die Redaktion der Parteinachrichten zu verzichten, hat jedoch, von dem allgemeinen Mißtrauensvotum Abstand zu nehmen.

Hierauf wurde beschlossen, das Mißtrauensvotum nicht auszusprechen.

Im weiteren Verlauf jener Sitzung kam aber auch wieder die allgemeine Haltung des Vorwärts zur Sprache. Hierüber waren die Urteile so stark, daß Eisner sich zu der Aeußerung verstieg, die Mehrheit wolle der Minderheit ihre Ressorts überlassen, damit diese zeige, ob sie es besser machen könnte.

In jener Sitzung wurde ferner der Beschluß gefaßt, und zwar zum Schutze der Minorität, daß, wenn drei Redakteure gegen die Aufnahme eines Artikels Einspruch erheben würden, sofort Parteivorstand und Preßkommission berufen werden müßten, um über die Aufnahme zu entscheiden. Wie man diese Vorgänge zu einem „Sieg" der Redaktionsmehrheit um—dichten kann, überlassen wir dem Scharfsinn der Leser zu beurteilen.

Wenn die Sechs behaupten, daß der Artikel über den Elektrikerstreik ohne Kenntnis der Mehrheit ins Blatt gegeben wurde, so sei festgestellt, daß die Sechs es unterließen, von einem Artikel Kenntnis zu nehmen, der als Leitartikel in das Blatt kam und damit als Meinungsäußerung der Gesamtredaktion angesehen wurde. Dieser Vorgang zeigt wieder, daß die Zustände in der Redaktion unmögliche geworden waren.

Höchst merkwürdig ist es auch, daß die Sechs es so darstellen, als hätten in der Frage der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen die Berliner Parteigenossen sich der Ansicht der Sechs angeschlossen. Jeder Parteigenosse weiß aber, daß die Berliner Genossen sich erst zur Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen bereit erklärten, nachdem wiederholt auf Parteitagen ein solcher Beschluß gegen den Willen der Berliner Genossen angenommen worden war.

Der Jammer der Sechs, die Angriffe gegen den Vorwärts seien stets nur aus einem kleinen Kreise von Personen hervorgegangen, und weiter die Ausfälle der Sechs gegen die Genossin Luxemburg wegen ihres Konfliktes mit Liebknecht im Jahre 1898 geben uns keine Veranlassung, auf diese Ausführungen näher einzugehen.

Nachdem die gesamte Parteivertretung von Groß-Berlin am 23. Oktober nach langer, ernster Debatte mit allen gegen einige Stimmen unser Vorgehen billigte und sich mit uns

solidarisch erklärte, können wir uns auf das Gesagte beschränken. Wir verstehen auch nicht, was die Polemik der Sechs gegen die Genossin Luxemburg bedeuten soll, die in den Verhandlungen der letzten Wochen nur eine passive Rolle spielte, insofern als wir darüber verhandelten, ob sie als Mitarbeiterin am Vorwärts tätig sein solle. Ebenso lassen wir das Hereinziehen der Genossen Kautsky und Mehring in diese Erörterung auf sich beruhen. Die Sechs verfolgten mit ihrer Taktik nur, die Polemik möglichst weit und breitschichtig zu gestalten. Das liegt nicht im Interesse der Partei. Wir haben Besseres zu tun, als unfruchtbar gewordene Polemiken ohne zwingende Gründe weiterzuspinnen, als unumgänglich notwendig ist. Der Schluß der Erklärung der Sechs schließt sich würdig ihrem Anfange an. Beweislose Verdächtigungen und Anschuldigungen gegen nicht genannte Personen, phrasenhafte Versicherungen, daß man endlich alle Rücksichten allen Freundschaften zum Trotz fallen lasse, weil weitere Rücksichtnahme Verrat an der Partei sei.

Wir gestatten uns hierauf die einfache Frage:

Wenn es Personen in der Parteileitung gibt, deren unheilvolles Wirken seit Jahren all die von den Sechs in den schwärzesten Farben dargestellten Gefahren für die Partei hat, **warum haben die tapferen, ehrlichen, braven, unentwegten Sechs nicht schon längst die Rücksichten fallen lassen und sind als Ankläger aufgetreten, um die Partei von diesen Schandbuben zu befreien?**

Und warum wagen sie auch jetzt noch nicht, wo sie alle Rücksichten fallen zu lassen erklären, die Namen dieser Schandbuben zu nennen?

Auch das wäre ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen. Jetzt bekommen ihre Anklagen und ihre dunklen, zweideutigen Verdächtigungen den Charakter, **daß sie nicht aus edlen Motiven im Interesse der Partei handeln, sondern nur, um niedrige persönliche Rachegefühle zu befriedigen.**

Berlin, den 3. November 1905.

Der Parteivorstand. Die Preßkommission.

III.

Eine Erklärung Bebels.

(Vorwärts, 4. Nov.)

Erklärung!

Von der mir seitens des Parteivorstandes und der Preßkommission gegebenen Freiheit, auf die mich persönlich be-

treffenden Anzapfungen der edlen Sechs zu antworten, werde ich erst in einem späteren Stadium der Polemik Gebrauch machen. Ich fasse alsdann alles hübsch zusammen, um meinen Gegnern die verdiente Antwort zu geben.

A. Bebel.

IV.

Elf Richtigstellungen.

An die Redaktion des Vorwärts.*)

Berlin, den 4. November, 6,55 nachm.

Die Unterzeichneten ersuchen Sie um Aufnahme der folgenden Zuschrift: Im Auftrag der Kollegen Büttner, Gradnauer, Kaliski, Schröder, Wetzker, Kurt Eisner.

Wir beabsichtigen nicht, uns mehr wie absolut notwendig, unter die Fuchtel der jetzigen Redaktionsmoral des Vorwärts zu stellen. Wir haben in unserer Antwort auf die Denkschrift, deren erster Teil nach langer Verzögerung endlich zum Abdruck gelangt ist, gesagt, was wir zu sagen hatten. Was wir sonst auf die „Antwort" des Genossen Bebel — er verlangt ja Namensnennung — zu sagen haben, wird am anderen Orte geschehen. Wir werden uns also der peinlichen Aufgabe, den Vorwärts in Anspruch nehmen zu müssen, nur insoweit unterziehen, als wir knappe tatsächliche Berichtigungen und Feststellungen zu geben haben — und auch dies in großer Beschränkung.

Auf die Antwort und ihre Begleitnotizen in Nr. 259 begnügen wir uns mit folgenden Korrekturen:

1. Wir wissen wohl die Schwierigkeiten zu würdigen, unter denen Parteikommission und Preßkommission zu arbeiten haben. Wir haben also auch nicht verlangt, daß die „Antwort" auf unserer Rechenschaft sofort gegeben würde. Die sofortige Veröffentlichung unserer Auslassung aber — wir sind doch die Angegriffenen, Unterdrückten — war das Gebot primitivsten Anstandes.

2. Der Vorwärts teilt einen Brief vom 1. November mit. Er unterschlägt aber die Tatsache, daß diesem Brief zwei Postkarten vorausgegangen sind: einmal die Mitteilung der „edlen Sechs", daß sie auf das selbstverständliche Recht, an derselben Stelle zu Worte zu kommen, wo die Denkschrift erschien, im Interesse der Würdigung der russischen Vorgänge in Rußland verzichten würden und in diesem Falle die Spitze der ersten Beilage beanspruchen. Sodann die Karte Heinrich

*) Abgedruckt im Vorwärts vom 7. November.

Cunows mit der Botschaft: „Darüber, an welcher Stelle des Vorwärts sie (die Einsendung) publiziert werden soll, verfügen wir, nicht irgend ein Mitglied der früheren Redaktion."

3. Die „Antwort" verlangt von uns, für die Behauptung des persönlichen Regiments Tatsachen und Namen; täten wir dies nicht, so würde man diese Anschuldigungen und Verdächtigungen als Verleumdungen bezeichnen. Die eine große allgemein bekannte Tatsache sind gewisse Erscheinungen in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie seit den letzten Reichstagswahlen, der Name ist: August Bebel. Daß Bebel monatelang von der Parteileitung entfernt ist und dann plötzlich nach Gefühlen und Stimmungen, oft auf Grund ungenügender oder auch entstellender Informationen, Parteiaktionen inszeniert, dürfte selbst Bebel bekannt und bewußt sein. Auch in dem jetzigen unerhörten Skandal ist Bebel die treibende und verwirrende Kraft, gegen dessen Aktion sich die einsichtigen Mitglieder des Vorstandes und andere alte verdiente Parteigenossen vergeblich aufgelehnt haben.

4. Die „Antwort" verdächtigt uns in feig andeutender Weise, daß wir die Blamage Ströbels in die Berliner Volkszeitung lanciert hätten. Wir wissen, daß mit solchen Andeutungen bis zur äußersten Ostgrenze des Deutschen Reiches gegen uns Stimmung gemacht worden ist. Mit derselben Verdächtigung arbeitete unlängst Kautsky in einer Sitzung des Vereins Arbeiterpresse, wollte aber, als die Verdächtigten Aug in Aug *direkte* Beschuldigung verlangten, nichts gesagt haben. Wenn man uns schon die Infamie zutraut, daß wir irgend etwas getan haben, um den ökonomisch-historischen Zusammenbruch in der Jenenser Kommission zur Kenntnis der bürgerlichen Presse zu bringen, so sollte man uns doch nicht für so ausgemachte Idioten halten, daß wir Mittel anwenden würden, von denen wir ganz genau wissen, wie verderblich sie für uns selbst sein müssen. Im Gegenteil: der Artikel der Berliner Volkszeitung, sofern er sich nicht auf ganz harmlose Weise erklärt — in Jena wurde der spaßhafte Vorfall an jedem Kneiptisch laut erzählt —, könnte von einem gegen uns intrigierenden Parteigegner in das bürgerliche Blatt gebracht worden sein, der uns ein Bein zu stellen suchte und die Wirkung der Ströbelschen Blamage zu durchkreuzen beabsichtigte.

5. Wir haben nicht gesagt, daß die *Denkschrift* mit dem Streitfall nichts zu tun habe, sondern nur die „prinzipielle" *Einleitung*. In dem ganzen Konflikt steht lediglich das *Verfahren* des Parteivorstandes vor Gericht.

6. Die „Antwort" führt es auf eine „unverzeihliche Schwäche" zurück, daß der Vorstand nicht gleich die Hauptschuldigen hinausgeworfen habe. Wir müssen gegen diese Selbstbezichtigung den Strategen des Feldzugs in Schutz

nehmen. Die unverzeihliche Schwäche war vielmehr in Wahrheit eine ganz gewöhnliche kapitalistische Stärke!

7. Bebel deutet in seiner Antwort an, daß die politische Redaktion des Vorwärts mit den Berlinern gegen den Parteivorstand zu konspirieren versucht habe. Diese Wahnvorstellung scheint endlich den Schlüssel zu der ganzen geheimnisvollen und unerhörten Aktion zu geben. Wir haben keinen Anlaß, die Berliner gegen diese Anklage zu verteidigen. Aber sie beweist in erschreckender Deutlichkeit, wo alles zur Folge persönlicher Machtstellung erniedrigt wird und wo redliches Bemühen, der Partei zu dienen, verleumdet wird.

8. Der Abdruck der ganzen Erklärung vom 11. Januar 1905 zeigt noch klarer als unser Auszug, daß Vorstand und Preßkommission vor 10 Monaten genau das Gegenteil der jetzigen Kundgebung unterschrieben haben.

9. Vom 11. Januar bis zum 17. Juni ist gegen uns seitens der Aufsichtsinstanzen keine prinzipielle oder taktische Beschwerde erhoben worden, außer kurz vor dem 17. Juni die Beschuldigung, daß wir nicht „gesalzen" genug den Kölner Gewerkschaftskongreß vermöbelt hätten; über unsere schweren Bedenken wegen gewisser Aeußerungen und Beschlüsse des Kölner Kongresses insonderheit hinsichtlich der Stellung zur Maifeier hatte die Mehrheit der Redaktion keine Zweifel gelassen, sondern sie in aller Schärfe im Vorwärts zum Ausdruck gebracht. Nur verlangten manche Leute aber noch mehr, vermutlich Leipziger und Friedenauer Salz. Wir interpretierten diese Beschwerden damals unter uns scherzhaft dahin, daß man Bieh salz von uns verlange. Unter dem Eindrucke dieser Empörung aber über unsere Salzlosigkeit hielt dann Bebel die große Anklagerede vom 17. Juni. So steht es um die ewigen Gegensätze und Beschwerden.

10. Daß wir den Leitartikel des verbliebenen Redakteurs John über den Elektrikerstreik nicht unter unsere Kontrolle stellten, wird man begreifen, wenn man erfährt, daß dieser Redakteur bei der Preßkommission einige Zeit vorher Schutz gegen seine angebliche Unterdrückung durch die Mehrheit und durch Mitglieder des Parteivorstandes nachgesucht und erhalten hatte. Außerdem hat der Kollege nicht einmal daran gedacht, einen Kollegen der Mehrheit zu Rate zu ziehen.

11. Die „Antwort" richtet die Frage an uns:

Wenn es Personen in der Parteileitung gibt, deren unheilvolles Wirken seit Jahren all die von den Sechs in den schwärzesten Farben dargestellten Gefahren für die Partei hat, warum haben die tapferen, ehrlichen, braven, unentwegten Sechs nicht schon längst die Rücksichten fallen gelassen und sind als Ankläger aufgetreten, um die Partei von diesen Schandbuben zu befreien?

Wir sind viel zu gute Anhänger des Geschichtsmaterialismus, um diese Umwertung unserer Feststellung eines persönlichen Regiments — „ethisch" entrüstet — in eine Schurkerei zuzulassen. Jeder Kenner der inneren Parteiverhältnisse weiß, daß Bebel in einigem Maße an der Neigung zum persönlichen Regiment leidet. Das ist der Fehler seiner Tugend. Deshalb wird ihn jedoch niemand für einen Schandbuben halten. Unsere und die allgemeine Auffassung ist vielmehr, daß Bebel — und nach seinen historischen Verdiensten nicht ohne Grund — die Partei so vollständig mit seiner Person identifiziert, daß er seine individuellen Anschauungen und Stimmungen nicht mehr genügend von der Sache der Partei zu trennen vermag. Uebrigens machen wir aus den unheilvollen Wirkungen dieses Systems auch weniger Bebel einen Vorwurf, als vielmehr denjenigen, die sich diesem Einfluß auch dort, wo er verderblich ist, gegen die eigene Ueberzeugung, vielleicht aus mißverstandenem Parteiinteresse, schweigend fügen. Eine niederträchtige Verleumdung aber ist es, daß die „Antwort" uns vorwirft, wir hätten den Kampf erst aufgenommen, seitdem wir aus der Redaktion des Vorwärts ausgeschieden wären. Früher hätten wir feige — wie reimt sich das mit dem gerügten Selbstbewußtsein — geschwiegen. Das wagt der Mann zu unterschreiben, gegen dessen Mißgriffe die ausgeschiedenen politischen Redakteure des Vorwärts seit den letzten Reichstagswahlen bei jeder Gelegenheit, so gut sie konnten, öffentlich und in seiner Gegenwart in internen Zirkeln aufs schärfste aufgetreten sind. Hat Bebel denn vergessen, daß er vor Dresden sich sogar in die Oeffentlichkeit der Leipziger Volkszeitung flüchten mußte, weil ihn einer der ehrlichen, tapferen, braven, unentwegten Sechs angeblich im Vorwärts mundtot gemacht. Noch kurz vor Jena gab es heftigste Auseinandersetzungen mit Bebel. Wir beschweren uns ja auch gerade darüber, daß man uns in Jena und seitdem bis zu dieser Stunde hinterlistig verhindert hat, uns mit Bebel auseinanderzusetzen. Und jetzt wirft uns Genosse Bebel vor, daß wir früher nicht den Mut gehabt hätten, der Majestät zu trotzen — ganz wie ein Kapitalist, der einem entlassenen Hausdiener, der sich im Vorwärts über Mißstände beklagt, statt einer Widerlegung, nachsagt, er handle, um „Rachegefühle zu befriedigen".

V.

Die Solidarität des Parteivorstandes.

(Vorwärts vom 7. November.)

Dem Abdruck unserer elf Glossen wurde folgende Erklärung hinzugefügt:

In der vorstehenden Zuschrift von Eisner und Genossen werden u. a. folgende Behauptungen aufgestellt:

1. Auch in dem jetzigen unerhörten Skandal ist Bebel die treibende und verwirrende Kraft, gegen dessen Aktion sich die einsichtigen Mitglieder des Vorstandes und andere alte verdiente Parteigenossen vergeblich aufgelehnt haben.

2. Uebrigens machen wir aus den unheilvollen Wirkungen dieses Systems auch weniger Bebel einen Vorwurf, als vielmehr denjenigen, die sich diesem Einfluß auch dort, wo er verderblich ist, gegen ihre innere Ueberzeugung, vielleicht aus mißverstandenem Parteiinteresse fügen.

Die Unterzeichneten haben zu den beiden angezogenen Behauptungen folgendes zu bemerken:

Bei den Beschlüssen in der Vorwärts-Affäre haben sämtliche Mitglieder des Vorstandes außer dem Genossen Ebert, der seine Tätigkeit im Vorstande noch nicht aufgenommen hat, mitgewirkt. Daß jedes Mitglied nur nach eigener Ueberzeugung und aus sachlichen Gründen gestimmt hat, ist ebenso selbstverständlich, wie es selbstverständlich ist, daß sämtliche Mitglieder für alle gefaßten Beschlüsse und getroffenen Maßnahmen des Parteivorstandes solidarisch die Verantwortung tragen.

Berlin, 6. November 1905.

J. Auer. W. Eberhard. A. Gerisch. H. Molkenbuhr. W. Pfannkuch. P. Singer. R. Wengels.

VI.

„Meine Antwort".

Im Vorwärts vom 7. November erschienen unter obigem Titel folgende Auslassungen Bebels:

Meine Antwort.

Die Taktik der Sechs geht für jeden, der ihre Elaborate aufmerksam gelesen hat, sichtbar dahin, auf der einen Seite die Vertretung der Berliner Genossen (speziell die Preßkommission) vom Parteivorstande zu trennen und einen Gegensatz zwischen ihnen hervorzurufen; andererseits den Parteivorstand selbst zu spalten, indem man ihn in Gegensatz zu mir zu bringen sucht und mich als den Urheber alles Uebels darstellt.

Um dieses Ziel zu erreichen, muß die Preßkommission als ein unselbständiges Organ erscheinen, das dem offenen oder versteckten Druck des Parteivorstandes folgt, der selbst wieder mein Werkzeug ist.

Bibliothek des Arbeiterstandes

Gegen die unwürdige Rolle, die durch diese perfide mit den Tatsachen in Widerspruch stehende Taktik, wie in unserer ersten Denkschrift nachgewiesen ist, diesen beiden Parteiorganen zugewiesen wird, werden diese sich zu wehren wissen.

Der böse Dämon also, der alles seinem diktatorischen Gelüst unterwirft und dem gegenüber sich alles duckt und nach dessen Pfeife tanzt, bin ich. Wäre ich der ehrgeizige, auf die Befriedigung seiner persönlichen Eitelkeit bedachte Mensch, als welchen mich meine bürgerlichen Gegner schon lange darstellen, nunmehr aber auch in der eigenen Partei behauptet wird — nicht mit dürren Worten, aber es ist deutlich zwischen den Zeilen der „Anklage" zu lesen —, so wäre dieses allerdings eine Rolle, die den größten Ehrgeiz und die maßloseste Eitelkeit befriedigen könnte. Aber für eine solche Person wäre in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands kein Platz.

Doch die Ankläger unternehmen es selbst, ihre Anklage zu zertrümmern, wie denn jeder, der ihre Elaborate denkend liest, zu der Ueberzeugung kommen muß, daß sie voller Widersprüche sind.

Die Ankläger führen nämlich selbst an, daß ich vor dem Dresdner Parteitag, um die Veröffentlichung einer persönlichen Erklärung zu ermöglichen, in die Spalten der Leipziger Volkszeitung flüchten mußte, weil die Eisner und Genossen die Aufnahme jener meiner Erklärung im Vorwärts verweigerten. Das war also die Macht, die ich ihnen gegenüber besaß.

Eine klatschendere Ohrfeige konnten sich die Eisner und Genossen wirklich nicht versetzen.

Ich möchte hier zunächst über meine persönliche Stellung zum Vorwärts folgendes bemerken: Es sind Jahr für Jahr nicht nur Wochen, sondern oft Monate vergangen, ehe ich mich einmal auf der Redaktion blicken ließ, nicht aus feindseliger Gesinnung gegen die Sechs, sondern in Rücksicht auf ihre Arbeitszeit und weil meine eigene Zeit sehr knapp ist. Ihre Arbeit begann um 4 Uhr oder gegen 4 Uhr nachmittags und währte 6 bis 7 Stunden; erschien ich in dieser Zeit, wo man allein die Redakteure sicher traf, so störte ich. War es dennoch notwendig für mich, Eisner oder andere oder mehrere zu sprechen, so beschränkte ich mich auf das Allernötigste in der Zeit. Die Sechs werden mir wider Willen bestätigen müssen, daß ich ihnen niemals lästig fiel, gar manchmal aber die Unterhaltung abbrach in Rücksicht auf ihre Arbeitszeit.

Ich habe ferner in der ganzen Zeit, die ich als Vorstandsmitglied Aufsichtsorgan des Vorwärts war, nie den geringsten Versuch gemacht, die Aufnahme eines Artikels oder einer Notiz zu erzwingen oder deren Aufnahme zu verhindern oder die Haltung des Vorwärts in einer Frage zu beeinflussen, es sei

denn in durchaus legaler Weise in den zu diesem Zweck einberufenen gemeinsamen Sitzungen. Aber auch in diesen habe ich nur in den mir zustehenden Grenzen von dem Recht, meine Meinung zu äußern und auf die Meinung der Anwesenden Einfluß zu üben, Gebrauch gemacht. So war bisher die Rolle meines Selbstherrschertums im Vorwärts.

Es ist also eine grobe, wider besseres Wissen ausgesprochene Unwahrheit, wenn die Sechs jetzt behaupten, es sei in Sitzungen der Redaktion mit dem Parteivorstand und anderen Parteiorganen darüber zu besonders erregten Verhandlungen gekommen, daß ich in denselben meinen Einfluß in der von ihnen charakterisierten Weise zum maßgebenden zu machen versuchte.

Es ist auch eine Unwahrheit, wenn die Sechs behaupten, es hätten noch kurz vor Jena in einer gemeinsamen Sitzung solche Auseinandersetzungen zwischen mir und ihnen stattgefunden. Diese Sitzung war am 14. September, sie war, wie schon in einer der Antworten des Parteivorstandes und der Preßkommission angeführt wurde, von der Gesamtredaktion verlangt worden, um in Differenzen zwischen Mehrheit und Minderheit, die durch den gleichzeitigen Abdruck von Artikeln, die zum Teil von Eisner, zum Teil von Cunow verfaßt waren, einen Schiedsspruch zu fällen. Ich habe in jenen Verhandlungen, die von seiten der streitenden Parteien in höchster Erregung geführt wurden, eingegriffen, um nachzuweisen, daß der Streit ein Streit um des Kaisers Bart sei, da die strittige Polemik nicht auf einer auf illegale Weise erlangten Kenntnis der Artikel des Gegners zu beruhen brauchte, sondern sich aus der Verschiedenheit der Grundanschauung der streitenden Parteien ganz von selbst ergebe.

Es lag also bei dieser Auseinandersetzung nicht der geringste Grund für mich vor, mit der damaligen Redaktionsmehrheit in der von ihr charakterisierten Weise in Streit zu geraten. Ich bleibe also dabei, ihre Darstellung der Vorgänge beruht auf Fälschung. Habe ich, wie ich glaube mit dem besten Gewissen behaupten zu dürfen, allezeit die Unabhängigkeit und die Selbständigkeit der Redaktion gewissenhaft respektiert und nur dort von der Geltendmachung meiner von ihr abweichenden Anschauungen Gebrauch gemacht, wo ich sozusagen „amtlich" das Recht und die Pflicht dazu hatte, so habe ich das zweifellos mit dem Temperament und der Entschiedenheit getan, die Eigenschaften meines Wesens sind und von denen ich wünsche, daß sie mir ungeschmälert zu Gebote stehen, solange ich in der Partei wirke.

Ich habe bisher angenommen, daß jeder, der in Beratungen das Wort ergreift, dieses tut, um seiner Meinung Geltung zu verschaffen, und weil er die Verwirklichung seiner

Meinung als im Parteiinteresse gelegen ansieht. Daß nicht jeder das mit demselben Temperament und vielleicht auch nicht mit dem Geschick zu tun vermag wie ich, das werden mir doch die Sechs nicht auch noch als Verbrechen anrechnen wollen. Die „Anklagen" der Sechs belieben aber den Charakter meiner Kampfmethode als eine aufdrängerische, meine Person allzu sehr in den Vordergrund schiebende darzustellen. Zwischen den Zeilen der Ergüsse der Sechs ist auch zu entnehmen, als spiele dabei persönliche Eitelkeit und das Streben nach Verherrlichung meiner Person eine Rolle und wolle ich damit den Kultus mit meiner Person fördern.

Darauf habe ich zu antworten: Es ist wahr, in unserer Partei wird innerhalb gewisser Kreise Personenkultus getrieben. Wenn z. B. die Sechs in ihrer obigen Darstellung geschmacklos und doch denunziatorisch mit Bezug auf mich von Sr. Majestät sprechen und in Bayern in und außerhalb unserer Parteikreise von Vollmar als König von Bayern gesprochen wird, um seinen Einfluß in Bayern, wenn auch in scherzhafter Form, zu markieren, so sind das Beispiele für diese Manie. Es ist auch wahr, daß Personenkultus im Vorwärts getrieben wurde und daß namentlich Eisner diesen Personenkultus z. B. mit mir getrieben hat, bis ich dagegen auftrat.

Der Sachverhalt ist folgender: Die Leser des Vorwärts werden sich erinnern, daß in verflossenen Jahren aus Anlaß von Reden, die ich bei wichtigen Veranlassungen im Reichstage gehalten, ich über alle Maßen gelobt wurde. Das geschah besonders anläßlich meiner sogenannten „Kaiserrede" am 22. Januar 1903. Am folgenden Tage erschien an der Spitze des Vorwärts ein Artikel mit der sensationellen Ueberschrift: „Eine Rede an die deutsche Nation". In diesem Artikel, dessen Verfasser wie bei den früheren Eisner war, hieß es in bezug auf meine Rede:

„Das Haus folgte mit großer Aufmerksamkeit den Darlegungen; aber in der Luft lag die Spannung, die des Entscheidenden harrte. Allerlei Gerüchte schwirrten über die Absichten des Präsidenten, man erwartete einen jähen Zusammenstoß. Graf Ballestrem hatte einmal das Präsidium an den Vizepräsidenten Büsing abgetreten, kehrte aber sofort — wider seine Gewohnheit — zurück, um weiter Wache zu halten. Er mußte sich geraume Zeit gedulden. Erst im letzten Viertel der Rede leitete Bebel die Erörterung auf die Angelegenheit, auf die das ganze Haus mit fast fieberhafter Spannung wartete.

Bebel sprach über Wilhelm II. und seine rednerischen Angriffe auf die Sozialdemokratie. Im Saale wurde es totenstill. Auf den Tribünen wie auf den Bänken des Bundesrates lauschte man atemlos. Bis zur äußersten Rechten hinüber gab es niemand, der unaufmerksam oder widerwillig war. Man

war wie in der Erstarrung einer immer näher wachsenden Katastrophe. In dem gespannten Schweigen flammten heiß und hell in steigender Gewalt die aus dem tiefsten Innern der Zeit emporbrechenden Worte unseres Redners.

Ein wundersames Schauspiel. Fast schien es, als ob der Redner nicht nur als Wortführer der Sozialdemokratie seine läuternde gewitternde Anklage erhob, sondern als ob er die geheimsten Gedanken des Bundesrates der deutschen Fürsten, ja selbst der Dunkelmänner auf der Rechten aussprach, die wie erdrückt waren von der unentrinnbaren Gewalt der schlichten, starken, lauteren Wahrheit. Der Genius des lange geknechteten und verstümmelten Deutschtums hatte jäh seine Fesseln gesprengt und kündete jubelnd, daß das deutsche Volk doch nicht ganz in feige Sklaverei und würdelose Lüge gesunken sei. Im Wortführer des deutschen Proletariats ward die Kulturehre der Nation endlich lebendig.

Wenn Worte Wunder wirken könnten, so würde mit dieser Rede Bebels die Entwicklung der inneren Verhältnisse sich freier, reiner und glücklicher gestalten. Das schlimmste, widrigste Elend unserer in ihrer Unwahrhaftigkeit und geistigen Armseligkeit erstickenden Zustände würde wenigstens beseitigt sein, der unvermeidliche Kampf der Klassen würde edler und würdiger ausgefochten werden können, der Geist des offiziellen Deutschtums würde nicht Jahrhunderte hinter der lebenden Gegenwart und der drängenden Zukunft kriechen und keuchen. Indessen so überschwengliche Hoffnungen darf niemand hegen; doch wie immer auch die Wirkungen sein mögen, diese Stunde ist nicht mehr verlierbar, und ganz ohne Frucht kann sie nicht bleiben....

Bebels Rede wird vor dem deutschen Namen wieder Achtung werben. Man wird erkennen, daß nicht alles verrottet und verkommen sei, erstickt in militärischem Drill und streberischer Feigheit. Diese Worte waren in Wirklichkeit eine nationale Tat, und die deutsche Sozialdemokratie wird mit Stolz diesen Versuch der Reinigung als nicht das geringste ihrer Verdienste in Anspruch nehmen. Als Partei des Vaterlandes haben die Vaterlandslosen, die Elenden gesprochen — des Vaterlandes, in dem der Geist der Menschheit ringt.

Bebel hatte verzichtet, auf die besondere Krupp-Affäre einzugehen. Aber er ließ es sich nicht nehmen, die Reden von Breslau und Essen zu erörtern. Und der Präsident wagte es nicht mehr, unserem Kämpfer in den Arm zu fallen. Ohne Unterbrechung konnte Bebel seine gewaltige Anklage, die ein weithin hallender Weckruf war, vollenden. Und indem er all die törichten Legenden, die über die Sozialdemokratie gesponnen werden, klug und sicher zerstörte, verkündete er in stolzem Protest das Recht und den Sieg der Wahrheit. Als

er zum Schluß mit zornig bebenden Worten den nichtswürdigen Byzantinismus der herrschenden Klassen geißelte, da barg das gebannte Schweigen der Feinde vielleicht eine noch größere Huldigung als der stürmisch aufbrausende Beifallsjubel der Freunde. Unter den ehrlichen, anständigen Gegnern hat es jedenfalls in jenem Augenblick niemand gegeben, der innerlich sich nicht beugte vor der Macht dieser Aufrührung der Gewissen .....

Nach Bebels Rede glaubte man in freierer Luft zu atmen. Sie weitete die Lungen und die Herzen. Es wird an den herrschenden Klassen und ihren regierenden Vertretern liegen, ob sie, die Gunst der Stunde nützend, zu lernen noch fähig sind!" —

Mir waren schon lange jene Lobeshymnen unter Eisners Redaktion persönlich unangenehm. Nach jenem Artikel in Nr. 19 vom Jahre 1903 schrieb ich an ihn: Ich erachte das mir gespendete Lob für eine Uebertreibung, diese Schreibweise über mich berühre mich peinlich, ich sei auch der Ansicht, daß darüber Mißstimmung in der Partei entstehe. Ich bäte ihn, künftig eine ähnliche Schreibweise zu unterlassen.

Von da ab änderte sich diese in bezug auf mich. Ich mußte allerdings später noch lesen, daß, als ich in der Wahlagitation im Mai und Juni 1903 zahlreiche Wahlversammlungen in Rheinland und Westfalen abhielt, eine größer als die andere, wieder im Vorwärts meiner in überschwänglicher Weise gedacht wurde. Wer die Verfasser jener Notizen waren, weiß ich nicht.

Als ich dann am 23. September dieses Jahres in Jena über das Thema „politischer Massenstreik" die Schlußrede gehalten hatte, trat kurz danach Eisner an mich heran und sagte:

„Genosse Bebel, Sie haben eine ausgezeichnete Rede gehalten, hätten Sie mir nicht verboten, Sie zu loben, morgen würde ich es im Vorwärts tun."

Das genügt, um zu zeigen, wo der Personenkultus getrieben wurde.

Es kam die Versammlung am 17. Juni dieses Jahres, auf die schon verschiedene Male Bezug genommen wurde. Heute muß ich es sagen, daß ich es war, der jene Programmrede für den Vorwärts hielt, auf die ich in meiner Jenenser Rede ohne Namensnennung anspielte. Eugen Ernst beantragte, diese Rede als Programm zu betrachten und sich mit derselben einverstanden zu erklären. Es war aber nicht die Redaktion, die gegen eine solche Hervorhebung meiner Person Einspruch erhob, sondern ich selbst war es, „der bat, es abzulehnen, daß seine Person quasi als Fahnenhalter in den Vordergrund geschoben werde" (Jenenser Protokoll, Seite 189), man möge eine Resolution annehmen.

Und nun war es Gradnauer, der als Redakteur des Vorwärts erklärte, er und seine Kollegen seien damit einverstanden, daß entsprechend dem Antrage Ernst abgestimmt werde.

Ich trage auch keine Schuld, daß in dem Leitartikel des Vorwärts vom 1. Juli dieses Jahres — also 14 Tage nach der Versammlung vom 17. Juni —, betitelt: Eine Kundgebung des Weltfriedens, von „unserem Bebel" gesprochen wurde. Der Verfasser jenes Artikels war wieder Eisner.

Sollte ich allmählich ein übermäßig entwickeltes Selbstbewußtsein und eine zu hohe Meinung von meiner Person erlangt haben, wie die ehemalige Redaktionsmehrheit behauptet, so darf sie rufen: Mea culpa, mea maxima culpa! Es ist meine Schuld, meine große Schuld! Die nunmehrige Taktik der Sechs gegen mich ist mir völlig klar. Nachdem sie mich durch Schmeicheleien nicht für sich erobern konnten, sondern in mir für ihr taktisches Verhalten im Vorwärts, wie für ihr Bestreben, die Berliner Parteigenossen bei jeder ihnen passend erscheinenden Gelegenheit zu dem Parteivorstand in Gegensatz zu bringen, einen entschiedenen und rücksichtslosen Gegner fanden, „wandelte sich ihre Liebe in Haß". Nun mußten andere Saiten gegen mich aufgezogen werden und hierfür schien ihnen der Krach im Vorwärts die gewünschte Gelegenheit zu bieten.

Ich begreife das. War doch durch eigene Schuld und Ungeschicklichkeit ihrem Einfluß und denjenigen, die mit ihren Tendenzen einverstanden sind, das einflußreichste Parteiorgan genommen, wodurch sie hofften, allmählich sich die Herrschaft in der Partei zu erringen. Schon lange bestand in diesem Lager gegen mich ein natürlicher Widerwille. Man witterte meinen Einfluß und mein Eingreifen auch dort, wo ich selbst nicht wußte, was geschehen war. Selbst in der jeden Sommer mehrere Monate währenden Abwesenheit bei meinen Angehörigen in der Schweiz entdeckte man eine Teufelei. Ich benutzte den dortigen Aufenthalt ja nur, um neue Vernichtungspläne gegen gewisse Leute auszubrüten, und stürzte plötzlich und unversehens wie Zieten aus dem Busch über meine unglücklichen Gegner her, um sie auf dem Altar meiner Herrschsucht zu opfern. Wer über die Stimmung und Meinung meiner Gegner weitere Studien machen will, dem empfehle ich den fleißigen Besuch des Cafés im Westen in Charlottenburg. Dort versammelt sich der dem Parteivorstand und mir besonders feindlich gesinnte Klüngel, um in der Nachbarschaft der gespitzten Ohren von Gegnern und bürgerlichen Journalisten sein Herz auszuschütten.

Ich weiß auch nicht erst seit gestern, daß ich gewissen Personen in jenem Lager, das in der Partei das revisionistische

heißt, ein Dorn im Auge bin, und mehr als einer der in jenem Lager weilt, hegt den frommen Wunsch, es möge mir und noch diesem und jenem recht bald das Schicksal Liebknechts beschieden sein. „Sind erst die paar Alten gestorben, dann werfen wir die Rasselbande zur Partei hinaus."

Man kann sich eben bei dem einen und dem anderen in jenen Kreisen die Partei nicht anders vorstellen als eine Schafherde — eine Anschauung, die auch der Auffassung der Sechs von meinem persönlichen Einfluß zugrunde liegt. Das ist die gleiche Ansicht, die bürgerliche Ideologen haben. Diese können sich auch die Partei nicht anders als eine Schafherde vorstellen, die gedankenlos gewissen Leithämmeln folgt. Verschwinden diese, so brauchen sich die neuen Leithämmel nur an die Spitze zu drängen und die Partei folgt willig und kritiklos ihnen. Dann folgen Organe, wie der Parteivorstand und die Preßkommission wie Schafe dem Willen eines einzelnen, obgleich der Vorstand das von den Vertretern der Partei auf den Parteitagen gewählte Organ und die Preßkommission das der Berliner Parteigenossen ist, wie leicht muß es dann sein, mit der großen Masse der Parteigenossen umzuspringen und sie zu führen.

Die Eisner und Genossen haben sich nun ganz enthüllt. Sie ahnten nicht, daß, indem sie Parteivorstand und Preßkommission als Marionetten in meiner Hand darzustellen suchen, sie neben der nichtswürdigen Verleumdung dieser Organe auch die schwerste Beleidigung gegen die Berliner und die gesamte Partei aussprachen, die solche Hampelmänner zu ihren Vertrauenspersonen wählt.

Mich, den man verbrennen will, macht man zu einer Art Halbgott auf Kosten derjenigen, für deren Interesse einzutreten die Sechs vorschützen. Ich zweifle nicht, daß die Partei zu gegebener Zeit den Sechs die passende Antwort gibt.

Schöneberg-Berlin, den 6. November 1905.

A. Bebel.

VII.

Ein Brief an Bebel.

Auf die vorstehend abgedruckte Auslassung Bebels erfolgte zunächst die folgende Erklärung im Vorwärts:

Erklärung.

Die von der Sache ablenkenden Verdächtigungen, die Bebel jetzt gegen mich persönlich richtet, werde ich erst dann in der notwendig schmeichelhaften Weise beantworten, wenn die am 3. November abends an die Redaktion abgesandte

Rechtfertigungsschrift der sechs Kollegen im Vorwärts erschienen ist. Ich würde ohne diese Zurückhaltung den Bestrebungen dienen, durch allerlei Zwischenspiele den klaren Sachverhalt des Konflikts zu trüben.

7. November 1905. Kurt Eisner.

Am 10. November schrieb Eisner den folgenden persönlichen Brief an Bebel:*)

Gr.-Lichterfelde, 10. Nov. 05.

Verehrter Genosse Bebel!

Der Parteiöffentlichkeit schulde ich noch eine Erwiderung auf „Meine Antwort", die Sie im Vorwärts vom 7. Nov. 1905 drucken ließen. Aus der redaktionellen Vorbemerkung, die unseren Rechenschaftsbericht vom 10. November einleitet, glaube ich nun schließen zu müssen, daß die Redaktion nicht mehr geneigt ist, weitere Einsendungen von unserer Seite aufzunehmen. Die Spekulation auf die berechtigte Abneigung der Parteigenossen gegen alle derartigen persönlichen langwierigen Auseinandersetzungen — wir haben sie während unserer Redaktionsführung stets zu vermeiden gesucht und gerade deshalb uns Beschwerden zugezogen — ist ja die einzige Waffe, die der Redaktion gegen die Wahrheit noch zu Gebote steht. Ich mag aber mit der jetzigen Redaktion keinen Kampf um

*) Auch dieser Brief hat seine Geschichte. Auf die wiederholte Mahnung zur Veröffentlichung des Schreibens schrieb Bebel am 15. November an Eisner u. a.:

„Sie wissen, daß ich Ihren ersten Brief nicht auf eigene Faust veröffentlichen und beantworten kann, denn daß ich denselben nicht ohne Antwort in die Oeffentlichkeit gehen lasse, werden Sie erwarten. Dazu bedarf ich aber erst der Autorisation. Ich mußte den Brief dem Vorstand übergeben, dieser hat ihn vervielfältigen lassen, um auch jedem Preßkommissionsmitglied ein Exemplar zustellen zu können. Beide Organe werden in den nächsten Tagen über die Angelegenheit beraten.... Ich für meine Person habe keinen Grund, die Veröffentlichung zu verzögern, je rascher die Angelegenheit abgetan wird, je lieber ist's mir."

Am 18. November wurde in dieser Angelegenheit das folgende Schreiben an Eisner abgesandt:

„Kollege Bebel hat Sie bereits unterrichtet, daß die Veröffentlichung Ihres unter dem 10. d. M. an Bebel gerichteten Briefes von der Zustimmung des Parteivorstandes und der Preßkommission abhängig sei.

Der Parteivorstand und die Preßkommission setzte die Beschlußfassung aus bis nach der Erledigung des Vorschlages des Vorstandes des Vereins Arbeiterpresse, der die Einstellung der Polemiken bezweckte. Die Erledigung zeitigte ein negatives Resultat.

unser Recht führen. Die grotesk plumpe Art, mit der die Redaktion die durch unsere Parteipresse zum Ausdruck gebrachte Meinung über den Vorwärtskonflikt gefälscht hat, nötigt mich, unseren Nachfolgern das Maß von Achtung zu verweigern, das immerhin erforderlich ist, um selbst solchen Kampf aufzunehmen. Nur eine gewisse Trauer erfüllt mich, daß all unsere mühselige langjährige Arbeit, in der wir dem Vorwärts den Ruf eines streng wahrhaftigen und in den Parteikonflikten ehrlich objektiven Blattes zu erhalten suchten, in wenigen Tagen von Grund aus vernichtet worden ist. Wie wahrheitsliebend man jetzt im Vorwärts ist, davon zeugt gerade auch jene erwähnte Vorbemerkung. Man will uns gnädig Raum geben, unser Vorgehen zu „entschuldigen". Wir haben kein Wort der Entschuldigung gesagt, weil wir nichts zu entschuldigen suchten. Nicht der leiseste Verstoß kann uns zum Vorwurf gemacht werden. Wir haben viemehr einfach Rechenschaft über unsere bisherige Tätigkeit abgelegt, das Verfahren unserer Aufsichtsinstanzen und Ihre Wirksamkeit kritisiert, nichts weiter, Genosse Bebel!

Unter diesen Umständen bleibt mir nur übrig, mich auf diesem Wege persönlich mit Ihnen auseinanderzusetzen. Ich

---

Hieran anknüpfend, hat der Parteivorstand und die Preßkommission Ihren Wunsch, Ihren an Bebel unter dem 10. d. M. gerichteten Brief zu veröffentlichen, erwogen, und haben beide Instanzen folgendermaßen resolviert:

Der Veröffentlichung im Vorwärts derjenigen Perioden Ihres Briefes, die als eine Erwiederung auf Bebels Artikel: Meine Antwort gelten können, steht nichts entgegen. Dagegen lehnt es der Parteivorstand und die Preßkommission ab, diejenigen Perioden, die allgemeine Räsonnements oder Angriffe auf Dritte enthalten, zum Abdruck zu bringen.

Wir stellen Ihnen anheim, Ihren Brief in der von uns angedeuteten Weise abzufassen und sehen Ihrer Entschließung entgegen. Mit Parteigruß

W. Pfannkuch."

Darauf antwortete Eisner am 20. November u. a.: „Ihrem mit der Preßkommission gemeinsam abgefaßten Beschluß, daß mein Brief an Bebel insoweit abgedruckt werden könne, als er eine Antwort auf seine Angriffe darstelle, haben Sie vergessen, eine Bezeichnung der Perioden meines Schreibens hinzuzufügen, die nach Ihrer Ansicht nicht zur Veröffentlichung geeignet, wie nicht zur Sache gehörig erscheinen. Ich habe natürlich alles, was ich geschrieben, für notwendig zur Erwiederung des Angriffes betrachtet. Sie sind anderer Meinung; ich kann aber nicht erraten, an welchen bestimmten Sätzen Ihre Meinung haftet. Darf ich Sie also bitten, mir einen Abzug meines Briefes mit Kennzeichnung der von Ihnen für überflüssig gehaltenen Stellen zu übermitteln, damit ich mich entscheiden kann, ob ich auf den Abdruck des zensurierten Briefes im Vorwärts noch irgendwelchen Wert zu legen vermag."

erwarte aber von Ihnen, daß Sie diesen Brief der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten werden; denn Sie haben versucht, meinen guten Namen, meinen Charakter bei allen denen zu verderben, bei denen Ihre Unterschrift noch etwas gilt.

Wir hatten festgestellt, daß Sie in dem jetzigen Konflikt die treibende und verwirrende Kraft darstellen. Können Sie das leugnen? Können Sie in Abrede stellen, daß Sie Ihren Willen nur unter heftigem Widerstand durchzusetzen vermochten? Sie können das nicht leugnen und Sie leugnen das auch nicht.

Aber Sie unterstellen uns, wir hätten von Ihnen behauptet, daß Sie ein persönliches Regiment im Vorwärts ausgeübt hätten. Wir haben das niemals gesagt. Der Vorwärts hat sich zur Zeit unserer Tätigkeit die notwendige Unabhängigkeit gewahrt, Sie haben sie nie bedroht. Zwei oder drei, etwas kategorische Briefe, in denen Sie die Aufnahme irgend welcher Erklärungen verlangten, können nicht als Beweis des Gegenteils gelten. Wir haben von Ihrer Rolle in den Aufsichtsinstanzen gesprochen, nicht von Ihrem Einfluß auf die Redaktion des Vorwärts.

Sie haben ferner erklärt, wir seien erst nach dem Konflikt rachsüchtig gegen Sie aufgetreten. Ich habe Sie daran erinnert, mit welcher Schärfe und Offenheit gerade ich (wie auch meine Kollegen) seit den letzten Reichstagswahlen Ihnen persönlich entgegen getreten bin. Sie können auch das nicht leugnen. Noch in der Sitzung von 14. September d. J. gerieten wir hart aneinander und Sie warfen mir wegen der Jaurès-Versammlung das Wort entgegen: „Ich lasse mich nicht von Ihnen wie eine Schachfigur hin und her schieben." Sie können diese Auseinandersetzung nicht nach kaum zwei Monaten vergessen haben, und doch beschuldigen Sie uns der Unwahrheit und der Fälschung, als wir an sie erinnerten.

Womit aber versuchen Sie unsere kritischen Bemerkungen über Ihren Einfluß zu entkräften? Ich hätte, sagen Sie, vorher mit Ihnen Personenkultus getrieben. Oder noch deutlicher, noch schimpflicher: „Nachdem sie mich durch Schmeicheleien nicht für sich erobern konnten, sondern in mir für ihr taktisches Verhalten im Vorwärts, wie für ihr Bestreben, die Berliner Parteigenossen bei jeder ihnen passend erscheinenden Gelegenheit zu dem Parteivorstand im Gegensatz zu bringen, einen entschiedenen und rücksichtslosen Gegner fanden, wandelte sich ihre Liebe in Haß. Nun mußten andere Saiten gegen mich aufgezogen werden und hiefür schien ihnen der Krach im Vorwärts die gewünschte Gelegenheit zu bieten." Und Sie nennen in diesem Zusammenhang meinen Namen. Sind Sie sich, Genosse Bebel, bewußt, welche unsäglich gemeine Gesinnung

Sie mir mit diesen Sätzen nachsagen, mir, den doch auch Sie nicht, auch jetzt nicht, aus dem Vorwärts entfernen wollten?

Sie hätten noch mehr enthüllen können, als die hinlänglich bekannte Tatsache, daß ich Sie oft und leidenschaftlich gelobt habe. Ich habe Sie seit meiner frühesten Jugend verehrt, ich bewunderte Sie, seitdem ich Sie — Ende der achtziger Jahre — zum ersten Male von der Tribüne des Reichstags reden hörte. Aber nimmer haben Sie von mir persönliche Schmeichelei gehört, und meine privaten Beziehungen zu Ihnen waren stets nur ganz lose. Ihre große Rede vom 22. Januar 1903 bleibt dennoch eine meiner erhabensten Parteierinnerungen, und was ich danach im Vorwärts schrieb, war nicht nur m e i n e innerste Empfindung, sondern ich weiß, daß ich nur aussprach, was die ganze Partei, ja was ganz Deutschland empfand. Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich damals geschrieben habe. Wenn ich aber jemals geahnt hätte, daß Sie derartige Aeußerungen als p e r s ö n l i c h e Huldigungen auffassen, als Lobhudeleien für irgend einen Menschen, der August Bebel heißt, ich hätte nie eine Silbe über Sie geschrieben. Ich sah in Ihnen stets nur den begnadeten Träger unserer großen Sache und ich verherrlichte nicht Ihre zufällige Person, sondern nur unsere Sache und deren hervorragenden Repräsentanten. Ich erschrecke, daß Sie j e t z t meine Ehrerbietung vor der Gewalt der S a c h e, die Sie verkörperten, als Weihrauch ansahen, den ich Ihrer Person streute. Eine ganz seltsame Gedächtnistäuschung aber ist es, daß Sie mir nach jenem 22. Januar 1903 meine Lobsprüche verboten haben sollen. Sie haben einen solchen Brief niemals an mich geschrieben, hätten Sie es getan, hätte ich Ihnen jedenfalls sehr grob geantwortet, daß Sie das gar nichts anginge, wie ich einen bedeutsamen Augenblick auffasse und darstelle. Ihre Erinnerung hat Ihnen also einen Streich gespielt. Das Körnchen Wirklichkeit, das Sie zu jenem Brief veraröbert haben, ist folgendes: Bei irgend einer a n d e r e n Gelegenheit äußerte zu mir ein Vorstandskollege von Ihnen, er finde ein paar Worte, die ich über Sie geschrieben, zu überschwänglich, Sie seien derselben Meinung. Und in Anspielung an diesen gleichgültigen Vorgang machte ich in Jena die scherzhafte Bemerkung: Ich würde Sie loben, wenn Sie das nicht einmal abgelehnt hätten. Auch dies war keine persönliche Schmeichelei. Denn ich habe in Jena gegenüber vielen Parteigenossen die Meinung vertreten, daß zwar Ihr Referat über den Generalstreik widerspruchsvoll und minder hervorragend sei, daß aber Ihr Schlußwort eine außerordentlich geschickte Leistung gewesen sei: „Nur etwas zu revisionistisch", setzte ich wohl hinzu. Meine Anerkennung Ihrer Rede in Jena beweist aber auch, daß ich Ihnen gegenüber nicht die Objektivität verloren habe, und sie auch jetzt noch trotzalledem

mir bewahrte, nachdem ich von jener ersten ungetrübten Begeisterung abfallen mußte. Ich bekämpfe ja seit jeher diese bei gewissen Parteigenossen herrschende gemeingefährliche Manie, nach jedem persönlichen Konflikt den Gegner, den man zuvor in den Himmel gehoben hat, in Grund und Boden zu verdammen. Auch Sie, Genosse Bebel, leiden an dieser verhängnisvollen Neigung. Ich aber hoffe, noch oft in Ihnen den hervorragenden Träger unserer Sache anstaunen zu können, wenn Ihr guter Stern Ihnen leuchtet.

Der einstige, ich möchte sagen kritiklose Enthusiasmus kann freilich nicht mehr zurückkehren. Dresden war für mich der Zusammensturz einer politischen und menschlichen Illusion. Ich bin seitdem überzeugt, daß die deutsche Sozialdemokratie keinen politisch fähigen Führer hat. Ich trug so schwer an dieser Wendung, daß ich, wie Ihnen bekannt sein dürfte, entschlossen war, bereits auf dem Parteitag meine Demission zu geben; nur dem Zureden meines verehrten Freundes Victor Adler ist es zu schulden, daß Sie mich nicht schon damals los geworden. Unter dem Eindruck des Ekels über die Dinge aber, die nach Dresden sich ereigneten, genügte irgend eine an sich gleichgültige kollegiale Niedertracht, daß ich bald darauf formell meine Stellung kündigte; leider ließ ich mich nochmals bewegen, zu bleiben.

So ist in Wahrheit mein Verhältnis zu Ihnen und zum Vorwärts. Und daraus machen Sie eine dauernde nichtswürdige Intrige gegen Ihre Person, eine Intrige, die mit Racheakten zu erreichen sucht, was sie mit Schmeicheleien nicht gewonnen.

Ich habe niemals gegen Sie die Berliner ausgespielt, sondern ich habe lediglich allein von meinem Parteirecht und meiner Parteipflicht Gebrauch gemacht, bei den Berliner Parteigenossen Aktionen anzuregen, die ich für sehr wichtig hielt, und die dort ebenso schnelles Verständnis fanden, wie bei Ihnen Abneigung. Meine Person war doch ganz gleichgültig. Niemals hätte die Oeffentlichkeit von meiner und meiner Kollegen Wirksamkeit in dieser Hinsicht irgend etwas erfahren, wenn es nicht notwendig gewesen wäre, um die perfid aufrecht erhaltene Legende zu zerstören, als ob wir in stetig sich verschärfendem Konflikt mit den Berlinern gelebt hätten. Wie sehr die Legende von der Wahrheit abweicht, das zeigen gerade die Versammlungen Groß-Berlins vom 3. Oktober, in denen über den Jenenser Parteitag Bericht erstattet wurde. Niemals ist es friedlicher hergegangen. Nennen Sie mir, Genosse Bebel, die Beschwerden, die an diesem 3. Oktober über die Redaktion aus der Mitte der Berliner Parteigenossen heraus erhoben worden sind! Mir ist kaum eine erinnerlich! Im

Gegenteil, der Vertrauensmann des maßgebenden 6. Wahlkreises war sogar so freundlich, meiner Tätigkeit in der Jenenser Kommission sehr anerkennend zu gedenken. Und unmittelbar darauf war alles unerträglich, alles unhaltbar, und es mußten wichtige Grundsätze und Traditionen der Partei mit Füßen getreten werden, um die Redaktion in die Luft zu sprengen. Sie sind und bleiben für diese sinnlose Aktion verantwortlich. Ich aber glaube Ihre Motive besser zu kennen, als Sie vielleicht selbst. Abgesehen von gewissen persönlichen Einflüssen, wollten Sie den Vorwärts als Zentralorgan retten. Ich sah schon am 17. Juni die Gefahr, und als prinzipieller Anhänger des Zentralorgans, versuchte ich schon damals, den Berlinern klar zu machen, daß die Haltung des Blattes mit dem Charakter als Zentralorgan nichts zu tun habe. Sie verkannten damals schon meine gute Absicht, wie später. Jetzt glaubten Sie, Redakteure den Berliner opfern zu müssen, um das Zentralorgan zu erhalten. An sich wäre selbst dieses Opfer den Preis wert, und ich mache Ihnen keinen Vorwurf, wenn Sie um der Sache willen dieses Opfer für geboten hielten. Aber Sie mußten das in aller Offenheit und ohne Umschweife tun; dann hätten wir Ihnen auch vielleicht klar machen können, daß das Mittel, das Sie anwandten, um das Zentralorgan zu retten, in Wahrheit ihm den Todesstoß versetzte. Sie, Genosse Bebel, haben für das Lokalblatt die entscheidende Tat vollführt.

Es nützt Ihnen auch nichts, daß Sie mich zur Rechtfertigung Ihrer Handlungsweise den Berlinern als „Revisionisten" vorstellen. Ich würde mich zum Revisionismus bekennen, wenn ich derlei Anschauungen hegte. Jeder Parteigenosse hat das Recht, die Schattierung der allgemeinen sozialdemokratischen Anschauung zu wählen, die er für richtig hält. Der Verfasser der „Frau" hätte sonst längst aus der Partei ausgeschlossen werden müssen. Aber Sie wissen es sehr gut, Genosse Bebel, daß ich fast immer mit Ihnen ging, und wo ich taktisch abwich, meinen Platz in der Regel links von Ihnen einnahm. Ich habe mit der „revisionistischen" Gruppe nie etwas zu tun gehabt, sie, wo ich Gelegenheit fand, scharf bekämpft (ohne sie natürlich zu verfemen), und ich glaube, nach meinem ganzen Temperament, hinsichtlich des Radikalismus der Aktion viel radikaler, viel konsequenter zu sein, als die Leute mit den ewigen Marxzitaten, mit der „revolutionären Dialektik", dem „historischen Sinn" und wie sonst die Vokabeln lauten, mit denen man vor den Arbeitern eine Gelehrsamkeit und Prinzipienfestigkeit schauspielert, hinter der nichts, aber auch gar nichts steckt.

Ich bin endlich in meinem Leben nur einmal eine halbe Stunde in den Räumen des Café des Westens gewesen,

und habe niemals an jenem Tische gesessen, wo die Revisionisten — fürchterlichen Umsturz treiben sollen. Ich habe mit alledem so wenig zu tun, wie mit der Veröffentlichung der Berliner Volkszeitung oder sonst mit irgend einer bürgerlichen Meinungsquelle. Ich habe alle die Zeit isoliert gelebt und gearbeitet, und habe mich nicht einmal in dem „Klub der Königgrätzerstraße" sehen lassen, wo die „prinzipielle" Parteigesinnung ausgekegelt werden soll. Zu meinem Schaden! Denn ich weiß jetzt: Wer nicht von der Clique ist, stirbt daran.

Was sollen aber alle Ihre Andeutungen? Mich trifft keine. Die Wahrheit ist: Sie haben uns nicht nur persönlich unrecht getan, Sie haben auch der Partei einen sehr schlimmen Dienst erwiesen. Ich hatte gehofft, daß ein Mann von dem geschichtlichen Namen, den Sie sich ehrlich erworben haben, leicht durch offenes Eingeständnis gut machen würde, was er gefehlt. Eine solche Selbstüberwindung erschüttert nicht, sondern stärkt im Gegenteil die Autorität. Es ist das lächerliche Gebrechen bürgerlicher Regierungen, Fehler nicht eingestehen zu dürfen. Sie aber könnten das ja umso leichter tun, als Sie nicht Gefahr laufen, irgend einen von uns wieder im Vorwärts zu sehen. Sie haben alles erreicht, vielleicht sogar mehr, als Sie erreichen wollten. Aber die Partei würden Sie mit dem offenen Bekenntnis Ihres Mißgriffs aus einer üblen moralischen Lage mit einem Worte befreien. Es sträubt sich alles in mir, auch diese neue Enttäuschung über Sie, Genosse Bebel, zu erfahren, und so lasse ich mir diese Hoffnung eines befriedigenden, des einzig möglichen Abschlusses eines über die Maßen widerwärtigen Konflikts nicht rauben.

Kurt Eisner.

VIII.

Rechenschaft. Zweiter Teil.*)

Die Prinzipien des Verfahrens.**)

Die Denkschrift des Parteivorstandes erzählt, daß trotz aller Beschlüsse, „durch die gehofft wurde, die größten vorhandenen Uebelstände zu beseitigen", es sich regelmäßig in

---

*) Dieser ganze zweite Teil unserer Rechenschaft wurde am 3. November der Redaktion des Vorwärts übersandt, gelangte aber erst am 10. November zum Abdruck.

**) Der erste Artikel wurde Dienstag den 31. Oktober zur Hälfte um 8 Uhr, zur anderen Hälfte um ¾10 Uhr abends der Redaktion des Vorwärts in Maschinenschrift übergeben. Er war

Kürze wieder herausgestellt hätte, daß alle diese Abmachungen ihre Wirkung versagten. „Insbesondere" wäre man nach Dresden in Erörterungen über die künftige Haltung des Vorwärts eingetreten. Es wurden auch entsprechende Beschlüsse gefaßt. „Aber auch jetzt wieder hatte es sich herausgestellt, daß die alten Uebelstände aus den schon angeführten Ursachen (Meinungsdifferenzen in der Redaktion) weiter bestehen blieben."

Die selige Denkschrift zur Zuchthausvorlage ist rehabilitiert! Dort versucht man doch wenigstens an einigen Beispielen den „furchtbar sich häufenden Terrorismus der Arbeiter" zu beweisen. Hier ersetzt die bloße Behauptung jeden Beweis: der Parteivorstand hat beschlossen, daß dem so sei — Punktum! In Wahrheit handelt es sich um bloße Wahnvorstellungen, die deshalb nicht Wirklichkeit werden, weil sie immer wiederholt werden. Die ewige Wiederholung derselben Einbildung ist vielmehr das Wesen der Wahnvorstellungen.

Was ist die einfache Tatsache? **Uns sind überhaupt nur zwei Beschlüsse über die Haltung des Vorwärts bekannt!**

Die „entsprechenden", von Bebel angeregten Beschlüsse nach Dresden — die Denkschrift drückt sich weislich in so dunkler Weise aus — bestanden in dem aufregenden Reformvorschlag: daß der Vorwärts über Parteifragen alle Stimmen der Parteipresse und in größerem Umfange die Aeußerungen der bürgerlichen Presse zu bringen habe. Der erste Teil des Beschlusses war in dieser Form unsinnig, wie sofort von der Mehrheit betont wurde. Die Folgen des Beschlusses zeigten sich bald: Der Vorwärts wurde dermaßen mit parteigenössischer Polemik überschwemmt, daß aus der Mitte der Parteigenossen und Aufsichtsinstanzen mit Recht energischer Widerspruch gegen den ekelhaften Unfug erhoben wurde. Folge: Wir kehrten, gerade im Sinne unserer Berliner Parteigenossen, zu der früheren Praxis zurück, in kritischer, anschaulicher und objek-

---

im Laufe des Nachmittags bereits schriftlich angekündigt worden unter Angabe seines Umfanges. In der Ankündigungskarte verzichteten wir auf das selbstverständliche Recht, daß unsere Erwiderung an gleicher Stelle erscheine wie die Denkschrift, sofern man die Spitze der Mittwochsnummer den russischen Ereignissen widmen wolle. In diesem Falle wurde ersucht, unsere Erwiderung an der Spitze der ersten Beilage zu bringen. Darauf erhielt am Mittwoch früh Eisner die folgende Postkarte: W. G.! Ihre Einsendung konnte heute nicht mehr zum Abdruck gelangen. **Darüber, an welcher Stelle des Vorwärts sie publiziert werden soll, verfügen wir, nicht irgendein Mitglied der früheren Redaktion.** Berlin, den 31., 10. 05. (Stempel des Vorwärts! Keine Unterschrift. Verfasser: R. Cunow.)

tiver Form über die Parteiäußerungen zu berichten. Das war unsere Unverbesserlichkeit — in dem Selbstbewußtsein das Vernünftige zu tun. Was diese „entsprechenden" Beschlüsse nach Dresden und ihr Fiasko aus inneren Gründen aber mit den fabelhaften Richtungen im Vorwärts zu tun haben, wissen die Götter, und vermutlich auch sie nicht. Die Pflicht möglichst umfassender, wahrheitsgemäßer und tendenzloser Berichterstattung über die Meinungen der Parteipresse und das innere Leben der Partei wurde natürlich von uns jederzeit erfüllt — bis auf den krassen Fall der letzten Zeit, **wo uns der Parteivorstand gewaltsam hinderte, auch nur eine Silbe über die parteigenössischen und bürgerlichen Preßäußerungen zum Vorwärtskonflikt zu veröffentlichen.** Der Parteivorstand selbst verletzte also gröblich die „entsprechenden" Beschlüsse nach Dresden, und zwar nicht nur soweit sie unausführbar, sondern auch soweit sie notwendig und selbstverständlich waren.

Der zweite Fall betrifft die seltsame Veranstaltung der Parteifunktionäre am 17. Juni 1905. Der Beschluß, der damals angenommen wurde, lautet merkwürdig genug (dem Inhalt nach): „Daß der Vorwärts im Sinne der Ausführungen des Genossen Bebel geführt werde." Die Ausführungen des Genossen Bebel in jener Sitzung sind nicht schriftlich fixiert worden. Binnen kurzem wird also niemand mehr wissen, was Bebel damals ausgeführt hat. Und da zufälligerweise außer Stadthagen kein Mitglied der jetzigen Redaktion in jener Sitzung anwesend war, wissen diese Mitglieder also ganz und gar nicht, wie sie eigentlich gemäß jenem Beschlusse zu denken hätten! Was hoffentlich nicht zu argen Entgleisungen führt!

Die Veranstaltung vom 17. Juni war von Niederbarnim, d. h. vom Genossen Stadthagen arrangiert, der aber die Angewohnheit hat, die Vaterschaft für seine Anregungen nach Möglichkeit zu verstecken. Stadthagen hielt auch die große Anklagerede gegen die Mehrheit der Redaktion, und er bemühte sich sogar, unserem Verlangen nach greifbaren Beispielen nachzukommen, indem er allerlei Unzusammenhängendes aneinanderreihte; er hatte, wie er selbst sagte, vor der Sitzung nur ganz flüchtig den Vorwärts durchgelesen und dieses Studium genügte, um ein sicher niederschmetterndes, leider nur ganz korrumpiertes Material gegen uns und unsere lange, aufreibend mühselige Arbeit zusammenzuscharren. Wir hatten keinen Anlaß, Stadthagen ernster zu nehmen, als ihn alle anderen Parteigenossen zu nehmen pflegen. Da griff Bebel ein — mit einer ebenso flammenden wie unverständlichen Rede. Tendenz: Die ganze Richtung paßt uns nicht. Wo er aber auf konkrete Fälle einging, gab er gegenüber den Angriffen Stadthagens uns fast überall recht. So billigte er z. B. durchaus die

von dem Vertreter Niederbarnims bekritelte Haltung des Vorwärts im Bergarbeiterstreik. Der Widerspruch in Bebels Rede zwischen den allgemeinen beweislosen Angriffen und der Verteidigung der wichtigsten konkreten Fälle war unlösbar. Wir konnten aber selbst sehr wohl die erwähnte Resolution akzeptieren; denn wir hielten die Ausführungen Bebels, soweit sie **gegenständlich** waren, für zutreffend, und mit der allgemeinen Anklage konnten wir nichts anfangen. Die Redakteure selbst sprachen dagegen, als aus der Mitte der Konferenz heraus die Zurückziehung der Resolution gewünscht wurde, eine Festlegung, der übrigens Bebel selbst widerstrebte. Die ganze Verhandlung war nach der Erklärung des Vorsitzenden nur als eine freundschaftliche Auseinandersetzung gedacht. Von irgend welchen Personenveränderungen war keine Rede. Und von sämtlichen später zur Kündigung vorgeschlagenen Redakteuren war überhaupt nur einer an den zur Sprache gebrachten Fällen beteiligt.

Was die Berliner eigentlich mit ihren nicht klar zum Ausdruck gekommenen Beschwerden meinten, wurde uns mehr aus privaten Aeußerungen deutlich. Sie verwarfen die formelle Zurückhaltung, die von der Mehrheit der Redaktion in allen inneren Parteipolemiken geübt wurde. Es hieß: Nehmt in diesen Fragen die Stellung, die ihr wollt, aber schlagt ordentlich drein! Wir mußten uns gerade in letzter Zeit sagen, daß sich die Berliner Genossen bei ihrer Aufforderung von einem richtigen Gefühl hatten leiten lassen. Wir glaubten bisher, daß gewisse gemeingefährliche Preßpolemiken für alle Urteilsfähigen an sich selber zugrunde gehen würden. Wir wurden aber schließlich gewahr, daß unser Optimismus trog. Unser Schweigen wurde mißverstanden, die Lärmmacher drohten den Markt zu beherrschen. So entschlossen wir uns endlich, auch „ruppiger" zu werden, ganz im Sinne der „Meinung der Berliner". Zugleich traf unsere „Ruppigkeit" aber jene kleine Clique persönlicher Gegner, die nun verdoppelte Anstrengungen gegen uns machte.

Es begann nunmehr ein unterirdischer Kampf gegen uns, dessen Wesen erst jetzt klar zutage tritt, dessen Helden erst jetzt völlig durchschaut werden können.

Kautskys sinnloser Angriff auf uns wegen unserer Kritik an dem Roland-Holstschen Buche veranlaßte uns, Parteivorstand, Preßkommission und Vertrauensleute um eine gemeinschaftliche Zusammenkunft zu ersuchen. Man stimmte uns fast allseitig zu. Ein erstaunter Teilnehmer sprach dann, man bringe den Redakteuren ja förmliche Ovationen dar, man wolle wohl den 17. Juni wieder gut machen. Die bekannte Protesterklärung der Sechsbuchstaben-Minderheit wurde verurteilt und verhöhnt. **Die Redakteure der Minderheit beklagten sich**

verzweifelt über den Wankelmut und die Urteilslosigkeit der Berliner. Nach der Sitzung wurde Stadthagen, der anwesend war, zur Rede gestellt, weil er nicht zur Teilnahme an der Sitzung berechtigt sei.

Volle Uebereinstimmung herrschte dann zwischen den Funktionären der Berliner Parteigenossen und der Mehrheit der Redaktion in der Frage der Tagesordnung des Parteitages. Schon vor Bremen stimmte in gemeinsamer Beratung Berlin mit den Anregungen der Redaktionsmehrheit überein, die Schulfrage auf die Tagesordnung zu setzen; auch die Erörterung der Wahlrechtskämpfe wurde für dringend erachtet. Bebel bekämpfte diese Vorschläge: die Schulfrage fand er nicht brennend. Sie wurde aber in Bremen auf der Frauenkonferenz behandelt, und nun fand Bebel, daß die Frauenkonferenz geistig höher gestanden habe, als der Parteitag. Gegen die Behandlung der Wahlrechtsfrage wandte Bebel (Neue Zeit, Jahrgang 22, Band 2, Seite 744) ein: „Das geplante und gefürchtete Attentat auf das Reichstagswahlrecht zum Gegenstand einer Debatte auf dem Parteitage zu machen, wäre ein grober taktischer Fehler, den kein Politiker, am wenigsten eine Partei machen darf." Ein Jahr später, in Jena, beging er in stundenlanger Rede diesen groben „taktischen Fehler".

Dieselbe Unzugänglichkeit bewies Bebel, als die Mehrheitsvertreter des Vorwärts für Jena die besondere Behandlung der weltpolitischen Wandlungen anregte. Die Redaktion war schon damals über die verhängnisschwere Bedeutung der schwebenden internationalen Konflikte unterrichtet. Gradnauer machte in der von der „Denkschrift" erwähnten Weise den entsprechenden Vorschlag. Bebel widersprach. Parteivorstand und Kontrollkommission lehnten darauf ab. Es ist aber eine Unrichtigkeit in der Denkschrift insoferne, als auch ein Mitglied des Parteivorstandes selbst den von der Redaktion dargelegten Anschauungen in weitem Maße beistimmte. Die Denkschrift rügt es zornig, daß trotzdem der Vorwärts die Anregung aufrecht erhalten hat, ohne zu erwähnen, daß sie bereits in der Vorberatung des Vorstandes und der Kontrolleure abgelehnt worden sei. Die Denkschrift hätte nicht den wichtigeren Umstand verschweigen sollen, daß in jenem Artikel auch die Tatsache nicht erwähnt worden ist: daß der Vorwärts die Anregung aufrecht erhielt, nachdem **in gemeinsamer Beratung von Vertrauensleuten und Redaktion** gegen den Widerstand zweier anwesender Vorstandsmitglieder **der Vorschlag der politischen Redakteure fast einstimmig zum Beschluß erhoben wurde. Tatsächlich haben dann vier Berliner Wahlkreise den Vorschlag der Vertrauensleute und der Vorwärts-Mehrheit für den Parteitag zum Antrag erhoben. Und Bebel selbst hat dann in Jena**

die von ihm abgelehnte Anregung der Redaktion selbst übernommen als er in dem großen Monolog seiner Begrüßungsrede diese Fragen dennoch zu behandeln versuchte. Wir hatten uns allerdings die Erörterung der Frage anders gedacht, und hatten gemeinsam mit den Berliner Genossen Kautsky als Referenten ins Auge gefaßt.

In schönster Harmonie und erhebender Begeisterung verlief endlich jene Jaurès-Versammlung, die auf Anregung der Redaktionsmehrheit und der Berliner Genossen veranstaltet wurde. Alle diese Geschehnisse waren Vertrauenskundgebungen für die Redaktionsmehrheit, und sie **stehen im vollständigen Widerspruch zu der Darstellung der Denkschrift, als ob zwischen den Berliner Genossen und uns ein dauernder Konflikt bestanden hätte.**

Aber unsere fruchtbare Arbeit war für unsere Gegner ein Grund mehr, ihr Spiel gegen uns zu verschärfen. Stadthagen und Genossen arbeiteten. Längst bestand zwischen der Redaktionsminderheit und unseren Gegnern in der Partei ein intimes Verhältnis.

Das Ergebnis dieser geheimen Wühlereien war jene Preßkommissionssitzung vom 1. September. **In dieser Sitzung erschien plötzlich Stadthagen.** Noch niemals hatte er an einer Sitzung teilgenommen, außer wenn er als „Angeklagter", solange er — bis vor einigen Jahren — die juristische Sprechstunde abhielt, sich gegen Beschwerden zu verantworten hatte. Niemand in der Redaktion hat bisher davon gewußt, daß Stadthagen bereits seit 1893 Redakteur des Vorwärts sei. Er fungierte bisher gegen festes Gehalt als juristischer Briefkastenonkel und früher als Rechtsrat in der Sprechstunde. Als Redakteur zählte er ebensowenig wie die anderen Rechtsanwälte, die gleichfalls festes Gehalt beziehen. Jeder redaktionelle Beitrag wurde ihm honoriert, was nicht geschehen wäre, wenn St. Redakteur gewesen wäre. Ein kollegiales Zusammenarbeiten mit ihm kam also bisher für uns nicht in Frage. Die Behauptungen der Denkschrift in dieser Hinsicht sind völlig phantastisch. Hätten wir freilich gewußt, daß Stadthagen sich schon seit 1893 als Redakteur fühlt, so würden wir über seine fortgesetzten wüsten Angriffe gegen uns wesentlich anders gedacht haben. Man denke nur an jenen wahnwitzigen Ueberfall vor Dresden, der übrigens — sollte das jetzige Verfahren nur System Stadthagen sein? — auch in Abwesenheit der ununterrichteten Angegriffenen verübt wurde.

Ueber das Ergebnis dieser Preßkommissionssitzung vor Jena haben wir schon in unserer Aufklärung berichtet. Es war offenbar damals bereits etwas geplant. Ein Preßkommissionsmitglied von Niederbarnim hielt ganz im Stil der jetzigen Denkschrift eine Rede: es seien immer wieder

Beschlüsse gefaßt, aber es hätte alles nichts genützt usw. Wir verlangten einfach Beweise. Die konnte niemand geben. Daran scheiterte schließlich abermals die Kampagne. Es kam zu jener endgültigen Regelung der Redaktionsverhältnisse, die wir erwähnt haben.

Nur ein Vorkommnis aus jenen Sitzungen sei noch erwähnt, um den Wahrheitswert der Denkschrift zu charakterisieren. In der Denkschrift heißt es:

„Von der Unhaltbarkeit der Zustände in der Redaktion waren auch die sechs Redakteure, die kündigten, überzeugt, nur waren sie der Meinung, nicht sie, sondern die Minderheit habe zu gehen. **Unverblümt ist dieser Meinung aus den Reihen der Mehrheit der Minderheit gegenüber schon bei früheren Gelegenheiten Ausdruck verliehen worden.**"

Wir wissen nicht, ob der Verfasser der Denkschrift in jener Sitzung der Preßkommission zugegen war. Auf jeden Fall aber hätten ihn die Mitglieder des Vorstandes und der Preßkommission, die damals anwesend waren, davon abhalten müssen, einen Satz niederzuschreiben, dessen Gegenteil die urkundliche Wahrheit ist. In jener Sitzung leistete nämlich die Mehrheit Verzicht auf die Behandlung innerer Parteifragen und stellte zur radikalen Lösung aller Mißhelligkeiten den Antrag, **die Minderheit mit der ausschließlichen Behandlung der Parteifragen zu betrauen.** Wie kommt die Denkschrift angesichts dieses Tatbestandes zu der Verbreitung der Unwahrheit, daß die Mehrheit jemals auch nur den Versuch gemacht hat, die Minderheit hinauszudrängen? Wahnvorstellungen, nichts als Wahnvorstellungen!

Wir gingen bei unserem Vorschlag von folgenden Erwägungen aus: wir hielten und halten das Gerede von den „prinzipiellen" Gegensätzen zwischen Mehrheit und Minderheit im Vorwärts einfach für Schwindel. Es handelt sich vielmehr um Gegensätze der Intelligenz, der Fähigkeit und nicht zum mindesten der Moral. Es ist auch unwahr, wenn es in der Denkschrift heißt:

„Es standen in der Regel die Anhänger der beiden Strömungen geschlossen gegenüber, und zwar meist 6 gegen 4 Stimmen, wobei gewöhnlich die Stellung der Mehrheit von der Vertretung der Berliner Genossen und dem Parteivorstand nicht als die Ihrige anerkannt wurde."

Wann? Wo? In welchem Fall? Die ganze persönliche Gruppenbildung hat sich erst in der letzten Zeit kristallisiert. In allen wichtigeren prinzipiellen und taktischen Fragen war von dieser Gruppenbildung nichts zu spüren. Häufig standen gerade Mitglieder der Mehrheit schroff gegeneinander. Nur wenn von Leipzig oder in der Neuen Zeit ein Angriff gegen uns gerichtet wurde, dann schloß sich in

den letzten Zeiten eine feste Minderheit zusammen, die sich immer nachträglich davon überzeugte, daß sie genau die Leipziger oder Friedenauer Ueberzeugung habe. Das Stimmenverhältnis 6 zu 4 aber ist gar erst ein Produkt der allerletzten Wirrnisse. Noch in der Polemik mit Kautsky vertraten nur drei Kollegen die Minderheit. Was aber die persönlich widerwärtigen Verhältnisse anbelangt, so ist der Tatbestand selbst nicht zu leugnen. Nur unterläßt die Denkschrift die Hauptsache, die Schuldfrage zu erwähnen. Es hat vor Jena ein persönlicher Zusammenstoß stattgefunden, aber nur weil ein Redakteur der Minderheit über einen der Mehrheit eine grobe Unwahrheit ausgesprochen hat. Bebel hat in der entscheidenden Montagssitzung sogar erzählt, ein Redakteur habe auf den anderen einen tätlichen Ueberfall versucht. Sehr wahr, nur ließ Bebel es im Dunkeln, daß es ein Redakteur der Minderheit war, der seine — dem Gewicht nach unbestreitbare Ueberlegenheit zu mißbrauchen unternahm. Verschwiegen wird gleichfalls, daß die Mehrheitsredakteure mit der offen ausgesprochenen Absicht von Jena zurückkehrten, soviel an ihnen lag, ein erträgliches persönliches Verhältnis wieder herzustellen. Sie waren auch bemüht, diese ernste und ehrliche Absicht durch die Tat zu beweisen. Als die Berliner Volkszeitung, übrigens sehr ungenau, jene Indiskretion über die Verwechslungskomödie aus der Jenenser Kommission veröffentlichte, erbot sich der Kollege Eisner sofort mit seiner Namensunterschrift, eine kollegiale Erklärung abzugeben, die den Zweck verfolgte, den für Ströbel vernichtenden Eindruck zu beseitigen. Es hieß in dem Eisnerschen Entwurf unter anderem:

„Wie das immer zu gehen pflegt, ist an dieser Geschichte ein Kern von Wahrheit, der aber in Unrichtigkeiten, Uebertreibungen und Mißverständnissen so dicht eingehüllt ist, daß er kaum mehr zu erkennen ist. . . . Da wir der Meinung sind, daß die Erledigung der Preßstreitigkeiten durch die Jenenser Kommission nicht der Anfang, sondern das Ende dieser Vorkommnisse sein soll, so verzichten wir selbstverständlich darauf, die Irrtümer und den Klatsch der Berliner Volkszeitung zu korrigieren. **Die Kommission hat, das sei schließlich noch bemerkt, nicht den Zweck gehabt, Sieger oder Besiegte zu schaffen,** über Recht und Unrecht zu urteilen, sondern sie sollte zur Aussprache dienen und zur Erledigung von Streitigkeiten. Und diesen Zweck hat die Kommission im vollsten Maße erfüllt. Keiner der Beteiligten erhebt irgendwie den Anspruch, gesiegt zu haben, und keiner hat sich über Niederlagen zu beklagen."

Diese Erklärung beweist aber nicht nur, daß wir das aufrichtige Bemühen hatten, kollegiale Zustände zu ermöglichen,

sondern auch ein Zweites. Diese Erklärung war nämlich Gegenstand der Verhandlung mit dem Parteivorstand in den ersten Oktobertagen. Bebel meinte, die Sache ließe sich mit dieser Erklärung wohl lösen, wenn nicht Ströbel — wie es der Fall war — dagegen wäre. Auch andere Vorstandsmitglieder äußerten ihre Zustimmung zu Eisners Absicht. Niemand aber machte uns auf die radikal falsche Auffassung über die Friedlichkeit der Situation aufmerksam, obwohl zu gleicher Zeit bereits der Krieg vorbereitet wurde. Man wollte uns also in Sicherheit wiegen, man verfuhr mit uns nicht wie mit Parteigenossen, sondern wie mit Feinden, gegen die jedes Mittel erlaubt sei.

Endlich sei noch als wichtiges Moment persönlicher Differenzen erwähnt, daß wir allerdings über gewisse Künste, mit denen Mitglieder der Minderheit gelegentlich Gegner in der Partei in Grund und Boden zitieren, grundverschiedener Meinung waren.

Wir haben somit bewiesen, daß alles, was die Denkschrift über die Vorgeschichte des Konflikts, über die sachlichen und persönlichen Zwistigkeiten sagt, ungenau, unvollständig, unwahr, tendenziös entstellt oder **gar direkt erfunden ist!**

Unsere Anklage, daß man **in Jena geflissentlich** den Parteitag, die Partei und uns um die Möglichkeit öffentlich kontrollierter Entscheidung gebracht hat, wird durch die Denkschrift mit keinem Wort widerlegt. Alles, was die Denkschrift dafür anführt, daß wir das Kommende hätten wissen müssen, ist Zitat aus der Rede Bebels von den „unhaltbaren Zuständen". Das Zitat ist schon deshalb auffällig unvollständig, weil Bebel ja in derselben Rede den Grundsatz aufstellte, daß man nicht, wie bürgerliche Verleger, mit Kündigungen vorgehen könne, woraus wir unmöglich schließen konnten, daß unmittelbar darauf sich der Vorstand in der Rolle bürgerlicher Verleger gefallen würde. Aber die Denkschrift verschweigt weiter den ausschlaggebenden Umstand, daß vor der Rede über die Frage des Lokalblattes Kollege Gradnauer den Genossen Bebel ausdrücklich fragte, ob er Ausführungen machen würde, die ihn zu einer Erwiderung veranlassen müßten. Bebel lehnte das entschieden ab!! Wie konnte Bebel den Genossen Gradnauer in dieser Weise zum Schweigen veranlassen, wenn er so grundstürzende Pläne hegte, wie sie in der Geschichte unserer Partei überhaupt noch nicht vorgekommen sind! **Mußte er nicht umgekehrt Gradnauer reinen Wein einschenken und ihn direkt auffordern, vor dem Parteitage noch einmal die Auffassung der zum Tode verurteilten Redaktion zu vertreten.**

Ueber die von uns in der Begründung der Kündigung erwähnte entscheidende Tatsache, daß ferner auch Singer in Jena vor Beginn der Kommissionssitzungen aus eigener Initiative dem Kollegen Eisner versichert hat, es stünden keinerlei Aenderungen bevor, außer etwa der Anstellung eines ökonomisch tüchtigen neuen Redakteurs — eine Maßnahme, die uns durchaus erwünscht war —, geht die Denkschrift schweigend hinweg.

In dem Briefe des Parteivorstandes vom 20. Oktober 1905 wird diese Aeußerung nicht bestritten, sondern es wird nur gesagt, Singer habe, wenn die Versicherung abgegeben sein sollte, „naturgemäß" nur für sich gesprochen, da weder ein Auftrag, noch ein Beschluß des Parteivorstandes vorgelegen hätte. Ein sonderbares Verfahren, daß der Vorsitzende der Partei uns erst zum Vertrauen bestimmt und daß dann seinen Zusicherungen jede Verbindlichkeit abgesprochen wird!!

* * *

Der Jenenser Parteitag und die Beschlüsse der Fünfzehner-Kommission werden plötzlich als gleichgültig für die Vorwärtsangelegenheit beiseite geschoben. Die Kommission, so heißt es jetzt, habe die bedenklichen Preßfehden beurteilen sollen und habe Vorschläge zu ihrer künftigen Vermeidung gemacht, aber — „Inhalt und Zweck" der Resolution, die aus den Beratungen hervorging, habe mit den Vorgängen im Vorwärts so gut wie nichts zu tun! An den „bedenklichen Preßfehden" war der Vorwärts in erster Linie beteiligt, die Aussprache über die Stellung des Vorwärts und der Neuen Zeit zu verschiedenen Fragen füllte die gesamten Verhandlungen der Kommission aus. Jetzt soll das Ergebnis der Beratungen nichts mit den Vorgängen im Vorwärts zu tun haben! Nur eine Stelle der Resolution wird ausgenommen, daß die Parteipresse nach den Grundsätzen des Parteiprogramms im Sinne der Dresdner Resolution geführt werden solle. Diese wegen ihrer Selbstverständlichkeit vielleicht unnötige, aber ganz allgemeine Erinnerung an die Parteipresse soll jetzt gegen uns ausgebeutet werden, während in der Kommission nicht mit einem Wort behauptet worden ist, daß wir in irgend einem Falle diese Richtlinie verlassen hätten — war doch die einzige deutsche Parteiangelegenheit, die in der Kommission behandelt wurde, die Frage des Generalstreiks, in der der Vorwärts vor Jena fast wörtlich dasjenige vertreten hat, was der Parteitag in der Resolution Bebel fast einstimmig als Parteianschauung festgestellt hat. Will der Verfasser der Denkschrift jene Stelle der Resolution gegen uns ausnützen, so verurteilt er damit seine eigene Generalstreiksresolution als — revisionistisch!

Die Verhandlungen der Kommission wären völlig sinnlos gewesen, wenn sie derartige Maßnahmen, wie sie nach Jena unternommen wurden, nicht ausschließen wollten. Die Kommisson hat, wie sich versteht, die Redaktionsverhältnisse des Vorwärts selbst nicht in ihre Beratungen gezogen, aber sie hat über die Stellung der Redaktionsmehrheit in einigen wichtigen Parteifragen beraten und ist zu einer Resolution gelangt, die Genosse Dietz, der Berichterstatter der Kommission, ausdrücklich vor dem Parteitag als eine „versöhnliche Resolution" bezeichnet hat.

Auch Genosse Stolten, Mitglied der Kommission, sagte schon bei der Begründung des Antrages auf Einsetzung der Kommission: „Wenn die Debatte im Plenum des Parteitages geführt würde, so würde die Debatte sich zweifellos ins Uferlose verlieren. Es würde die Gefahr entstehen, daß die Debatte sich hauptsächlich zu der Frage zuspitzen würde, auf welcher Seite liegt die Schuld, und das würde ich für sehr bedenklich halten. Ich glaube, es würde sich schließlich vielmehr darum handeln müssen, die Frage zu entscheiden, auf welche Art und Weise machen wir diesen unerquicklichen Dingen für die Zukunft ein Ende." Es war also ohne Zweifel die Meinung der Kommission und des Parteitages, den unerquicklichen Dingen von vor Jena ein Ende zu bereiten und keineswegs noch weit unerquicklichere Dinge vorzubereiten, wie es dann die Parteibehörde unternahm.

Für die Parteibehörde aber konnte es nur zwei Möglichkeiten geben: wenn sie so einschneidende Aenderungen in der Redaktion des Zentralorgans vornehmen wollte, so mußte sie die Redaktion schon vor Jena davon unterrichten, — so durfte sie die in Jena zur Vertretung der Haltung des Vorwärts anwesenden Redakteure nicht systematisch in den Glauben versetzen, daß nichts Einschneidendes und nichts Kränkendes beabsichtigt sei, — so durfte sie nicht zulassen, daß die Angelegenheit in einer Kommission friedlich beglichen und auf jede gründliche Erörterung durch den Parteitag selbst verzichtet wurde. Hatte sie aber niemals vor Jena ihre Absichten ausgesprochen, hatte sie den friedlichen Verlauf des Parteitages begünstigt, so mußte es unmöglich sein, nachträglich in geheimen Sitzungen gegen die Redaktion vorzugehen. Eines mußte das andere völlig ausschließen.

Wir konnten endlich aus den Jenenser Vorgängen auch deshalb unmöglich schließen, daß gegen die Vorwärtsmehrheit irgend etwas geplant sei, weil der offizielle Referent über den Bericht des Parteivorstandes, Genosse Molkenbuhr, in seinem Vortrag gerade bei allen strittigen Auffassungen im

Sinne der Auslassungen und Anschauungen der Vorwärtsmehrheit sprach.

* *
*

Das Geheimverfahren, das nach Jena begann, wird in der Denkschrift lediglich bestätigt, und wenn sich in der Darstellung des Parteivorstandes Unterschiede von unserer „Aufklärung" ergeben, so liegt das an der Ungenauigkeit und Unvollständigkeit der Denkschrift. Trotzdem hat die Denkschrift den Mut, fortwährend von falschen und irreführenden Auffassungen, von leichtfertig ausgesprochenen Behauptungen, von Unwahrheiten, die auf Täuschung berechnet seien usw., zu reden. Daß alle Vorgänge sich abspielten, ohne daß die beteiligten Redakteure nur ein Mal gehört wurden, wird gar nicht bestritten, und als einziger Grund für dies Verfahren ist angegeben, daß ein sozialdemokratischer Redakteur anständigerweise nicht verlangen könne, an Sitzungen teilzunehmen, in denen über ihn zu Gericht gesessen wird. Für die bevorstehende Strafprozeßreform ist das eine empfehlenswerte Anschauung. Vielleicht wird man im Reichstage bald hören, daß anständige Verbrecher darauf verzichten müssen, daß in ihrer Gegenwart verhandelt werde. Uebrigens ist die moralische und geistige Verwirrung in der verjüngten Vorwärts-Redaktion so weit vorgeschritten, daß in der Donnerstagsnummer vom 2. November behauptet wird, es habe sich bei den geheimen Sitzungen nur um „Vorberatungen" gehandelt und während dieser Vorberatungen hätten die Redakteure ihre Kündigung erklärt, sodaß sie den Skandal provoziert hätten. Das schreibt die heutige Vorwärts-Redaktion zwei Tage nachdem der Vorstand in der Denkschrift ganz offen die Beschlüsse mitgeteilt hat, die einen Tag vor unserer Kündigung bereits von den durch das Organisationsstatut berufenen Instanzen angenommen waren und den Funktionären nur noch formell unterbreitet werden sollten.

Ein gewisses Bedenken scheint allerdings den Parteivorstand inzwischen befallen zu haben, ob er die Verantwortung für den ärgsten Schaden, der bisher der Partei zugefügt worden ist, übernehmen könne. Er erklärt nämlich in der Denkschrift sich für den Geschobenen, der nur den Willen der Berliner Parteigenossen erfüllt habe. Zu der Sitzung am 2. Oktober sei er von der Preßkommission und von den Vertrauensleuten eingeladen worden. Es wird lang und breit erzählt, daß die Nichthinzuziehung der Redakteure zu dieser Sitzung nicht Schuld des Vorstandes gewesen sei. Die Nordd. Allg. Ztg. kann nicht so ungeschickt dementieren. Die Redakteure haben gegen die Sitzung vom 2. Oktober überhaupt keinen besonderen Protest erhoben. In jener Sitzung handelte es sich nicht um

bestimmte Vorschläge; die Berliner wollten von dem Parteivorstand wissen, in welcher Weise ihnen ein größerer Einfluß auf den Vorwärts vom Vorstande eingeräumt werden würde. Daß die Hinauswerfung von einigen Redakteuren keine Vermehrung des Einflusses der Berliner bedeutet, ist klar; denn schon bisher konnten die Berliner einstellen und kündigen, wen sie wollten. Die sämtlichen Einstellungen der letzten Zeit sind Vorschläge Berlins, zum Teil gegen die Vorschläge des Vorstandes. Darum konnte es sich also nach dem Willen der Berliner in der Sitzung vom 2. Oktober in erster Linie nicht handeln. Weil aber der Vorstand, vertreten durch Bebel, nicht geneigt war, einen tatsächlichen größeren Einfluß den Berlinern zu gewähren, deshalb mußte die Redaktion herhalten, deshalb wurden von ihm die schärfsten Mittel angekündigt. Wir haben uns zunächst nicht über die Geheimtuerei bei der Sitzung vom 2. Oktober, sondern darüber beklagt, daß wir von den Preßkommissions-Sitzungen der folgenden Zeit ausgeschlossen worden sind, in denen ganz bestimmte Vorschläge gemacht und ganz bestimmte Beschlüsse gefaßt worden sind, und für diese Aussperrung trägt der Vorstand ganz ausschließlich die Schuld.

Am 5. Oktober erhielt die Redaktion folgende Postkarte:

W. G.! Zu der am Freitag den 6. d. M. an bekannter Stelle stattzufindenden Sitzung der Preßkommission erlaubt sich einzuladen

Berlin, den 4. Oktober 1905. O. Büchner.

Auf Grund dieser Einladung erschienen wir in der Kommission, und es war der Vorstand, der unsere Ausschließung von der Preßkommission verlangte und durchsetzte.

Die Vorschläge des Vorstandes in dieser Sitzung vom 6. Oktober sind in der Denkschrift ebenso falsch wiedergegeben, wie sie in unserer Aufklärung korrekt dargestellt waren. Wenn uns vorgeworfen wird, daß wir aus trüben Quellen geschöpft hätten, so haben wir jedenfalls aus trüben Quellen die Wahrheit geschöpft, während es dem Verfasser des Vorstandsberichts nicht gelungen ist, eine genaue Darstellung von Vorgängen zu geben, die er selbst in erster Linie veranlaßt hat. Zunächst wird verschwiegen, daß der Vorstand in der Sitzung vom 6. Oktober auch die Kündigung des Kollegen Wetzker beantragt hat, wenn auch nicht die sofortige Kündigung. Die Privilegien, die Genossin Luxemburg im Vorwärts genießen sollte, sind vollkommen falsch wiedergegeben. Wenn es nach dem Willen und der Anregung des Vorstandes gegangen wäre, der ja wohl nur die Bedingungen der Genossin Luxemburg selbst wiedergab, so wäre die Redaktion genötigt worden, zwei Artikel der Genossin wöchentlich unbesehen und

unverändert aufzunehmen. Nach dem Vorschlage des Vorstandes sollte für den Fall, daß die Redaktion mit dem Inhalt dieser Artikel sich nicht identifizieren könnte, der Ausweg gewählt werden, daß der Name Rosa Luxemburg unter die Artikel gesetzt würde. Die Preßkommission dagegen war verständiger als der Vorstand; sie sah ein, daß derartige Zwangsvorschriften einer anständigen Redaktion nicht zugemutet werden könnten, und auf ihren Einspruch erst verständigte man sich auf das Verfahren, das in der Denkschrift hinsichtlich der Artikel der Genossin Luxemburg angedeutet ist; ein Verfahren übrigens, das auch immer noch eine ungehörige Bevorzugung eines einzelnen Mitarbeiters bedeutet.

Daß der Vorstand, nicht die Preßkommission, die Verantwortung für die Aktion trägt, daß gerade die Preßkommission bei weitem nicht so ungehörige Auffassungen hegte wie der Vorstand, geht auch aus dem Eingeständnis in der Denkschrift hervor, daß die Preßkommission es für untunlich hielt, die „kleinen Redakteure", die für die politische Haltung am allerwenigsten oder gar nicht verantwortlich waren, dafür zu bestrafen, daß die „großen" gesündigt. Der Vorstand aber scheute sich nicht, diese Methode der Hinrichtung von Stellvertretern nach chinesischer Sitte in Empfehlung zu bringen.

Mit welchen Mitteln in dieser Sitzung der Vorstand zur Erreichung seiner Zwecke gearbeitet hat, für die er jetzt die Berliner Parteigenossen verantwortlich zu machen bemüht scheint, mag aus der folgenden Einzelheit ersehen werden. Genosse Bebel erklärte in dieser Sitzung dem Sinne nach und auch ziemlich wörtlich: Kaliski habe sich früher radikal gebärdet und erst, als er im Vorwärts eine gesicherte Stellung zu haben glaubte, hätte er sein wahres Gesicht gezeigt. Diese Verleumdung eines ehrlichen Parteigenossen geschah in der Abwesenheit des Kollegen, sie wurde ausgesprochen zur Erreichung gewisser Zwecke, ohne daß der Beschuldigte irgendwie sich verantworten konnte, ja, wenn es nach der Absicht des Genossen Bebel gegangen wäre, hätte er auch niemals davon gehört, mit welchen Ränken hinter seinem Rücken die Aufsichtsinstanzen des Vorwärts beeinflußt wurden. Da die Behauptung Bebels selbst ganz und gar unwahr ist und durch nichts bewiesen werden kann, so war es allerdings sehr klug, über diese Sitzung ein fürchterliches Schweigegebot zu verhängen. Aber der Parteivorstand kann durch derartige Schweigegebote ebensowenig den Sieg der Wahrheit verhindern, wie man etwa die Sozialdemokraten durch den Verfassungseid von den Landtagen auszuschließen vermag.*)

*) Zu den unwürdigen Albernheiten, mit deren Veröffentlichung die Denkschrift die Parteileitung aufs schwerste kompromittiert, ge-

Mit einer geradezu brutalen Naivität wird in der Denkschrift ferner zugegeben, daß man in dem Augenblick, wo man sich der Erkenntnis nicht mehr verschließen konnte, daß jede willkürliche Maßregelung einzelner Redakteure die Solidaritätserklärung aller anständigen Kollegen zur Folge haben würde, auf den Ausweg verfallen sei, nunmehr allen Redakteuren zu kündigen und jedem einzelnen die Wiederbewerbung freizustellen. Es wird ferner zugegeben, daß dieser Beschluß vom Freitag den 20. Oktober bereits am Montag den 23. Oktober zur endgültigen Erledigung kommen sollte. Das ist die Methode der Aussperrung in schärfster und widerwärtigster Form. Bebel erklärte auch ganz offen in der Sitzung vom 23. Oktober, daß man die vier gesinnungstüchtigen Redakteure natürlich wieder angenommen hätte. So gescheit, das voraus zu sehen, waren aber auch die weniger gesinnungstüchtigen Redakteure, und das war ein Grund, wenn auch nicht der entscheidende Grund, warum sie durch die rasche Kündigung in der Sonntagsnummer des Vorwärts den frivolen Plan durchkreuzten. Entscheidend jedoch war für sie, wie wir schon in unserer „Aufklärung" darlegten, der Umstand, daß wir die Verpflichtung fühlten, die Oeffentlichkeit der Parteigenossen zu alarmieren, die genau so wie die Redakteure selbst an der Teilnahme der Beratungen und an der Möglichkeit, ihre Meinung zu äußern, verhindert waren.

Wenn die Denkschrift den Redakteuren zum Vorwurf macht, daß sie die Tatsache ihrer Kündigung an die Spitze des politischen Teils gesetzt haben, so lohnt es sich nicht, auf diesen törichten Scherz einzugehen. Wir haben unsere Stellung am Vorwärts niemals als eine persönliche Angelegenheit, sondern immer als eine Parteiangelegenheit betrachtet, und wir hatten mithin das Recht, eine die ganze Situation der deutschen Sozialdemokratie blitzartig erhellende Angelegenheit

---

hört die famose Geschichte, daß bei der Preßkommissionssitzung vom 6. Oktober ein Redakteur gelauscht hätte. Wir erwähnen diese Wahnvorstellung nur deshalb, weil auch dieses alberne Märchen vom Parteivorstand in die große Oeffentlichkeit hinausgeschrien worden ist, ohne daß der Beschuldigte — gemeint ist der Reichstagsabgeordnete Gradnauer — auch nur erfuhr, welchen kindischen Verhaltens man ihn beschuldigte. Im übrigen können wir versichern, daß das Lauschen viel raffinierter organisiert worden ist; denn gerade der des Lauschens beschuldigte Kollege war ganz ahnungslos hinsichtlich der Vorgänge, und wurde später erst von Kollegen unterrichtet, die während der Sitzung in einer 15 Minuten entfernten Kneipe vergnügt beisammen saßen und von dort aus alles haarklein erlauscht hatten. Selbst die eisernen Türen, hinter die der Geheimbund der Vorwärtsreiniger sich nach der Entdeckung des Lauschers zurückgezogen hatte, haben also nicht vermocht, die Wahrheit abzuschließen.

als eine politische Aktion aufzufassen, bei der wir am allerwenigsten, wie wir schon eingangs ausgeführt haben, irgend welche persönliche Vorteile verfolgen konnten, man müßte uns denn für Unzurechnungsfähige halten. Wir haben unsere Stellung nicht mißbraucht.

Es wird uns dann noch weiter zum Vorwurf gemacht, daß wir gegen den Parteivorstand in der Oeffentlichkeit Stimmung hätten machen wollen, und daß diese Absicht, wie die bürgerlichen Zeitungen bewiesen, erreicht worden sei. Wenn dieser Vorwurf einen Sinn haben soll, so kann er nur bedeuten, daß wir die Absicht gehabt hätten, die bürgerliche Presse mobil zu machen. Um dieses armselige Argument sich nicht entgehen zu lassen, hat man uns also wohl gewaltsam verhindert, der bürgerlichen Presse das zu sagen, was wir für nötig hielten. Darum hat man also am 27. Oktober nächtlicherweile die folgende, von zwei Vorstandsmitgliedern zuvor gelesene und gebilligte Notiz — auf ihren Rat nahmen wir sogar eine Veränderung des Textes vor — gewaltsam beseitigt:

Die bürgerliche Presse

bringt aus Anlaß des Vorwärtskonfliktes breite und laute Entrüstungen über die Meinungsfreiheit in der Sozialdemokratie. Wir danken den Kollegen von der bürgerlichen Presse für ihre Bemühungen, ersuchen sie aber, sich nicht unnötig in Unkosten zu stürzen. Für die Meinungsfreiheit der Presse in der Sozialdemokratie treten wir schon selbst, wie gerade das gegenwärtige Beispiel zeigt, mit allem wünschenswerten Nachdruck ein, und wir haben auch heute noch nicht den mindesten Zweifel, daß die Sozialdemokratie in diesem Falle die begangenen Irrtümer korrigieren wird. Wenn in dem ersten Falle, wo in der Sozialdemokratie nach der Ueberzeugung der Beteiligten das Prinzip der Meinungsfreiheit bedroht ist, sofort eine derartige energische Auflehnung erfolgt, so ist das wohl Beweis genug, daß die Partei als solche nicht für die Fehler einzelner verantwortlich gemacht werden kann. Wenn aber in der bürgerlichen Presse das Recht der Meinungsfreiheit wirklich in derselben Weise betätigt werden würde, wie in der Sozialdemokratie, so hätte die kapitalistische Presse längst keinen einzigen Redakteur mehr.

Gegenüber der verblüffenden Heuchelei, die bei dieser Gelegenheit in der bürgerlichen Presse zutage tritt, wirkt es ordentlich erfrischend, daß sich ein Blatt findet, das sich doch zu dem bekennt, was in der bürgerlichen Presse wirklich Sitte ist. Die Post nämlich des seligen Stumm nennt das Verlangen der sechs Vorwärts-Redakteure, an den Sitzungen des Parteivorstandes und der Preßkommission

teilzunehmen, „ebenso töricht, wie naiv". Das Scharfmacherorgan schreibt:

„Ueberall ist es nicht nur Sitte, auch recht und billig, daß Leute, deren persönliche Verhältnisse von einer übergeordneten Instanz behandelt werden, nicht zugegen sind, weil sich in ihrer Gegenwart niemand frei und unbefangen äußern könnte. Sowohl Lob wie Tadel würde bei Anwesenheit desjenigen, über dessen Verhältnisse ein Kollegium berät, wesentlich abgeschwächt werden. Was die Vorwärtsredakteure hier also verlangen, ist ganz unberechtigt, und wenn sie die demokratischen Prinzipien dafür ins Feld führen, so beweisen sie damit eben nur wieder einmal, wie dumm eine schrankenlose Ausdehnung demokratischer Prinzipien ist."

Was die Post hier ausplaudert, ist in der Tat Grundsatz bei der bürgerlichen Presse. Bisher aber gab es in der Sozialdemokratie nur gleichberechtigte Parteigenossen, die sich offen und ehrlich einander ins Gesicht sagten, was sie aneinander auszusetzen hatten, und was sie miteinander planten.

Vielleicht aber hat man noch einen anderen Grund gehabt, um diese Notiz zu vernichten. Wir konnten freilich, als wir jene Bemerkung über die bürgerliche Presse schrieben, nicht ahnen, daß der Parteivorstand als einziges Argument für die Ausschließung der Redakteure von den Sitzungen denselben Gedanken später äußern würde, wie ihn zuvor schon die Post ausgesprochen hatte. Wahrscheinlich hat der Parteivorstand damals bereits in seinem Kopfe diesen Beweisgrund gewälzt, und es war ihm deshalb peinlich, ihn zuvor durch ein Postzitat bekannt werden zu lassen.

Beiläufig ist auch die Behauptung falsch, daß die Aufnahme der erwähnten Notiz zu recht verhindert ist. Die Bedingung, daß drei Redakteure das Einspruchsrecht haben, ist nicht erfüllt worden, sofern man nicht die Kollegen Cunow und Ströbel als d r e i Personen werten will. Die Aufnahme unserer Notiz ist, wie gesagt, zuvor von den beiden anwesenden Vorstandsmitgliedern gebilligt worden, ist also widerrechtlich gehindert worden.

Ueberhaupt hat die Mehrheit der Vorwärtsredaktion in der ganzen Angelegenheit keine Zeile in das Blatt gegeben, ohne vorher den Parteivorstand rechtzeitig in Kenntnis zu setzen. Unser Entgegenkommen ging so weit, daß wir auf Wunsch von Parteivorstandsmitgliedern unseren „Aufklärungs"-artikel sogar 24 Stunden zurückstellten, um dem g a n z e n Parteivorstand die Möglichkeit zu geben, in aller Gemächlichkeit ihn zu studieren. Dagegen hat die ausgeschiedene Re-

daktion allerdings sowohl die Tatsache der Annahme ihrer Kündigung erst aus dem Vorwärts ersehen und so weit die betroffenen Redakteure in den Vororten wohnten und Postabonnenten waren haben sie von dem Beschluß des 23. Oktobers erst durch mündliche Erzählungen erfahren. Desgleichen verließen die sechs Redakteure am Samstag den 28. Oktober die Redaktion in dem Bewußtsein, am Montag wiederkommen zu müssen, und sie erfuhren wiederum erst aus dem Vorwärts, daß man auf ihre fernere Arbeit verzichtet hätte.

Und warum dies Verfahren? Wir sollten nicht durch „verwirrende Gegenbemerkungen" die Absicht der Parteileitung durchkreuzen! Nach dieser Auffassung würden wir keiner bürgerlichen Regierung mehr einen Vorwurf machen können, wenn sie die Preßfreiheit aufhebt, damit die Beschlüsse des Monarchen und seiner Minister nicht durch verwirrende Gegenbemerkungen einer unbotmäßigen Presse durchkreuzt werden könnten. In Wahrheit hatte man überhaupt keinen einzigen Entschuldigungsgrund für das unerhörte Vorgehen, und deswegen wagte man nicht gegen uns mit geistigen Waffen vorzugehen, solange wir noch in der Redaktion waren. Gewalt ging vor Recht!

Die Redakteure haben dann selbstverständlich die Parteipresse von den Vorfällen unterrichtet. Sie betrachteten das nicht als eine persönliche Angelegenheit, sondern als ein Parteiinteresse allerwichtigster Art. Wir haben uns lediglich damit begnügt, den zwischen uns und dem Parteivorstand gewechselten Schriftwechsel ohne jeden Kommentar zu verbreiten. Auch diese Aufklärungsarbeit war dem Parteivorstand unangenehm, und so unterbreitete er uns die Botschaft, daß wir nicht für „private Zwecke" das Personal des Vorwärts benutzen dürften. Es hatte sich nämlich ein Angestellter der Buchhandlung freundlicherweise nach Schluß seiner Bureauzeit für die Vervielfältigung des Schriftwechsels zur Verfügung gestellt. Die Denkschrift kündigt, um auch der Zukunft noch etwas übrig zu lassen, Enthüllungen an, „auf wessen Kosten" wir diese Informationen der Parteipresse bewirkt hätten. Wir glauben, wie gesagt, daß wir mit unseren Informationen in weit höherem Maße ein Partei- und kein persönliches Interesse erfüllt haben, als der Parteivorstand mit seinen Kundgebungen, zu denen er ebenfalls das Personal des Vorwärts verwandt hat. Aber zur Beruhigung der Oeffentlichkeit möchten wir doch sagen, daß wir gelegentlich unseres Auszuges aus dem Vorwärts auch die entstandenen Porto- und Materialkosten am 30. Oktober bereits aus unserer Tasche bezahlt haben, sodaß es in der am 31. Oktober früh erscheinenden Nummer nichts mehr zu enthüllen gab. Wir ahnten nämlich nach all dem Vorherge-

gangenen, daß den verantwortlichen Mitgliedern des Vorstandes der Drei-Millionen-Partei kein Mittel zu kleinlich sein würde, um gegen uns vorzugehen.

Inzwischen hat sich gezeigt, daß die Methode des Vorstandes in dieser Hinsicht wenigstens wohlberechnet war. Nachdem wir aus dem Vorwärts herausgedrängt worden sind, führt die jetzige Redaktion bis zur Erschöpfung einen unermüdlichen Kampf gegen die Wahrheit und die offenkundigsten Tatsachen. Keine Rede davon, die Meinung der Parteipresse und der bürgerlichen Blätter — es war ja der Redaktion während der letzten Tage unserer Anwesenheit verboten, Preßstimmen über die Angelegenheit zu bringen — umfassend und objektiv wiederzugeben. Man benutzt das zur Verfügung stehende Papier, um alles Recht zu verdrehen und alle Tatsachen zu verwirren, und man gibt uns nicht einmal die Möglichkeit, mit der nötigen Beschleunigung unsere Sache zu verfechten, die längst nicht mehr unsere persönliche Sache ist, sondern die Lebensfrage der Partei. Wir sind nur zufällige Personen, bei deren Abwürgung endlich die Krankheit zum offenen Ausbruch gekommen ist, unter der die Partei in den letzten Jahren leidet.

* * *

Kündigung und Geheimverfahren.

Der Parteivorstand bekennt sich endgültig zu dem Anspruch, daß er in Gemeinschaft mit der Preßkommission über redaktionelle Angelegenheiten ohne Zuziehung der Redakteure beraten und entscheiden dürfe. Insbesondere wenn Kündigungen in Frage sind, so erklärt er, sei die Zuziehung der Redakteure zu den Beratungen gänzlich unstatthaft und nur aufdringliche Menschen könnten sich in solche Beratungen drängen.

Die Parteibehörde beruft sich auf § 26,2 des Organisationsstatuts. Ein überflüssiges Bemühen, da das dort festgestellte Recht der Entscheidung ebensowenig bezweifelt worden ist, wie das Recht unverbindlicher Vorbesprechungen. Es handelt sich ausschließlich darum, ob die Aufsichtskörperschaften unserer Parteipresse ohne Zuziehung der Redakteure Abmachungen über entscheidend wichtige Redaktionsangelegenheiten beraten und beschließen dürfen. Hierüber sagt das Organisationsstatut nichts, und es kann darüber nichts sagen, weil es unnötig wäre, das Selbstverständliche auszusprechen, weil die Lösung dieser Frage sich aus allgemein parteigenössischen und demokratischen Grundsätzen ohne weiteres ergibt.

Die „Denkschrift" versucht — um das vorauszunehmen —, das eingeschlagene Geheimverfahren für den vorliegenden Fall

damit zu entschuldigen, daß „alle Mittel", in Gemeinschaft mit der Redaktion die gewünschten Ziele zu erreichen, versagt hätten, weshalb man nunmehr zum äußersten Mittel von Kündigungen habe schreiten müssen. Die Leichtfertigkeit dieser Behauptung wird sofort offenbar, wenn man bedenkt, daß dasjenige Mittel, das am 8. September beschlossen worden ist, bisher überhaupt noch nicht in einem einzigen Falle auf die Probe gestellt wurde. Es war ein Gebot der elementarsten Aufrichtigkeit, mindestens abzuwarten, welchen Erfolg der Beschluß haben würde, vermöge dessen eine Minorität die Veröffentlichung von ihr bedenklich erscheinenden Artikeln der Majorität jederzeit behufs Vorlegung vor die Aufsichtsinstanzen aufhalten konnte. Aber noch mehr, die Denkschrift wagt es, vom Versagen aller Mittel zu sprechen und will den Anschein erwecken, als seien wir halsstarrig und unzugänglich für uns unterbreitete Wünsche gewesen, während in Wahrheit unser wiederholt gemachter Vorschlag, daß die Minderheit die strittigen Parteifragen behandeln soll, das Gegenteil erweist. Trotz unseres Entgegenkommens wird jetzt keck behauptet, alle Mittel, in gemeinsamer Beratung mit uns etwas zu erreichen, hätten versagt.

Freilich, die Denkschrift überführt sich überdies selbst der Unwahrheit, da sie an anderer Stelle sagt:

> „Wir stellen zunächst fest, daß die Frage einer gründlichen Umgestaltung in der Zusammensetzung der Redaktion zwecks einer prinzipielleren Haltung des Vorwärts bisher nicht ein einziges Mal bestand."

Durch diese richtige Mitteilung widerlegt die Denkschrift nicht nur die Behauptung, daß alle Mittel versagt hätten, sondern — und dies ist zur Beurteilung des Geheimverfahrens besonders wichtig — sie bestätigt selbst, daß in allen früheren Besprechungen niemals auch nur eine Andeutung gemacht worden ist, es bestehe der Wunsch, daß dieser oder jener Redakteur aus seiner Stellung ausscheiden möge! Sie bestätigt in wünschenswertester, wenn auch unbeabsichtigter Offenheit, daß die plötzliche Aufwerfung der Kündigungsfrage uns als völlig Ahnungslose aufs äußerste überraschen und, da sie in geheimen Sitzungen behandelt wurde, zur äußersten Empörung treiben mußte.

Man versuche sich in die Situation zu versetzen, in die wir getrieben wurden. Am 2. Oktober fand die erste Sitzung statt; wir waren erstaunt, daß wir nicht geladen waren, schöpften aber keinen Verdacht, da wir annehmen, es handele sich lediglich um die in Jena nicht erledigte Frage, wie die Berliner Genossen größeren Einfluß auf den Vorwärts erlangen sollen; wir hätten gern an der Erfüllung dieses Verlangens mitge-

wirkt, aber da das keine Frage redaktioneller Aenderungen war, konnte unsere Nichtzuziehung uns nicht übermäßig auffallen. In dieser Sitzung wurde aber die Frage, wie die Berliner Genossen größeren Einfluß auf den Vorwärts erhalten sollen, in die Frage von Kündigungen umgewandelt, wovon wir nichts erfuhren. Am 6. Oktober waren wir zur Sitzung der Preßkommission geladen, wurden jedoch auf Wunsch des Parteivorstandes hinausgeschickt, weil über redaktionelle Angelegenheiten beraten werden solle. Im Konferenzsaal, dicht bei unseren Arbeitsbureaus, fast Tür an Tür, beriet man über die wichtigsten Redaktionsangelegenheiten, und wir Redakteure sahen uns plötzlich brutal beseitigt. Dieser noch nicht dagewesene Vorgang erregte sofort unsere ganze Entrüstung. Am nächsten Tage erfuhren wir, daß über die gepflogenen Beratungen gar das Schweigegebot verhängt war, das Schweigegebot vor allem gegen uns, als hätten wir Handlungen begangen, die uns des Vertrauens unwürdig erscheinen ließen. Wir erhoben alsbald schriftlichen Protest, zunächst in zuvorkommendster Form, indem wir die Möglichkeit offen hielten, als habe man nur in augenblicklichem Versehen solches Verfahren eingeschlagen. Das weitere ist bereits in unserer Aufklärung in Nr. 251 des Vorwärts dargestellt. Trotz aller unserer Proteste setzte man das Geheimverfahren fort und häufte Schweigegebot auf Schweigegebot. Man hatte am 2. Oktober die Beratungen begonnen, ohne daß wir ahnen konnten, es seien Kündigungen oder Maßregelungen beabsichtigt. Man wollte die Beratungen unter Schweigegebot zu Ende führen, ohne daß wir die geringste Kenntnis davon erhielten, was vorging. Wir sollten vor vollendete Tatsachen gestellt werden! Wir sollten vergewaltigt und abgewürgt werden! Es bleibt uns allerdings der Trost, daß nicht nur wir, die Nächstbeteiligten, so schimpflich behandelt worden sind. Auch dem Parteitag selbst, sowie den Berliner Genossen im besonderen ist durch das Geheimverfahren des Vorstandes und der Funktionäre das Urteil über die Vorwärtsredaktion widerrechtlich entzogen worden.

So sehr aber durch die Feststellung des wahren Tatbestandes die Nichtswürdigkeit des gegen uns angewandten Verfahrens gekennzeichnet wird, so ist doch der in der Denkschrift erhobene Anspruch auf Geheimjustiz auch ganz abgesehen von unserem Spezialfall zu beurteilen und zu verurteilen. Der Parteivorstand nimmt das Recht zur Fernhaltung der Redakteure ganz uneingeschränkt in Anspruch, wie auch der Einzelfall gelagert sein mag.

Wie versucht die Denkschrift dieses neue Prinzip der Heimlichkeit zu begründen? Um eine elende Sache zu verteidigen, leistet man sich zunächst den sinnlosen Vergleich

zwischen der Beratung eventueller Kündigungen und der Beratung von — Gehaltserhöhungen. Weil der Parteiangestellte nicht beansprucht, anwesend zu sein, wenn besprochen wird, ob auf Grund längerer Verwaltung einer Stelle oder auf Grund besonderer familiärer Verhältnisse oder aus sonstigen Gründen, über die er schriftlich oder mündlich Mitteilungen gemacht hat, eine Verbesserung seiner materiellen Lage eintritt, darum muß der Parteiangestellte von der Beratung völlig ausgeschlossen werden, wenn es umgekehrt gilt, ihn wegen angeblich abweichender Parteimeinungen nicht etwa nur der materiellen Existenzlosigkeit zu überantworten, sondern vor allem die politische Stellung, die er sich in vieljähriger Arbeit im Dienste der Partei gewonnen, zu vernichten!! Daß die Denkschrift einen solchen Vergleich ziehen kann, zeigt die ungeheuerliche Verwirrung, die nicht nur in dem Parteiempfinden, sondern auch in der Logik ihrer Urheber eingerissen ist. Für Fälle von geringer Bedeutung ist man gnädig bereit, die Redakteure zuzuziehen, aber sobald Fragen von der größten Tragweite vorliegen, wenn es sich um die politische Stellung von Parteigenossen handelt, dann braucht man sie nicht einmal zu hören!

Diese Verwirrung geht so weit, daß der Parteivorstand durchaus bourgeoisen und kapitalistischen Gedankengängen verfällt. So sehr sind die Begriffe verwirrt, daß man die selbstverständliche Forderung der Mitwirkung aller Beteiligten an der Regelung des Arbeitsverhältnisses als eine Forderung ausgibt, die allem „Anstande" Hohn spreche. Eine bürgerliche Anstandsmeierei, die wir in der sozialdemokratischen Partei nicht für möglich gehalten hätten. Der Begriff der „Kündigung" aus Gesinnungsgründen ist bisher bei uns noch niemals in Kurs gewesen. Wir können den kapitalistischen Kündigungsbegriff nicht völlig entbehren, es ist aber der schärfste Protest dagegen zu erheben, daß das Verhältnis zwischen den Parteibehörden und ihren Angestellten zu einem ausschließlich nach kapitalistischen Grundsätzen zu beurteilendem Arbeitsverhältnis gemacht wird. Die Redakteure der Parteipresse sind nicht Tintensöldner, die man „kündigen" kann, ohne ihnen von dem Plan Mitteilung zu machen, ohne sie zu den Beratungen zuzuziehen, ohne sie anzuhören, ohne ihnen Vorwürfe, die man gegen sie hat, offen auszusprechen und ohne ihnen ausgiebige Gelegenheit zu geben zur Aufklärung von Unrichtigkeiten, zur Abwehr falscher Unterstellungen, zum Vortrage eigener Vorschläge. Politische Personen, die ein Jahrzehnt und länger eine gemeinsame große Sache auf bestimmter Stelle gemeinsam gefördert haben, „kündigen" sich nicht gegenseitig auf, sie trennen sich voneinander, wenn sie erkennen, daß sie nicht länger gedeihlich miteinander zu wirken vermögen, wenn der eine dem andern sagt, daß er das Ver-

trauen zu gemeinsamer Arbeit verloren habe. So allein mußte in unserem Falle verfahren werden. Hätte man solches loyale Verfahren eingeschlagen, dann wären der Partei die jetzt notwendig gewordenen Auseinandersetzungen gänzlich erspart geblieben. Hätte man uns Mitteilung von jenen Plänen gemacht, hätte man uns zu den Beratungen zugezogen, so hätten entweder wir die Aufsichtsinstanzen von der Irrigkeit ihrer Vorwürfe überzeugt, oder es wären, wenn die schon früher beschlossenen Abhilfsmittel nicht genügten, weitere Abhilfsmittel überlegt worden, oder aber, es wäre die Trennung erfolgt in aller Offenheit und in parteigenössischer Freundschaftlichkeit. Gerade weil wir, wie sich versteht, die literarische Tätigkeit in der Sozialdemokratie nicht unter dem Gesichtspunkte der „Brotstelle" betrachten, sondern die Redaktion als Ehrenamt und Vertrauensposten auffassen, gerade darum mußte es uns empören, daß man uns behandelte, wie Kapitalisten Lohndiener behandeln, anstatt mit uns offen und ehrlich als mit gleichberechtigten Parteigenossen sich auseinanderzusetzen. Was würden etwa die Sekretäre im Parteivorstande dazu sagen, wenn man sie auf einem Parteitage, ohne ihnen ein Wort zu sagen, ohne eine Beschwerde gegen sie vorzubringen, ja im Gegenteil nach Vertrauen erweckenden Versicherungen meuchlings bei der Wahl niederstimmte. Diese Sekretärposten sind gleichfalls keine „Brotstellen", sondern genau so aufzufassen wie Redaktionsämter. Ein solches Verfahren wäre nicht Demokratie, sondern die Herrschaft des Meuchelmordes. Der Parteivorstand hat denn auch die gebührende Strafe für solches Verfahren bereits erhalten: die Kreuzzeitung und die Stummsche Post spenden ihm ihre prinzipielle Zustimmung, die Post hat in Vorahnung und in voller Uebereinstimmung mit der später erschienenen Denkschrift das Verlangen der Redakteure als „ebenso naiv wie töricht", als „ganz unberechtigt" erklärt!

Es ist in diesem Zusammenhang mitzuteilen, daß der Parteivorstand das gegen uns angewendete Prinzip des Geheimverfahrens natürlich auf alle Angestellten der Partei angewendet wissen will. In dem Briefe vom 20. Oktober, der unsere Kündigung veranlaßte, sagt der Vorstand ausdrücklich: „Hierzu (zu solchen Beratungen) die Redaktion heranzuziehen, ist ebensowenig angängig, als wenn wir bei Personalveränderungen in der Expedition die betreffenden Personen hinzuziehen sollten." Also auch in bezug auf alle anderen Parteigenossen, die in unseren Betrieben tätig sind, proklamiert der Vorstand der sozialdemokratischen Partei mit Junkern, Kühnemännern und Grubenbaronen die Herrschaft der Herren im Hause, die zu beseitigen die deutsche Arbeiterbewegung in schweren Kämpfen ringt.

Das neue Prinzip muß aber auch sonst noch zu den tollsten Unsinnigkeiten und Ungerechtigkeiten führen, und es hat in unserem Falle dazu geführt. Die Denkschrift weist das Verlangen, an den Beratungen teilzunehmen, zurück, „weil die über sein Tun und Lassen zur Entscheidung berufenen Organe eine solche (Kündigung) möglicherweise für notwendig halten". Wie aber will die Parteibehörde auch nur die in diesem Satze angedeutete unerläßliche Voraussetzung für ihre Beratungen erfüllen? Wie vermag sie sich über das „Tun und Lassen" jedes einzelnen der möglicherweise zu Kündigenden zu informieren, wenn es sich um mehrere Personen handelt? Ohne Anhörung der Redakteure ist die Aufsichtsinstanz überhaupt außerstande, zu wissen, auf wessen Konto diese oder jene redaktionelle Handlung gehört, an der man Anstoß nahm. Es ist unvermeidlich, daß man auf das Konto des einen setzt, was auf das des anderen gehört. Der Willkür, den Vermutungen, den Einflüsterungen, den Intrigen ist der weiteste Raum gegeben. Der Verlauf des gegen uns angewendeten Verfahrens, das lächerliche Schauspiel, daß man erst diesen Kollegen, dann jenen anderen kündigen wollte, daß man bald diesen, bald jenen zum „Hauptstein des Anstoßes" gemacht hat, daß man den „Hauptschuldigen" überhaupt nicht traf, erweist für den Blindesten die Unhaltbarkeit, Unmöglichkeit, Ungerechtigkeit und Tollheit des parteibehördlichen Geheimverfahrens.

Endlich leistet die Denkschrift den erschütternden Serenissimus-Witz, daß das Geheimverfahren kein Geheimverfahren sei: die Redakteure, die oft genug an ähnlichen Sitzungen teilnahmen, sollten „allmählich begriffen" haben, daß solche Sitzungen überhaupt „nicht öffentlich" sind. Weil derartige Sitzungen nicht öffentliche Versammlungen für jedermann sind, darum sei es „absurd", wegen des Ausschlusses derer, über deren Schicksal zwar entschieden wird, die aber vor vollendeter Abwürgung kein Sterbenswörtchen erfahren dürfen, von Geheimsitzungen zu sprechen! Man gebietet feierliche Schweigegebote, man erklärt denjenigen für „ehrlos", der das Schweigegebot verletzt, aber — Geheimsitzungen sind es nicht!

Nach solchen Beweisen logischer Befähigung bleibt uns nur übrig, nochmals zu bedauern, daß der Urheber der Denkschrift uns nicht wenigstens bis zur Herausgabe seines Werkes in der Redaktion gehalten hat, damit wir ihn vor solchen Armutsbekenntnissen hätten bewahren können.

Es ist Aufgabe der ganzen Partei, die schwere Verirrung, der unsere Parteibehörde durch Auferrichtung des unerhörten Prinzips einer bösartigen parteiverderblichen Geheimjustiz und durch seine Anwendung in unserem Fall verfallen ist, dadurch

auszugleichen, daß sie gegen solche Anschauungen und gegen solche Verfahren nachdrücklichst Protest erhebt.

Das eingeschlagene Verfahren stellt ein Prinzip auf, das, wie wir in der Begründung unserer Kündigung ausgeführt haben, unvereinbar ist mit den Grundsätzen der Demokratie, ja selbst mit den gesichertsten Errungenschaften der bürgerlichen Rechtsprechung, das einen vollständigen Bruch bedeutet mit jenen schönen Traditionen der Partei, welche die gegenseitige Offenheit und unbeschränktes Vertrauen für die erste Vorbedingung gedeihlicher Arbeit seit jeher erkannt und festgehalten haben. Wir wollten durch unsere Kündigung dokumentieren, daß wir, soviel an uns liegt, diese das Parteiinteresse schwer schädigende Verirrung des Parteivorstandes ohne Rücksicht auf Autorität und Pietät zu bekämpfen als unsere Pflicht erachten.

Völlig ausgeschieden ist jetzt jede Personenfrage. **Nur das Uebel selbst, das sich in unsere Partei geschlichen, ist zu bekämpfen und zu beseitigen!** Die Genossen im ganzen Reiche mögen prüfen und entscheiden, wie in Zukunft **so schwere Rechtsverletzung innerhalb der Partei unmöglich gemacht, wie die Partei und die deutsche Arbeiterbewegung gegen so bedauerliche Störungen ihrer Entwicklung gesichert wird!**

Die ausgeschiedenen Redakteure des Vorwärts.
J. A.: Eisner.

IX.

„Unsere Antwort".

(Vorwärts vom 10. November.)

Die Ausführungen der Sechs nehmen eine für unmöglich gehaltene Länge an. Durch jede neue ihrer angeblichen Aufklärungen wird die Sache statt klarer immer unklarer. Es sind mindestens 20 Punkte, die uns zu erneuten Darlegungen oder Klarstellungen nötigten. Erfüllten wir diese Absicht der Sechs, unsere Entgegnung würde dreifach länger als die ihre, der sie alsdann eine noch längere folgen ließen. Die Polemik nähme kein Ende.

Bereits hat ein Teil der Parteipresse und haben zahlreiche Parteigenossen Einspruch erhoben gegen die Fortsetzung eines Spiels mit Worten, in dem die alten Vorwürfe in anderer Verkleidung immer von neuem erhoben werden. Ginge das Spiel so weiter, das Ende wäre, daß die Parteigenossen sich wie ein Mann erheben würden, um einen raschen Abschluß zu erzwingen.

Die Sechs haben erreicht, was sie in ihrem sogenannten Signalschuß bezweckten; sie haben eine Angelegenheit, die eine interne Angelegenheit der Partei ist und allein von den zuständigen Partei-Instanzen zu entscheiden war, öffentlich zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgebauscht, um einen Parteiskandal hervorzurufen. Es ist damit wenigstens ihrer Wichtigtuerei Rechnung getragen worden.

Dieser Skandal war um so zweckloser, da die Sechs, wie sie selbst eingestehen, sich sagen, daß sie auf eine Abänderung der Beschlüsse von Parteivorstand und Preßkommission nicht rechnen, sondern hoffen, wie der letzte Satz in ihrer „Rechenschaft" besagt: daß die Genossen im Reiche prüfen möchten, „wie in Zukunft so schwere Rechtsverletzungen innerhalb der Partei unmöglich gemacht werden".

Nach der „Rechenschaft" der Sechs ist die Darstellung in unserer Denkschrift

„ungenau, unvollständig, unwahr, tendenziös entstellt oder gar direkt erfunden".

Wäre dieses Urteil begründet — und sie wollen seine Berechtigung in ihrer „Rechenschaft" erbracht haben —, dann ist die Partei verpflichtet, Menschen, die sich Lug und Betrug ihr gegenüber haben zuschulden kommen lassen, raschestens von ihrem Posten zu entfernen und sie aus der Partei auszuschließen.

Auf die wiederholte Frage der Sechs: ob der Verfasser der Denkschrift diesen und jenen Vorgang, der, wie sie meinen, falsch geschildert wird, beigewohnt habe, sei noch einmal und etwas ausführlicher die Herstellung unserer Denkschrift und unserer Entgegnungen dargestellt. Bebel hat den Auftrag übernommen, die Entwürfe auszuarbeiten. Jeder Entwurf, der uns gemeinsam angeht, wird gedruckt und zunächst im Parteivorstande unter Hinzuziehung von drei Mitgliedern der Preßkommission Satz für Satz beraten. Die Vorgänge, welche sich z. B. in den Sitzungen der Preßkommission am 1. und 6. September abspielten, konnten von Bebel nicht geschildert werden, weil er jenen Sitzungen nicht beiwohnte; sie wurden auf Grund des Berichts der dort anwesend gewesenen Personen entworfen. Ist der Entwurf festgestellt, so tritt die Preßkommission mit dem Parteivorstande zusammen. Jedes Mitglied der Preßkommission erhält ein Exemplar des unkorrigierten Entwurfs und wird denselben über die Aenderungen, die Parteivorstand und Kommission der Preßkommission beschlossen haben, berichtet. Nunmehr wird endgültig beraten und festgestellt, wie jeder einzelne Satz lauten soll.

Unsere Darlegungen sind also das Ergebnis gewissenhafter Prüfung unser aller, und so weisen wir die Verdächtigungen

der Sechs, als handelten wir leichtfertig, entschieden zurück. Wir halten dementsprechend den entgegengesetzten Ausführungen der Sechs unsere Darlegungen im vollen Umfange aufrecht. So weit aber in der oben abgedruckten „Rechenschaft" versucht wird, bisher nicht erörterte oder von uns nur kurz behandelte Vorkommnisse in den Bereich der Kritik zu ziehen und daraus Schlüsse auf die angebliche „Ungerechtigkeit" unseres Verhaltens abzuleiten, müssen wir die Darstellung dieser Vorgänge als im Widerspruch mit der Wirklichkeit und Wahrheit bezeichnen.

Dahin gehören folgende Punkte, die wir summarisch aufführen und über die wir uns eine weitere Ausführung ersparen:

Die sinnlose, auf Phantasie beruhende Behauptung, es sei ein unterirdischer Kampf gegen die Sechs geführt worden, dessen Wesen erst jetzt klar zutage trete und dessen Helden jetzt erst klar durchschaut werden können.

Die Darstellung über die Stellung Stadthagens in der Redaktion, dem bereits im Jahre 1898 durch Gradnauer im Namen der übrigen Kollegen die Mitteilung gemacht wurde, daß er mit Stimmrecht an den Konferenzen der Redaktion teilnehmen könne.

Die Darstellung über die Vorgänge in den gemeinsamen Sitzungen am 1. und 6. September.

Die Erzählung über das, was Singer gegenüber Eisner und Bebel gegenüber Gradnauer in Jena gesagt haben soll. Singer über angeblich geplante Aenderungen in der Redaktion, Bebel über die von ihm beabsichtigte Behandlung des Berliner Antrages, dem Vorwärts den Charakter als Zentralorgan zu nehmen.

Die Darlegung über die Bedeutung der Beschlüsse der Fünfzehner-Kommission.

Die Annahme, als könnten bereits vor und in Jena bestimmte Verabredungen über Aenderungen in der Redaktion vorhanden gewesen sein, was uns verpflichtet haben würde, die Redakteure davon in Kenntnis zu setzen.

Die Darstellung von dem Verhältnis der Redaktion zu den Berliner Genossen und deren Vertretern, wonach alles in Lieb, Freude und Einigung schwamm.

Die Darstellung über die Vorgänge in der Sitzung der Preßkommission und des Parteivorstandes am 6. Oktober.

Die unwahre Behauptung der Vorstand habe von vornherein Wetzker kündigen wollen.

Die Darstellung über die geplante Mitarbeiterschaft der Genossin Luxemburg am Vorwärts.

Die angeblichen Aeußerungen Bebels über Kalisti.

Die Darstellung der Vorgänge, die zum sogenannten Schweigegebot führten.

Die Behauptung, der Parteivorstand nehme ganz uneingeschränkt das Recht für sich in Anspruch, die Redaktion von den Beratungen über das Zentralorgan fernzuhalten.

Die Aufführung der Punkte, zu denen wir aufs neue Stellung nehmen müßten, zeigt den Parteigenossen, welche Arbeit wir zu erfüllen hätten, um richtig zu stellen oder zu widerlegen. Einige Punkte können wir aber nicht mit Schweigen übergehen.

Einer dieser Punkte betrifft das sogenannte Schweigegebot, d. h. die vorläufige Sistierung der Veröffentlichung von Preßstimmen. Am 21. Oktober abends hatten die Sechs ihre Kündigung eingereicht. Am 22. erschien die Ankündigung derselben in der bekannten sensationellen Form als „Signalschuß" im Vorwärts. Mit der Sensation, die diese Ankündigung machte, hofften die Sechs die gegnerische, wie einen Teil der Parteipresse, zu feindseliger Stellungnahme gegen uns hinzureißen. Das ist ihnen bekanntlich gelungen. Ein Teil der Parteipresse, voran die Münchener Post und die Frankfurter Volksstimme, war taktlos genug, sofort in heftiger, gehässiger Weise uns anzugreifen, noch ehe sie genau wußten, wie die Dinge sich zugetragen hatten.

Vom 23. Oktober ab benutzte ein Teil der Sechs ein großes Maß der für ihre redaktionelle Tätigkeit beanspruchten Zeit, wobei sie das Hilfspersonal der Redaktion in Anspruch nahmen, um die Parteipresse mit einseitigster und gehässigster Darlegung der Vorgänge zu überschwemmen und sie gegen uns einzunehmen.

Es war zweifellos, daß diese durch ihre Agitation hervorgerufenen, meist zu ihren Gunsten provozierten Preßstimmen benutzt werden sollten, um sie gegen uns im Vorwärts auszuspielen. Wir hätten also Toren sein müssen, ließen wir uns das gefallen. So entstand das sogenannte Schweigegebot, das vom Vorstand einstimmig angenommen und einige Tage später von der Preßkommission bestätigt und um weitere zwei Tage, bis zum 31. Oktober, mit unserem Einverständnisse verlängert wurde. Jede andere Parteiinstanz hätte genau so gehandelt.

Daß wir die Veröffentlichung der Preßurteile nicht fürchteten, zeigt der Vorwärts, der, nachdem unsere Denkschrift der Parteipresse zugegangen war, die Urteile derselben ohne Rücksicht darauf, ob sie uns zustimmen oder unser Handeln tadeln, veröffentlicht.

Es war der erste Wunsch, den wir der neuen Redaktion gegenüber aussprachen, bei dieser Veröffentlichung unparteiisch zu verfahren, der zweite war, daß keine Einsendung eines bisherigen Mitarbeiters am Vorwärts zurückgewiesen werde. Die Einsendungen müßten ohne Ansehen der Person sachlich geprüft

werden. Die neue Redaktion erklärte für beide Fälle, das sei selbstverständlich.

Ob die Partei geneigt ist, den Redakteuren am Vorwärts — die Konsequenz träfe auch die übrige Parteipresse — die privilegierte Stellung einzuräumen, welche die Sechs mit einem Teile der Parteijournalisten als selbstverständlich erachten, darüber wird der Parteitag entscheiden.

Die Parteigenossen wollen sich den Verlauf der Angelegenheit noch einmal in Kürze vergegenwärtigen.

Der Vorstand wird für den 2. Oktober von den Vertrauensleuten und der Preßkommission geladen, um ein Reformprogramm für die Vorwärts-Redaktion vorzulegen.

Der Vorstand muß erklären, daß er noch keine Zeit gehabt habe, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Vorstand und Preßkommission erhalten Auftrag, bezügliche Vorschläge auszuarbeiten.

Am 6. Oktober schlägt der Parteivorstand der Preßkommission vor, Büttner und Kaliski zu kündigen, Fülle in die Redaktion und die Genossin Luxemburg als Mitarbeiterin aufzunehmen. Die Preßkommission erklärt diese Vorschläge für ungenügend, dieselbe wird aufgefordert, ihrerseits Vorschläge zu machen.

Nach etwa acht Tagen schlägt sie dem Parteivorstand vor: Büttner, Gradnauer und Wetzker zu kündigen, Kaliski in der Redaktion zu belassen, Stadthagen mit erweiterter Tätigkeit in die Redaktion, die Genossin Luxemburg als Mitarbeiterin aufzunehmen.

Am 20. Oktober erklärt der Vorstand in gemeinsamer Sitzung mit der Preßkommission, ihre Vorschläge anzunehmen, erweitert dieselben aber dahin, der gesamten Redaktion zu kündigen, da anzunehmen sei, daß die bisherige Redaktionsmehrheit sich solidarisch erklären und gleichzeitig kündigen werde. Diese Solidaritätserklärung werde bei Kündigung aller Redakteure ihre Bedeutung verlieren. Vorstand und Preßkommission einigten sich, diesen Vorschlag den Berliner Parteifunktionären zu unterbreiten und von deren Zustimmung abhängig zu machen.

Also erst am 20. Oktober erfolgte die Verständigung zwischen Preßkommission und Parteivorstand, die bis dahin in ihren Vorschlägen auseinandergingen. Es war also ein durchaus ungerechtfertigtes Verlangen der Sechs, zu diesen Sitzungen, die erst eine Verständigung der in Betracht kommenden Faktoren bezweckten, die Redaktion hinzuzuziehen. Das müßten wir, aufs neue vor die Frage gestellt, auch jetzt ablehnen.

Hätten die Redakteure, denen gekündigt werden sollte, ein Vergehen begangen, weshalb ihre Kündigung in Frage kam, so mußte ihnen Gelegenheit gegeben werden, sich zu verteidigen oder zu rechtfertigen. Darum handelte es sich aber nicht, sondern um die Frage, welche Veränderungen in der Redaktion nötig seien, um die taktische und prinzipielle Haltung des Blattes mit den Ansichten von Parteivorstand und Preßkommission, die zugleich die der sehr großen Mehrheit der Partei sind, in Einklang zu bringen. **Das war eine politische Frage, über die Parteivorstand und Preßkommission allein zu entscheiden hatten.** Die weitere Frage war, wie kann diese politische Frage am besten gelöst werden. Da die Redaktion aus Menschen besteht, mußten Menschen hierbei in Frage kommen. Hier kann nicht von Gewissenszwang und Beschränkung der Meinungsfreiheit gesprochen werden; diese kamen in Frage, wenn von den Redakteuren verlangt wurde, wider ihre Ueberzeugung zu schreiben.

Wirft man uns vor, unsere Vorgehen sei eine Halbheit gewesen, so wollen wir dies gar nicht bestreiten. Indem aber die Sechs nunmehr kündigten, haben sie selbst eine radikale Lösung herbeigeführt.

Es war auch selbstverständlich, daß wir von jetzt ab die Vertretung im Vorwärts nicht mehr Personen überlassen konnten, bei deren weiterer Tätigkeit die schon vorher sehr gespannte Situation in der Redaktion vollständig unerträglich geworden wäre. Wir machten also von der Vollmacht Gebrauch, die wir in der Versammlung der Berliner Parteifunktionäre und des Parteivorstandes am 23. Oktober uns erbeten hatten, und entbanden sie ihrer redaktionellen Pflichten.

Der Parteivorstand. Die Preßkommission.

X.

„Meine Antwort".

In der „Rechenschaft 2: Die Prinzipien des Verfahrens" können es die Sechs nicht überwinden, in einer Reihe Bemerkungen auch wieder auf meine Person zu kommen. So schmeichelhaft es für mich ist, zu sehen, wie unangenehm ich ihnen bin, so wenig Neigung verspüre ich, auf ihre ans Kleinliche grenzenden Anwürfe ausführlich zu erwidern.

Ich will nur einige Punkte richtig stellen. Ich habe in Bremen in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand den

Antrag, die Schulfrage noch auf die Tagesordnung zu setzen, bekämpft, weil die auf derselben stehenden Punkte voll die Zeit des Parteitags in Anspruch nehmen würden. Der Parteitag hat uns zugestimmt, und die Tatsachen haben gelehrt, daß dieser Beschluß ein sehr richtiger war. Es blieb keine Zeit mehr zur Verhandlung neuer Gegenstände übrig, es wurde sogar die wichtige Debatte über das Kommunalprogramm kurz abgebrochen.

Hatte aber die Frauenkonferenz schon, wie bekannt, die Schulfrage erörtert, so lag um so weniger Grund vor, nochmals darauf einzugehen. Auch galt das Lob, das ich den Verhandlungen der Frauenkonferenz zollte, nicht nur der Behandlung der Schulfrage, sondern ihren Verhandlungen überhaupt. Ich bin jeden Augenblick bereit, es zu wiederholen.

Was ich vor dem Bremer Parteitag in der N. Z. über den Vorschlag schrieb, als Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: „Die geplanten Attentate auf das Reichstagswahlrecht", steht mit keinem Satz im Widerspruch zu dem Thema: „Der politische Massenstreik, über das ich in Jena referierte. Das habe ich auch gegenüber dem gleichen Vorwurf, den Genosse Robert Schmidt in Jena erhob, schlagend an dem Inhalte meines Bremer Parteitagsartikels nachgewiesen.

Daß die Sechs sich jetzt aufs Wiederkäuen verlegen, spricht für ihre Geistesverfassung, die anfängt, Bedauern zu erwecken.

Ebenso ist es ein Produkt dieser bedauerlichen Geistesverfassung, wenn die Sechs behaupten, ich hätte durch den großen Monolog in meiner Eröffnungsrede in Jena den Versuch gemacht, das Thema der auswärtigen Politik zu behandeln, das ich bekämpft hätte, auf die Tagesordnung zu setzen.

Bekanntlich habe ich in meiner Jenenser Eröffnungsrede sehr verschiedene Themata behandelt, darunter auch in einem Teile die deutsche auswärtige Politik in der Marokkofrage. Solche über verschiedene Themata sich erstreckende kurze Uebersichten sind bekanntlich alte Sitte bei Eröffnung der Parteitage, eine Sitte, die Liebknecht besonders pflegte. Ich brauche nur an die Folgen seiner Eröffnungsrede auf dem Breslauer Parteitage zu erinnern.

Ich habe diese Sitte, die auch bei mir keine neue ist, in Jena fortgesetzt; meine Ausführungen aber hatten mit dem Thema, das die Eisner und Gradnauer erörtert haben wollten, gar nichts zu tun, denn dieses Thema lautete: Die Wandlungen in der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches.

Was die Ausführungen der Sechs über meine Massenstreik-Resolution mit ihrer Kündigung zu tun haben sollen, verstehe ich auch nicht. Ich habe über meine Stellung zum Massenstreik bis zum Jenaer Parteitage öffentlich kein Wort

versauken lassen. Ich muß mir also sehr verbitten, daß die Sechs sich jetzt an meine Rockschöße hängen, um mich in ihren bezüglichen Auseinandersetzungen mit Kautsky als Vorspann zu benutzen.

Was endlich die Sechs mir als Aeußerungen über Kaliski in den Mund legen, ist das Produkt elenden Klatsches, dem sie zum Opfer gefallen sind. Will Kaliski wissen, was ich über ihn sagte, ich stehe ihm zu Diensten.

A. Bebel.

* * *

Die vorstehenden Antworten, „unsere" sowohl wie „meine", schienen uns zu inhaltsleer, als daß sich abermalige Richtigstellungen von unserer Seite gelohnt hätten. Wir schwiegen also.

Fünftes Kapitel.

Zwischenspiele.

I.

Die Jaurès-Versammlung.

Im Vorwärts vom 10. November erschien noch folgendes:

Eine Klarstellung.

Der Unterzeichnete sieht sich veranlaßt, auf einen Punkt in der Darstellung von Eisner und Genossen als Interessierter besonders zu antworten:

Eisner und Genossen sprechen in den rühmendsten Ausdrücken von der von ihnen arrangierten Jaurès-Versammlung. Diese war, wie bekannt, für den 9. Juli geplant. Ihr Zweck sollte eine Demonstration für den Völkerfrieden sein. Die Versammlung war also mit Rücksicht auf den geladenen Redner, einen Führer der französischen Bruderpartei, Genossen Jaurès, ein Akt praktischer internationaler Politik. Solche Aktionen anzuregen, steht jedem Parteigenossen, also auch einem Redakteur des Vorwärts, zu. Darüber besteht aber wohl in der ganzen Partei kein Zweifel, daß, wenn eine solche Aktion ausgeführt werden soll, dieses nicht ohne Hinzuziehung des Parteivorstandes geschehen darf, der als der Vertreter der Partei namens derselben den ausländischen Genossen als Gast der deutschen Sozialdemokratie einzuladen hat. Weigerte sich

der Parteivorstand, eine solche Anregung auszuführen, dann hatten die Antragsteller freie Hand.

Statt dessen wurde die ganze Angelegenheit mit der größten Heimlichkeit hinter dem Rücken des Parteivorstandes betrieben. Derselbe erhielt erst Kenntnis von dem Plan, als alles fix und fertig war und es sich nur noch darum handelte, Singer zum Vorsitzenden der Versammlung zu machen und Bebel zu ersuchen, an demselben Tage in Paris eine Versammlung abzuhalten.

Wie korrekt benahm sich hingegen zu diesem Vorgehen die französische Bruderpartei.

In dem Einladungsschreiben, das Bebel von der Parteileitung der französischen Sozialdemokratie erhielt, hieß es:

Die Redaktion des Vorwärts habe den Genossen Jaurès eingeladen, am 9. Juli in Berlin eine Versammlung zugunsten des Weltfriedens abzuhalten. Genosse Jaurès habe die Parteileitung befragt, ob sie die Annahme dieser Einladung billige. Das sei geschehen und nun bitte man ihn (Bebel), am 9. Juli in Paris sprechen zu wollen.

Später hat Eisner, als man ihm von Vorstandsseite wegen seines unqualifizierbaren Verhaltens Vorwürfe machte, bestritten, daß er den Genossen Jaurès im Namen der Redaktion des Vorwärts eingeladen. An dem Vorgang ändert das selbstverständlich nicht das geringste, der Vorgang zeigt aber deutlich, wo die Illoyalität zu suchen ist.

Der Parteivorstand.

* * *

Der Kollege Eisner hat wahrlich nicht den mindesten Anlaß, die volle Verantwortung für seine Anregung zu übernehmen, ist doch die denkwürdige Jaurès-Versammlung die einzige Aktion der deutschen Sozialdemokratie gewesen, mit der sie ihre internationalen Pflichten in dem schweren deutsch-französischen-englischen Konflikt dieses Jahres erfüllte.

Die Gerechtigkeit und Wahrheit aber gebietet, zu sagen, daß Eisner nicht das ausschließliche Verdienst beanspruchen kann. Seine Tätigkeit beschränkt sich lediglich darauf, bei den Berliner Vertrauensleuten die Demonstration angeregt zu haben. Der Gedanke wurde von den Funktionären einstimmig mit Begeisterung aufgenommen. Darnach bestand die weitere Mitwirkung Eisners lediglich darin, daß er im Auftrage der Berliner Parteigenossen Jaurès einlud und die weitere Korrespondenz mit Paris führte. Warum übrigens Bebel das bereits vor Jena klargestellte Mißverständnis der französischen Genossen wiederholt, die Redaktion des Vorwärts habe die Einladung ergehen lassen, ist uner-

sinnlich. Die ganze Organisation und Verantwortlichkeit der Veranstaltung lag ausschließlich in den Händen der Berliner; Eisner war lediglich Werkzeug und Beauftragter, er blieb still und namenlos im Hintergrund. Wenn sich also der Parteivorstand beschwert fühlt, so hatte und hat er sich lediglich an die Berliner Funktionäre zu halten. Das haben diese auch Eisner gegenüber Dutzende Male anerkannt, daß der Parteivorstand sie, nicht ihn verantwortlich machen müßte, sie würden Eisner unter allen Umständen decken.

Und nun folgt ein sehr charakteristisches Nachspiel, das den ganzen Geist, der über dem Vorwärts-Konflikt gewaltet hat, boshaft entblößt — ein Nachspiel zeigt, wieviel Mut, Ehrlichkeit und Treue von gewisser Seite in diesen Tagen aufgeboten ist. Nachdem die obige Klarstellung im Vorwärts erschienen, begab sich Eisner zu dem eigentlichen Organisator der Jaurès-Versammlung, Eugen Ernst, und erinnerte ihn an das Verdienst und die Verantwortung der Berliner um diese Veranstaltung. Ernst versprach, mit den Vertrauensleuten über die „Klarstellung", deren Torheit ihn sehr geärgert hätte, Rücksprache zu nehmen. Bis zum heutigen Tage aber hat der Vorwärts keine wirkliche Klarstellung der Klarstellung durch die Berliner Vertrauensleute gebracht. Statt dessen hat man Kundgebungen gegen uns organisiert. Ja, wie es in einer der Geheimsitzungen hieß: „Auch die Solidarität hat ihre Grenzen!"

II.

Verhinderte Erklärungen.

Die neue Vorwärts-Redaktion hat sofort nach ihrem Regierungsantritt die Wahrheit hermetisch abgesperrt. Wer den Vorwärts seitdem las, mußte den Eindruck gewinnen, daß die ganze Welt sich entrüstete über die unerhörten Verbrechen der — edlen Sechs.

Alle Aeußerungen der parteigenössischen und bürgerlichen Presse, die vor der Denkschrift des Parteivorstandes erschienen, wurden einfach totgeschwiegen. Als nach der Denkschrift die Parteipresse ihre Kritik mutig fortsetzte, versuchte man es anfangs damit, mit irgend einer geistvollen Bemerkung nur die Tatsache, daß solche Auflehnung gegen die Obrigkeit vorgekommen, zu erwähnen. Kam in einem langen scharf kritischen Artikel auch eine nebensächliche Wendung gegen die sechs Redakteure vor, so wurden lediglich diese Sätze zitiert; so verfuhr man z. B. mit dem Hamburger Echo. Als die Flut der gegen den Parteivorstand gerichteten Artikel aber nicht

nachließ, entschloß man sich doch, Preßstimmen abzudrucken, aber mit sorgfältiger Auswahl, soweit sie für die Redakteure waren, lang und breit, soweit sie für den Parteivorstand eintraten. Besonders eingehende Artikel, wie der in der Sächsischen Arbeiterzeitung vom 7. November, wurden unterschlagen. Aeußerungen alt bewährter Genossen, wie Ehrharts und v. Elms, entweder gänzlich verschwiegen oder es wurde ein knappes Zitat mit läppischen Glossen „prinzipiell" erstickt. In der ganzen Geschichte des Vorwärts ist eine solche bewußte Korruption noch nicht dagewesen. Ueber diese Methode schrieb das radikale Kasseler Volksblatt am 20. November:

„Das (die Verständigungsaktion des Vereins Arbeiterpresse) strikt ablehnende Verhalten der Berliner Vertrauensleute ist vielleicht nicht zum wenigsten zurückzuführen auf die Art und Weise, wie die neue Vorwärts-Redaktion die Affäre behandelt hat. So verrieten die zusammengestellten Preßstimmen beachtenswerte Talente. Unserem Geschmack entsprechen diese Talente freilich nicht.

Schlimmer aber als diese Zitierkunst ist die Behandlung, die der Vorwärts allen denen zuteil werden läßt, die auch dem Parteivorstand und den Berliner Parteifunktionären gegenüber sich erlauben, eine eigene Ueberzeugung zu haben. Bequemer, das wird wohl allgemein zugegeben werden, ist es entschieden, wenn man mit diesen Instanzen stets ein Herz und eine Seele ist. Wir halten es aber mit dem Worte, daß die Ueberzeugung des Mannes Ehre ist. Und deshalb erscheint es uns als eine Ungehörigkeit sondergleichen, wenn im Vorwärts diejenigen Parteigenossen, die das Verhalten der Berliner Instanzen als verfehlt und undemokratisch fanden, von oben herunter als „Revisionisten" und ähnliche zweideutige Partei-Zigeuner denunziert werden. Den Vorwärts-Redakteuren muß bekannt sein, daß keine Rede sein kann von einer Scheidung in Radikale und Revisionisten in bezug auf die Stellungnahme zur Vorwärts-Frage. Was sollen also Bemerkungen über die „ganze Parteipresse, soweit sie mit revisionistischen Redakteuren besetzt ist", wenn nicht die direkte Absicht besteht, den Lesern zu suggerieren, daß das Verhalten der Parteiinstanzen echt sozialdemokratisch, das der Nörgeler aber — Pfui Teufel! — „revisionistisch" sei.

Von unserer früheren Tätigkeit her dürfte auch den Vorwärts-Redakteuren bekannt sein, wie wir zu Marx und den sogenannten Revisionisten stehen. Und unsere Tätigkeit in Kassel begann mit der denkbar klarsten Stellungnahme. Der Umstand aber, daß man den „Revisionismus" und seine bisherigen Produkte ablehnt, darf doch nicht dazu verleiten,

in jedem „Revisionisten" ein Scheusal zu erblicken, das man so schnell als möglich in die Wolfsschlucht zu schmeißen hat. Wie wir vom Parteivorstand annehmen, daß er selbstverständlich in der Ueberzeugung gehandelt hat, die Parteiinteressen zu wahren, so nehmen wir auch von den „Revisionisten" an, daß lediglich die Absicht sie leitet, die Partei und ihre Bestrebungen zu fördern.

Das Verfahren, das der Vorwärts in jüngster Zeit z. B. gegenüber den Genossen Heine, Arons und v. Elm in Anwendung gebracht hat (siehe weiter unten), war u. E. recht wenig parteigenössisch. Die neuen Männer im Vorwärts sollten doch nicht vergessen, daß die erwähnten Genossen, ebenso auch wie die „gewesenen Sechs", die Eisner, Gradnauer usw., für die Partei immerhin einiges geleistet haben, während sie selbst auf ihren neuen Posten noch zeigen sollen, was sie zu leisten vermögen."

Wie man mit einer Erklärung v. Elms umgesprungen, wird dann in demselben Blatt festgestellt. Genosse v. Elm ersuchte es nämlich, davon Kentnis zu nehmen, daß der Vorwärts die Aufnahme seiner Erklärung zum großen Teil dem Papierkorb überwiesen habe. Warum? Weil darin „Ausfälle gegen den Parteivorstand" enthalten seien. Die Ausfälle sahen so aus:

„Mag der Parteivorstand seine Anklagen bestimmt formulieren und nicht nur mit allgemeinen Redensarten, wie dies bisher geschehen, gegen die Mehrheit der Vorwärts-Redaktion vorgehen, sondern Punkt für Punkt den Beweis zu führen versuchen, durch welche Darlegungen im Vorwärts die Redaktionsmehrheit gegen die in unserem Programm festgelegten Grundsätze oder gegen Beschlüsse der Parteitage verstoßen hat. Das allein kann nur für die Partei entscheidend sein."

Eine geniale Methode aber hatte die prinzipiell verjüngte Redaktion ersonnen, um alle Berichtigungen loszuwerden. Sie verzichtete nämlich darauf, selbst Verleumdungen gegen die edlen Sechs zu erfinden, sondern entnahm den Bedarf aus einigen Parteiblättern. Versuchten wir dann im Vorwärts auch nur die blödsinnigsten Verdächtigungen richtig zu stellen, so wies die brave Redaktion uns nach Leipzig, Elberfeld oder sonst an einen Ort, aus dem der Vorwärts die Lüge übernommen hatte. Der § 11 des bürgerlichen Preßgesetzes schützt vor diesem Verleumdungsmonopol. Die sozialdemokratische Redaktion aber übernahm jede Beschimpfung, verweigerte aber die gesetzlich erforderte Berichtigung, weil die Verleumdung nicht Berliner Originalgewächs. Berlin durfte nicht die Wahrheit erfahren!

Nachfolgend geben wir drei Erklärungen wieder; die beiden ersten sind vom Vorwärts abgelehnt, die dritte flüchtete sich, ohne beim Vorwärts erst anzuklopfen, gleich in die Sächsische Arbeiterzeitung:

* *

*

1. Ein Mißtrauensvotum.

Kollege Wetzker sandte dem Vorwärts folgende „Richtigstellung", die abgelehnt wurde:

„In der „Antwort" des Parteivorstandes in Nr. 259 des Vorwärts werden in Beziehung auf mich Behauptungen aufgestellt, die vollkommen unwahr sind. Es handelt sich um die Vorgänge in den Sitzungen der Preßkommission vom 1. und 8. September. Insbesondere sind unwahr die Behauptungen: daß ich der Preßkommission in der zweiten Sitzung das Recht zugestanden hätte, mich wegen des Briefes an die Bremer Bürgerzeitung zu verurteilen, daß ich um Zurückziehung eines gegen mich beantragten Mißtrauensvotums gebeten hätte und daß, „darauf beschlossen wurde, das Mißtrauensvotum nicht auszusprechen".

In meinem Briefe an die Bremer Bürgerzeitung handelte es sich bekanntlich darum, daß ich diese Redaktion im Interesse genauerer Berichterstattung ersucht hatte, sich über Berliner Parteivorgänge aus dem Berliner Parteiblatte zu informieren. Diesen Brief, der von der Bremer Bürgerzeitung veröffentlicht worden war, machte die Preßkommission in der Sitzung am 1. September, ohne daß sich jemand beschwerdeführend an sie gewandt hatte, zum Gegenstand einer Verhandlung mit dem Ziele, ihn zu tadeln. Ich habe der Preßkommission von vornherein und in beiden Sitzungen das Recht bestritten, über diesen Brief zu Gericht zu sitzen, und niemals zugegeben, daß auch nur der leiseste Grund zu einem Eingreifen der Preßkommission vorliege. Trotzdem hat die Preßkommission den Brief in der Sitzung am 1. September nach längerer Verhandlung mißbilligt. Danach wurde die Angelegenheit für erledigt erklärt und über andere Dinge verhandelt. Diese Sitzung kam mit ihrer Aufgabe nicht zu Ende. Es wurde eine neue Sitzung auf den 8. September anberaumt. Am 8. September begann der erste Redner, ein Vertreter von Nieder-Barnim, damit, daß er den am 1. September erledigten Brief wieder hervorholte. Er bezeichnete den Brief als einen Beweis dafür, daß — die Beschlüsse der Preßkommission in Beziehung auf die Haltung des Vorwärts nicht beachtet würden. Eine ganz unverständliche Behauptung, wenn man die Erklärung dafür nicht in dem Umstande finden will, daß der Redner nur das ungeschickte Werkzeug zur Ausführung der damals schon bestehenden, aber

geheim gehaltenen Pläne war. Der Redner knüpfte daran die Bemerkung, daß unter diesen Umständen „die Preßkommission" der Ansicht sei, sie wolle mir nicht länger die Redaktion der Parteinachrichten überlassen. Gegen diese Bemerkung erhob sich jedoch sofort mehrfacher Widerspruch aus der Mitte der Preßkommission. Es ist übrigens gleichfalls unwahr, wenn die „Antwort" den Glauben zu erwecken sucht, als ob schon in der Sitzung am 1. September davon die Rede gewesen wäre, mir die Redaktion der Parteinachrichten abzunehmen. Diese Absicht mag bei den Machern aus Nieder-Barnim bestanden haben; ihre Vertreter in der Preßkommission hatten sich jedoch als nicht besonders geschickt erwiesen. Es kam am 1. September dazu noch nicht, der Leiter der Verhandlungen vom 1. September war in den Plan noch nicht eingeweiht, er erklärte die Briefgeschichte ganz harmlos für erledigt und darum mußte man am 8. September diesen erledigten Brief nochmals aus der Tasche ziehen.

Zur Verstärkung zog man jetzt aber noch die Behauptung heran, ich redigiere die Parteinachrichten einseitig. Diese Behauptung, soweit sie so verstanden werden könnte, daß ich unrichtig berichte, bestritt ich entschieden und verlangte Beweise. Als solcher wurde angeführt, daß ich von einer Rede des Genossen Meister in Hannover über die Beteiligung der Fraktion an den Parteitagen nicht Notiz genommen! Furchtbares Verbrechen! Einseitige Stellungnahme gab ich jedoch als selbstverständlich zu, da ich zweiseitige Stellungnahme nicht kenne. Im übrigen erklärte ich jedoch, daß ich sehr froh wäre, die Redaktion der Parteinachrichten loszuwerden, da ich daran längst kein Vergnügen mehr fände und mich gern ausschließlich der Sozialpolitik widmen möchte. Die Debatte wogte hin und her und wurde endlich durch Schlußantrag beendet. *Nach Schluß der Debatte* brachten plötzlich die Vertreter Nieder-Barnims eine Resolution aufs Tapet, die meine „einseitige Redaktion" verurteilte, nochmals den schon getadelten Brief mißbilligte und sich „eine Veränderung in den Ressorts vorbehielt".

Gegen dieses Verfahren, nach Schluß der Debatte eine Resolution einzubringen, protestierte ich und erklärte insbesondere, daß ich den ersten Satz „*nicht akzeptieren könne*", da ich ihn als Mißtrauensvotum auffasse. Einer der Antragsteller erklärte mir brüsk, darauf käme es gar nicht an; ich replizierte, daß darauf alles ankäme. Schließlich wurde aus der Mitte der Preßkommission unter Hinweis darauf, daß ich ja der Ressortveränderung als meinen Wünschen entsprechend zugestimmt hätte, die absatzweise Abstimmung verlangt. Danach wurde schließlich verfahren und dabei der von mir abgelehnte erste Satz der Resolution auch von der Mehr-

heit der Preßkommission abgelehnt, dadurch also das Mißtrauensvotum beseitigt. Dies der wahre Hergang in jenen Sitzungen, soweit er mich persönlich betrifft.

Heinrich Wetzker."

* * *

Statt dieser Erklärung brachte der Vorwärts folgende Kundgebung der Preßkommission:

„Die Preßkommission beschloß in ihrer gestrigen Sitzung (10. November) folgende Erklärung zu veröffentlichen: Genosse Wetzker sandte dem Vorwärts mit der Forderung **unbedingt unverkürzter** Veröffentlichung eine sehr lange Erklärung, die sich mit der vom Parteivorstand und der Preßkommission gegebenen Darstellung über die Vorgänge in den Preßkommissions-Sitzungen vom 1. und 8. September befaßt.

Im wesentlichen wird die Darstellung durch die Erklärung des Genossen Wetzker bestätigt. Im weiteren enthält die Zuschrift eine Reihe neuer Unrichtigkeiten.

Alle gemeinsamen Erklärungen der ausgeschiedenen Redakteure sind bisher unverkürzt im Vorwärts veröffentlicht worden. Auch noch jedem einzelnen den Raum des Vorwärts unbeschränkt zur Verfügung zu stellen, müssen wir ablehnen. Das Eingehen auf solche Wünsche erscheint uns geeignet, den Parteigenossen den Vorwärts zu vergällen und die Streitfrage noch mehr in die Breite zu ziehen. Da die ausgeschiedenen Redakteure bereits in 13 Spalten zum Wort kamen, sind wir der Ansicht, daß dieser Raum ausreichend war, in den Kollektivartikeln die Auffassung eines jeden einzelnen genügend zum Ausdruck zu bringen.

Die Aufforderungen aus den Reihen der Genossen, mit den endlosen Auseinandersetzungen aufzuhören, zwingen uns, unter allen Umständen zu verhindern, daß die Polemiken ins Uferlose gehen."

Die „sehr lange Erklärung" Wetzkers ist, wie man sieht, nicht viel länger als diese Kundgebung der Preßkommission, welche die Ablehnung begründen will.

2. Was und wer steckt dahinter.

Eisner sandte am 9. November im Auftrage der Kollegen die folgende Richtigstellung, die ebenfalls vom Vorwärts abgelehnt wurde:

„**Was und wer steckt dahinter?** 1. Im Vorwärts Nr. 263 wird eine Aeußerung des Genossen Wermuth, frühern Mitglieds der Berliner Preßkommission, zitiert, die unsere Auf-

fassung bestreitet, „daß die prinzipielle Haltung des Vorwärts selten oder fast gar nicht Gegenstand der Erörterungen in den Preßkommissions-Sitzungen gewesen sei. Er könne behaupten, daß sich die bisherige Vorwärts-Mehrheit in stetig steigendem Gegensatz zu den Grundanschauungen der Partei gestellt habe".

Gen. Wermuth kann allerdings *behaupten* — das Recht tastet ihm niemand an —, aber er kann nicht *beweisen*. Unsere These lautet noch viel schärfer und bestimmter: *Niemals* ist — vor den 17. Juni — unsere prinzipielle Haltung in der Preßkommission angefochten worden. Es kam nur zu jenem einen, nicht einmal ausgeführten Versuch, unsere Stellung zu den französischen Dingen zu besprechen, auf dem wir in unserer Rechtfertigungsschrift hingewiesen haben. Der Anreger war Gen. Wermuth.

Nach dem 17. Juni zeigte sich der „stetig steigende Gegensatz zu den Grundanschauungen der Partei" darin, daß wir in der wichtigsten Frage dieser Zeit, der Frage des politischen Massenstreiks, entgegen der Minderheit der Redaktion diejenige Grundanschauung vertraten, die danach der Parteitag zu der seinigen gemacht hatte. Behauptungen werden dadurch nicht Tatsachen, daß sie hartnäckig wiederholt werden. Auch der Vorwärts, der, mäßig gerechnet, bisher fünfmal soviel Raum für die Verdächtiger der sechs Kollegen wie wir für unsere Rechtfertigung gebraucht hat, konnte gleichfalls bisher nicht ein einziges Dokument für die Behauptung beibringen, die jetzt Gen. Wermuth wiederholt. Der Mann, der meinte, daß eine Zeile genüge, um einen Umschwung in der Sache zu bringen, war ein anspruchsvoller Optimist. Manche Parteigenossen kommen auch *ohne jede Zeile* zu dem Todesurteil, für das sie „Stimmung" haben. Was steckt also dahinter: Gar nichts!

2. Dieselbe Nummer des Vorwärts reproduziert eine Bemerkung der Elberfelder Freien Presse*), „es sei betrübend, daß **sogar die bürgerliche Presse zur Stimmungsmache** in der Angelegenheit der ausgeschiedenen Vorwärts-Redakteure **benutzt** werde. Sie teilt dazu noch folgendes mit: „Kürzlich war der Agent eines Telegraphenbureaus bei uns, der glaubte seine Depeschen besonders mit der Mitteilung empfehlen zu können,

*) Dasselbe Blatt zog sich übrigens in derselben Notiz auch die infame Behauptung aus den Fingern, wir hätten uns zu unserer Verteidigung der Berliner Volkszeitung bedient. Diesen Teil der Notiz übernahm der Vorwärts vorsichtigerweise nicht, weil der Schwindel selbst ihm allzu plump erschien. Obwohl er also selbst an der Glaubwürdigkeit der Elberfelder Parteigenossen zweifelte, reproduzierte er dennoch diese Verdächtigung und verwies dann uns zur Berichtigung nach — Elberfeld!

daß durch sein Bureau die Nachrichten über vertrauliche Vorgänge in der Parteileitung bekannt wurde."

Offenbar ist das die neue gefestigte Richtung des Vorwärts: die Richtung der Revolverjournalistik. In derselben „unfaßbaren" Weise wurde neulich die ehrlose Verleumdung gegen uns gerichtet, wir ständen in irgend einer Beziehung zu der bekannten Veröffentlichung der Berliner Volkszeitung. Jetzt wird uns nachgesagt, wir brächten durch Depeschenbureaus Interna der Parteileitung an die Oeffentlichkeit. Haben diese feigen Andeutungen ihre Wirkung getan, und beschweren wir uns, dann stellt man sich natürlich nach bekannter Praxis dumm, und erklärt: „Wir haben euch ja gar nicht gemeint. Es ist bezeichnend, daß ihr euch getroffen fühlt." Im übrigen übersieht die neue Redaktion des Vorwärts eines: Wenn Sie gegen uns auch alle Künste des Generalstabs in der Dreyfuß-Affäre anwenden — Recht bleibt schließlich doch Recht und Wahrheit Wahrheit, so lange es wenigstens eine Sozialdemokratie gibt."

3. Der Stein des Anstoßes.

Die Sächsische Arbeiterzeitung veröffentlichte am 14. November folgende Zuschrift Gradnauers:

„Werte Genossen! Um eine kurze Klarstellung in der Vorwärts-Angelegenheit möchte ich Sie noch ersuchen. Die neue Vorwärts-Redaktion überschüttet uns zwar täglich mit allen möglichen Beschimpfungen, verweigert jedoch die Aufnahme von Richtigstellungen, die wir für nötig halten. Darum flüchte ich zu Ihnen, beschränke mich aber auf das Allernötigste.

Nachdem der Parteivorstand und die Berliner Preßkommission durch das geheime Verfahren den heillosen Konflikt hervorgerufen hatten, mußten sie, um das Verfahren nachträglich einigermaßen zu rechtfertigen, die Vorgänge der früheren Zeit möglichst düster malen. Es wurde so dargestellt, als habe seit Jahren ein dauernder Konflikt zwischen den Redakteuren und den Berliner Parteigenossen geherrscht, als seien die beabsichtigten Kündigungen nur das letzte Wort nach längeren Streitigkeiten gewesen. In einigen Parteiblättern wurden dann auf Grund dieser Darstellung die häßlichsten Vorwürfe erhoben: wir hätten an unseren Stellungen allzu lange geklebt, wir hätten längst von selbst unsere Stellungen aufgeben müssen, und da wir dies nicht taten, sei nichts übrig geblieben, als Kündigungen vorzunehmen.

Wir Redakteure haben bereits in unseren Rechenschaftsartikeln ausführlich dargelegt, daß von einem dauernden peinlichen Konflikt zwischen den Berliner Parteigenossen und uns ganz und gar nicht die Rede sein kann, daß vielmehr vereinzelte Bemängelungen unserer Haltung durch zahlreiche Zustim-

nungsvoten mindestens ausgeglichen waren. Mir liegt nun daran, diese uns sechs Redakteure insgesamt betreffenden Feststellungen durch ein Wort über meinen persönlichen Anteil an den angeblich unerträglich gewordenen Zuständen zu ergänzen.

Der Parteivorstand hatte zuerst die Kündigung Kaliskis und Büttners, sowie die spätere Versetzung Wetzkers beschlossen. Als es sich zeigte, daß wir anderen die Kündigung von Genossen, die an der politischen Haltung des Blattes fast unbeteiligt waren, als eine ungerechte Maßregelung auffassen würden, entdeckte die Preßkommission plötzlich, daß ich „der Hauptstein des Anstoßes sei", und forderte meine Kündigung. Man sollte danach annehmen, daß die Preßkommission gerade mit mir andauernd Konflikte gehabt hätte, sodaß sie, ohne mich auch nur noch einmal vorzuladen und anzuhören, mit gutem Gewissen meine Entlassung aus dem Redaktionsverbande fordern konnte. Gegenüber einer solchen Annahme habe ich lediglich die folgende Feststellung zu machen:

Im gesamten Verlauf der letzten zwei Jahre hat die Berliner Preßkommission auch nicht ein einziges Mal gegen einen von mir verfaßten Artikel Stellung genommen. Nur in zwei Fällen hat sich die Preßkommission mit Artikeln bezw. Notizen, die ich geschrieben, beschäftigt, und in diesen beiden Fällen hat sie nicht gegen mich Vorwürfe erhoben, sondern ist lebhaft für die Richtigkeit meiner Stellungnahme eingetreten. Der eine Fall spielt im August 1904. Genosse Plechanow hatte nach dem Attentat auf Plehwe einen Artikel im Vorwärts veröffentlicht, in dem die Partei der russischen Sozial-Revolutionäre (Terroristen) sehr ungünstig beurteilt wurde, ich hielt mich, im Einverständnis mit meinen Kollegen, für verpflichtet, in einer dem Artikel zugefügten Notiz dem todeskühnen Heldenmut der russischen Terroristen unsere Bewunderung zu zollen. Hiergegen wandte sich Genossin Luxemburg in einem Artikel, durch dessen Aufnahme wir den bedauerlichen Hader zwischen der Richtung Plechanow und den Sozial-Revolutionären zu verschärfen befürchteten, den wir deshalb der Preßkommission vorlegten. Obschon Kautsky zur Vertretung des Luxemburgschen Artikels persönlich in der Sitzung der Preßkommission erschien, erklärte diese sich für unsere den Terroristen günstigere Stellungnahme und lehnte die Aufnahme des Artikels ab. Der zweite Fall ist bereits bekannt, er spielte im Juli dieses Jahres und betraf meine scharfe Zurückweisung der beleidigenden Angriffe, die Kautsky gegen die Stellungnahme des Vorwärts in der Generalstreiksfrage gerichtet hatte. Auch in diesem Falle haben nicht die Preßkommission oder die Berliner Genossen gegen mich Vorwürfe erhoben, vielmehr sind sie auf

meinen eigenen Wunsch zusammengetreten und haben fast einstimmig meine Abwehr gutgeheißen; soweit ich mich erinnere, sprach nur ein Mitglied der Preßkommission eine abweichende Ansicht aus, nämlich Genosse Weber, der jetzt zum Redakteur des Blattes avanziert ist.

So sehen die „schweren Zerwürfnisse" aus, um derentwillen man einem Parteigenossen, der fast zehn Jahre dem Blatt seine beste Kraft gewidmet hat, plötzlich, ohne ihm auch nur zu sagen, welche Anklagen man gegen ihn hat, den Stuhl vor die Türe zu setzen beliebte. Ich möchte noch hinzufügen, daß von den Anschuldigungen, die Stadthagen in der vielberufenen Sitzung vom 17. Juni erhob und die von uns in der „Rechenschaft" zurückgewiesen worden sind, nicht eine einzige sich auf Artikel bezog, die ich geschrieben hatte.

Und noch eins. Wie verträgt sich die jetzt mit staunenswerter Dreistigkeit ausgesprochene Behauptung, die Berliner Genossen seien gegen die Redaktion höchst ungehalten gewesen, mit der Tatsache, daß in sämtlichen Wahlkreis-Versammlungen, die sich mit dem Parteitag in Jena beschäftigt haben, auch nicht ein einziges Wort laut geworden ist, das einen Tadel der Redaktion oder gar eine Andeutung von Aenderungen, die in der Redaktion nötig seien, bedeutet hätte? (Siehe Vorwärts vom 5. Oktober, Berichterstattung vom Parteitag!)

Ich denke, für jeden unparteiisch urteilenden Parteigenossen sprechen diese Tatsachen, welche die früher schon mitgeteilten ergänzen, eine beredte Sprache. Auf die wahren Gründe aber des Ueberfalles, dem wir erlegen sind, will ich nicht nochmals zurückkommen. Ich will nur noch der Erwartung Ausdruck geben, daß nach der fast allseitigen Mißbilligung, die das Verfahren der Berliner Parteiinstanzen in der Partei- und Gewerkschaftspresse gefunden hat, sich nun baldigst ein Weg der Aussöhnung eröffnen möge, auf dem die Partei diese unendlich bedauerlichen Vorfälle überwindet, auf daß sie, unbeirrt durch innern Zwist, einig und geschlossen, ihre ganze Kraft für den großen Kampf gegen die Feinde der Arbeiterklasse einzusetzen vermag!

Mit herzlichem und parteigenössischem Gruß

Georg Gradnauer.

Sechstes Kapitel.

Eine Verständigungs-Aktion.

Das Bemühen der sechs Vorwärts-Redakteure ging von Anfang an darauf hinaus, den Aufsichtsinstanzen Mann gegen Mann, Auge in Auge gegenüberzutreten. Von Anfang Oktober bis Ende November sind alle Anstrengungen in dieser Richtung gescheitert!

Es dürfte kein Fall in der modernen Arbeiterbewegung zu verzeichnen sein, in dem das Herren-im-Hausetum scharfmacherischer Unternehmer in Konflikten mit Arbeitern so hartnäckig und erfolgreich jede Verhandlung vereitelt hat, wie die Aufsichtsinstanzen des Vorwärts.

Nachdem die Bemühungen der Redakteure in der geschilderten Weise verunglückt waren, übernahm der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse eine Vermittelungs-Aktion. Die mißhandelten Redakteure verstanden sich schweren Herzens zu weitgehendem Entgegenkommen. Der Parteivorstand machte zunächst selbst alle möglichen Schwierigkeiten, stellte die sonderbarsten Bedingungen, ehe er auch nur eine gemeinsame Aussprache zugestehen wollte. Dann willigte er schließlich ein, aber nur um sich im entscheidendem Augenblick von den Berliner Funktionären überstimmen zu lassen. In der Sitzung, in der über den Ausgleichsvorschlag nämlich zu den Vertretern Groß-Berlins beraten wurde, legte der Parteivorstand nicht nur einen für uns bis zur Unannehmbarkeit verstümmelten Entwurf vor, sondern erklärte auch in der Person Bebels, sobald er die gegen die Redakteure erbitterte Stimmung der Berliner Funktionäre bemerkte, selbst auf diesen gewässerten Ausgleichsvorschlag kein sonderliches Gewicht zu legen.

Die Geschichte der Verständigungs-Aktion zeigt unzweideutig auch für die Befangensten, daß auf seiten der Redakteure alles parteigenössische Entgegenkommen, auf seiten der Aufsichtsinstanzen lediglich der brutale „Herr im Hause" zu finden war.

I.

Der allgemeine Verlauf.

Im Halleschen Volksblatt, dessen Hauptredakteur Vorsitzender des Vereins Arbeiterpresse ist, wurde am 20. November folgende Darstellung gegeben:

„Wie bekannt, hatte der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse seine Vermittelung angeboten in dem Konflikt zwischen Parteivorstand und Berliner Preßkommission einerseits und den ausgeschiedenen Redakteuren andererseits. Es sollte dadurch eine Verständigung der Parteien erzielt und das Ende der parteischädigenden Polemiken erreicht werden. Die Vermittelung wurde von beiden Seiten angenommen, und es fanden daraufhin in Berlin Konferenzen statt. Den Redakteuren war es vor allem darum zu tun, eine Aussprache mit dem Parteivorstand herbeizuführen, um sich Auge in Auge gegen die Vorwürfe verteidigen zu können, die nach ihrer plötzlichen Entlassung laut geworden waren und die nicht nur ihre langjährige, von allen Seiten bestens anerkannte Tätigkeit in ein schimpfliches Licht setzten, sondern auch ihre parteigenössische Ehre aufs tiefste kränken mußten. Der Parteivorstand stellte dann nachträglich als Vorbedingung für das Stattfinden einer Aussprache, es solle das Ziel derselben angegeben werden. Diesem Wunsch wurde vom Vorstand des Vereins Arbeiterpresse Rechnung getragen und dem Parteivorstande als Ziel die beiderseitige Verständigung in Gestalt einer Erklärung oder die Anerkennung eines Schiedsgerichts genannt. Das letztere lehnte der Parteivorstand rundweg ab, da er nur der Kontrolle durch den Parteitag und der Kontroll-Kommission unterstehe. Das war dem Vorstand des Vereins Arbeiterpresse sehr wohl bewußt gewesen. Da jedoch in den vorliegenden Konflikt nicht nur der Parteivorstand verwickelt war, sondern auch die Berliner Preßkommission und diese letztere nicht den Partei-Kontrolleuren untersteht, hatte dieser Weg nicht beschritten werden können. Betreffs des erstgenannten Zieles, Herbeiführung einer Verständigung, wollte ferner der Parteivorstand vor Stattfinden der Aussprache den Wortlaut der zu vereinbarenden Erklärung vorgelegt haben. Obwohl dieses Verlangen sachlich unberechtigt war, da doch die Aussprache erst die Unterlage für die Erklärung erbringen sollte, suchte der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse auch diese Schwierigkeit zu überwinden. Um nicht später auch noch auf seiten der sechs Redakteure Widerspruch zu finden, wurde denselben der vom Vereinsvorstand ausgearbeitete Entwurf für die Erklärung vorher vorgelegt, und es gelang, die Redakteure zur Anerkennung des Entwurfes zu bewegen. Es war darin gesagt, daß der Parteivorstand und die Preßkommission für Recht anerkennen, daß Parteiangestellten, deren Kündigung geplant ist, vorher Gelegenheit gegeben werden muß, sich zu verteidigen. Dieses selbstverständliche Verlangen war noch dazu in eine Form gekleidet worden, der jedes verletzende Moment für den Parteivorstand und die Preßkommission fehlte. Der Entwurf ist am Donnerstag den 9. No-

vember dem Parteivorstand übergeben worden. Er hat an dem Entwurfe unter Anerkennung des aufgestellten Grundsatzes im Absatz 4 einige, speziell den Vorwärts-Konflikt betreffende Aenderung vorgenommen und beide Entwürfe am Mittwoch den 15. November vorgelegt. Die Funktionäre, also die Vertrauensmänner der Wahlkreise, die Vorstände der sozialdemokratischen Vereine und die Abgeordneten von Berlin haben jedoch beide Entwürfe mit großer Mehrheit abgelehnt."

II.

Die erste Bedingung des Parteivorstandes.

In der Vorstandssitzung des Vereins Arbeiterpresse vom 2. November stellten die sechs Kollegen den formellen Antrag, der Vereinsvorstand möge beim Parteivorstand eine gemeinsame Aussprache veranlassen. Dem wurde vom Vereinsvorstand Folge gegeben.

Darauf traf dieser Brief des Parteivorstandes ein:

Parteivorstand und Preßkommission sind bereit, sich an einer mündlichen Aussprache zu beteiligen, wenn:

1. die Aussprache von dem Vorstand des Vereins Arbeiterpresse berufen und geleitet wird, und
2. der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse dem Parteivorstand und der Preßkommission **mitteilen** kann, **auf welcher Basis die Verhandlungen** geführt werden sollen und **welches Ziel** als Abschluß der Verhandlungen erreicht werden soll.

Der Vorstand des Vereins entschied sich dahin, dem Parteivorstand mitzuteilen: Als Ziel der Verhandlung denke man sich die Vereinbarung einer Erklärung, die geeignet erscheint, den Streit zu schlichten oder die Einsetzung eines Schiedsgerichtes herbeizuführen.

III.

Die zweite Bedingung des Parteivorstandes.

An den Vorstand des Vereins Arbeiterpresse gelangte nunmehr folgender Brief des Parteivorstandes:

Werte Genossen!

Für die bekundete Bereitwilligkeit, die geplante Aussprache zwischen den ausgetretenen sechs Redakteuren und dem

Parteivorstand und der Preßkommission veranstalten und leiten zu wollen, sprechen wir Ihnen unseren Dank aus.

Was Sie als Ziel der Aussprache hinstellen, so muß die Frage eines Schiedsgerichts ausscheiden. Sie ist undiskutabel.

Das von Ihnen vorgesehene Schiedsgericht solle einen Akt der freiwilligen Gerichtsbarkeit darstellen. Bei einem solchen Schiedsspruch können und dürfen wir nicht mitwirken. Der Parteivorstand ist der Kontrollkommission und dem Parteitag verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit darf der Parteivorstand durch ein anderes Verfahren nicht präjudizieren. Das würde aber durch die Herbeiführung eines Schiedsspruches der freiwilligen Gerichtsbarkeit bis zu einem bestimmten Grade geschehen.

Die Berliner Preßkommission ist den Berliner Genossen und dem Parteitag verantwortlich. Auch hier trifft das Vorhergesagte zu. Somit müsse das vom Vorstand des Vereins Arbeiterpresse vorgesehene Schiedsgericht ausscheiden. Demnach bleibt nur der andere Vorschlag übrig: „die Vereinbarung einer Erklärung". Diese **Erklärung erst nach der Aussprache zu finden, erscheint aussichtslos zu sein.** Deshalb müsse die Erklärung vor der Aussprache vorliegen, damit die Aussprache im Rahmen der Erklärung gehalten werden kann. Wir ersuchen den Vorstand des Vereins Arbeiterpresse, den Entwurf einer Erklärung zu formulieren. **Nach Eingang der Erklärung** wird sich der Parteivorstand und die Preßkommission entscheiden, **ob die in Aussicht genommene Aussprache dem erstrebten Zweck dienen kann. Den Zweck der Aussprache zu fördern, sei allseitiges Bestreben des Parteivorstandes und der Preßkommission.**

Namens des Parteivorstandes und der Preßkommission
mit Parteigruß

W. Pfannkuch.

IV.

Die Erklärung des Vorstandes des Vereins Arbeiterpresse.*)

Von einer Seite im Vorstand des Vereins Arbeiterpresse fand der Standpunkt des Parteivorstandes entschiedene Anfechtung. Man könne es allenfalls verstehen, wenn die Formulierung einer Erklärung verlangt werde, obwohl erst die Aussprache ergeben müßte, wie eine Vereinbarung möglich wäre, — aber als Bedingung für die Gewährung der Aussprache

*) Wir folgen im wesentlichen dem Protokoll der Vorstandssitzungen des Vereins Arbeiterpresse.

zu verlangen, daß eine Erklärung formuliert werde und von der Form dieser Erklärung die Aussprache abhängig machen, das mute doch wirklich an, als ob man erklärt, nur unter diesen oder jenen Bedingungen wird in Verhandlungen eingetreten. Die Anrufung eines Schiedsgerichts ablehnen, heißt, daß von zwei Vertragsschließenden der Auftraggeber erklärt, über Streitigkeiten bei Lösung des Vertrages entscheide ich.

Um jedoch die Möglichkeit einer Verständigung nicht ganz auszuschalten, einigte man sich — am 9. November — dahin, die Verhandlungen nicht abzubrechen, sondern durch die Formulierung einer Erklärung den Weg zu weiteren Vereinbarungen zu ebnen. Nach längeren Beratungen fand folgende Fassung einstimmig Annahme im Vorstand des Vereins und auch die Billigung der anwesenden Redakteure:

Erklärung.

Der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse wurde von den sechs aus der Redaktion des Vorwärts geschiedenen Redakteuren ersucht, sich mit dem Konflikt, der zu ihrer Kündigung führte, zu beschäftigen. Nach einer Aussprache mit den Redakteuren, sowie mit dem Parteivorstand und den Vertretern der Berliner Preßkommission erachtete es der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse für seine Aufgabe, vermittelnd einzugreifen, um nach Möglichkeit eine sachliche Klärung und den Abschluß der Polemik über die Streitsache herbeizuführen.

Eine Verständigung dahin, daß die Kündigung rückgängig gemacht werde, war gegenstandslos, da die ausgeschiedenen Redakteure nicht die Absicht verfolgten, wieder in die Redaktion einzutreten.

Die am 9. November stattgehabte Aussprache, an welcher die Redakteure, der Parteivorstand und die Preßkommission des Vorwärts teilnahmen, führte zu folgendem Ergebnis:

Die Redakteure haben gekündigt, weil sie von den zur Kündigung führenden Verhandlungen des Parteivorstandes mit der Preßkommission ausgeschlossen worden sind. Darin erblickten sie eine Herabsetzung und Geringschätzung, die unvereinbar sei mit ihrer Stellung als Parteiredakteure, welche als solche auch Vertrauensleute und nicht nur bezahlte Angestellte der Partei sind. Der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse hält es für selbstverständlich, daß die Kündigung von Parteiangestellten in Vertrauensämtern erst nach erfolgter Rücksprache mit ihnen vollzogen werden darf, natürlich unbeschadet des Rechtes der in Frage kommenden Instanzen, über die zu ergreifenden Maßnahmen vorher unverbindliche Beratungen zu pflegen.

Mit dieser Auffassung erklären sich der Parteivorstand und die Berliner Preßkommission einverstanden. Sie sind bei dem von ihnen eingeschlagenen Verfahren in diesem besonderen Fall von der Meinung ausgegangen, die in früheren Sitzungen mit den Redakteuren geführten Verhandlungen hätten den Redakteuren bereits hinreichend Gelegenheit gegeben, ihren Standpunkt zu vertreten, sodaß von einer nochmaligen Aussprache abgesehen werden konnte.

Nachdem aber Parteivorstand und Preßkommission den vom Vorstand des Vereins Arbeiterpresse betonten Grundsatz anerkannt haben, besteht für die sechs Redakteure, obschon sie die früheren Verhandlungen nicht als Erfüllung des Prinzips gelten lassen können, kein Anlaß mehr zu weiteren Auseinandersetzungen.

Da somit die Beteiligten sich über den Hauptstreitpunkt verständigt haben, richten wir an die Parteipresse das Ersuchen, die Polemik über den Vorwärtskonflikt einzustellen.

V.

Die Ablehnung des Ausgleiches.

In der Sitzung der Funktionäre von Groß-Berlin am 15. November wurde folgender Vergleichs-Vorschlag an Parteivorstand und Preßkommission eingebracht:

Erklärung.

„Der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse wurde von den sechs aus der Redaktion des Vorwärts ausgeschiedenen Redakteuren ersucht, sich mit dem Konflikt, der zu ihrer Kündigung führte, zu beschäftigen. Nach einer Aussprache mit den Redakteuren, sowie dem Parteivorstand und den Vertretern der Berliner Preßkommission erachtete es der Verein Arbeiterpresse für seine Aufgabe, vermittelnd einzugreifen, um nach Möglichkeit eine sachliche Klärung und den Abschluß der Polemik über die Streitsache herbeizuführen. Eine Verständigung dahin, daß die Kündigung rückgängig gemacht werde, war gegenstandslos, da von keiner Seite beabsichtigt wird, das alte Verhältnis herzustellen.

Die am 9. November stattgehabte Unterredung, an der die Redakteure, der Parteivorstand und die Preßkommission des Vorwärts teilnahmen, führte zu folgendem Ergebnis:

Die Redakteure haben gekündigt, weil sie von den zur Kündigung führenden Verhandlungen des Parteivorstandes und der Preßkommission ausgeschlossen worden sind. Darin erblickten sie eine Herabsetzung und Geringschätzung, die unvereinbar sei mit ihrer Stellung als Parteiredakteure, welche als

solche auch Vertrauensleute und nicht nur bezahlte Angestellte der Partei sind. Der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse hält es für selbstverständlich, daß die Kündigung von Parteiangestellten in Vertrauensämtern erst nach erfolgter Rücksprache mit ihnen vollzogen werden darf, natürlich unbeschadet des Rechts der in Frage kommenden Instanzen, über die zu ergreifenden Maßnahmen vorher unverbindliche Beratungen zu pflegen.

Mit dieser Ansicht erklären sich der Parteivorstand und die Berliner Preßkommission, ohne das Wort „unverbindliche" für ihre Beratungen zu akzeptieren, einverstanden, wenn es sich um Kündigungen, deren Anlaß in dem persönlichen Verhalten des Redaktionsmitgliedes oder wenn es sich um die allgemeine prinzipielle und taktische Auffassung der in Betracht kommenden Redakteure handelt. Da aber in letzterer Beziehung schon seit mehreren Jahren wiederholt ohne Erfolg Besprechungen stattgefunden haben — bei denen die Redakteure Gelegenheit hatten, ihren Standpunkt zu vertreten —, haben Parteivorstand und Preßkommission, von der Nutzlosigkeit einer nochmaligen Aussprache überzeugt, davon Abstand genommen.

Nach dieser Erklärung des Parteivorstandes und der Preßkommission besteht für die sechs Redakteure, obschon sie die früheren Verhandlungen nicht als Erfüllung des anerkannten Prinzips gelten lassen können, kein Anlaß mehr zu weiteren Auseinandersetzungen. Da auch der Parteivorstand und die Preßkommission auf weitere Auseinandersetzungen in dieser Angelegenheit verzichten, richten wir an die Parteipresse das Ersuchen, unbeschadet der Berichterstattung über die Stellungnahme der Parteiorganisationen, die Polemik über den Vorwärts-Konflikt einzustellen."

Die Berliner Parteifunktionäre lehnten mit großer Majorität die Vorschläge sowohl des Vorstandes des Vereins Arbeiterpresse als auch des Parteivorstandes und der Preßkommission ab. Man sprach vielfach die Meinung aus, daß es wohl den Redakteuren angenehm sein mag, die Debatte zu schließen, nicht aber den Parteigenossen. Die Stellung der Parteipresse in der Provinz müsse durch die Genossen korrigiert werden, wie es vielfach schon geschehen ist. Es habe sich ein Parteijournalistentum gebildet, das seine Stellung mißbrauche und Sonderinteressen verfolge.*)

*) Bebel setzte in dieser Sitzung auseinander, man habe die Partei vor jenen Journalisten zu retten, welche die Führung der Partei an sich reißen wollten, um die deutsche Sozialdemokratie —

Auch folgende Resolution Arons wurde abgelehnt:

Die Versammlung erklärt die voreilige Veröffentlichung der Kündigung durch die sechs ausgeschiedenen Redakteure im Vorwärts für einen schweren Fehler, den die Redakteure im Partei-Interesse hätten vermeiden müssen.

Sie verkennt aber auch nicht, daß dem Parteivorstande und der Preßkommission andere Wege offen standen, um den Mißständen am Vorwärts abzuhelfen.

Die Versammlung erklärt weiter, daß, wenn der eingeschlagene Weg gewählt wurde, der Redaktion mitgeteilt werden mußte, daß sie vor der Beschlußfassung in der Sitzung der Parteifunktionäre am 23. Oktober gehört werden sollte.

Die Versammlung erwartet, daß die Berliner Parteigenossen sich diese Erklärung zu eigen machen und damit die Angelegenheit für sie als erledigt betrachten.

Die Versammlung spricht gleichzeitig aus, daß sie die Umwandlung des Vorwärts aus einem Zentralorgan in das Organ der Genossen von Groß-Berlin nach wie vor für zweckmäßig und wünschenswert hält.

Der Vorwärts berichtete über die Konferenz in folgender seltsam aufklärender Form:

„Am Mittwoch abend tagten die Berliner Parteifunktionäre und der Parteivorstand gemeinsam, um eine Erklärung in Sachen des Vorwärts-Konflikts zu beraten. Der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse hatte eine solche ausgearbeitet, der die sechs ausgeschiedenen Redakteure im voraus ihre Zustimmung gegeben hatten. Parteivorstand und Preßkommission hatten aber an den Hauptsätzen einschneidende Aenderungen vorgenommen und legten am Mittwoch abend die beiden Erklärungen den Funktionären vor mit dem Antrage, der von ihnen abgeänderten Erklärung ihre Zustimmung zu geben. Zweck der Erklärung sollte sein, nach Annahme derselben durch beide Teile, die Polemik einzustellen. Nach dreistündiger lebhafter Debatte lehnte die große Mehrheit die Annahme irgend einer Erklärung ab, Vorstand und Preßkommission blieben mit ihrem Antrage in der Minorität. Mit der Einstellung der Polemik in der Parteipresse wollte man sich einverstanden erklären, doch sollten die Parteiorganisationen das Recht haben, ihr Urteil in dem Streite abzugeben und sollte die Parteipresse über diese Verhandlungen und die angenommenen Resolutionen berichten.

Eine Resolution des Genossen L. Arons, die in ihrem ersten Satze den sechs Redakteuren einen Tadel aussprach, im

---

französischen Zuständen entgegenzuführen. Auch für diese Parteirettung vor unerhörter Gefahr wurden keine Beweise für notwendig gehalten.

zweiten und dritten Satze einen versteckten Angriff auf Parteivorstand und Preßkommission enthielt, im vierten Satz die Berliner Genossen ersuchte, den ersten drei Sätzen beizutreten und im fünften Satz den Vorwärts als Lokalblatt für die Berliner Genossen reklamieren wollte, wurde, da der Antragsteller genötigt war, vor der Abstimmung sich zu entfernen, einstimmig abgelehnt. Der Versuch, in diesem Augenblick die Lokalisierung des Vorwärts aus sehr durchsichtigen Gründen auf die Tagesordnung zu bringen, ein Versuch, den der Genosse Heine unterstützte, wurde scharf zurückgewiesen."

Wer ist der Schuldige des „Parteiskandals"?

Der Parteivorstand ist eifrig bemüht, die Schuldfrage des Vorwärts-Konflikts zu verneinen. Er stimmt den Schrei des Diebes an: Haltet den Dieb! Er benutzt den nur zu sehr berechtigten Abscheu der Parteigenossen gegen erneuten Parteiskandal, um gegen die Redakteure zu schüren, deren einzige parteipolitische Verfehlung es gewesen ist, daß sie sich stets g e g e n das Heraufbeschwören unnötiger und schädlicher Skandale wehrten, daß sie im Zentralorgan der Partei die Umwandlung von Meinungsdifferenzen in gehässige Skandale nicht zuließen.

Bei der wohlerworbenen Autorität des Parteivorstandes ist es nicht zu verwundern, daß die Parteigenossen im Lande hier und dort seiner Losung auch jetzt folgen, da sie in die Irre geführt werden. Da werden Resolutionen angenommen, in denen auf uns Redakteure alle Schuld geworfen wird; wir, so wird erklärt, hätten den parteischädlichen Skandal provoziert, ja wir hätten ihn g e w o l l t! Und weiter wird gesagt, wir hätten den ordnungsmäßigen Instanzenzug verletzt und durch die Veröffentlichung der Kündigung gegen die Parteidisziplin verstoßen.

Die Urheber dieser Darstellung begehen die schmählichste Irreführung der Parteigenossen und zwar eine b e w u ß t e Irreführung, sofern sie nicht in obiger Angelegenheit als unzurechnungsfähig durch maßlose Erregung entschuldigt werden können.

Am 20. Oktober abends erhielten drei der Redakteure Kenntnis von dem Schreiben des Vorstandes, in dem in brutaler Deutlichkeit erklärt wurde, daß Kündigungen beabsichtigt seien, daß jede Aussprache mit der Redaktion prinzipiell und tatsächlich abgelehnt wird, daß der Vorstand sein Verfahren bis zum Ende ohne Anhörung der Redakteure zu führen gedenke. Die drei

anderen Redakteure erhielten am nächsten Tage Kenntnis. Damit war die ungeheuerliche Vergewaltigung, die seit dem 2. Oktober gegen uns begangen wurde und gegen die wir wiederholt, zuerst in sehr ruhigen, dann in zornigen Protesten uns zur Wehr gesetzt hatten, endgültig geworden. Dazu kam die Meldung, daß der Parteivorstand und die Preßkommission soeben beschlossen hatten, nunmehr die Massenaussperrung sämtlicher Redakteure, mit Ankündigung der Wiederaufnahme der Gutgesinnten, vorzunehmen. Die Parteigenossen, welche jetzt von uns fordern, wir hätten all dies Unrecht demütig dulden sollen, beschimpfen durch solche Zumutung nur sich selbst, sie sprechen die Sprache jener französischen Nationalisten, welche die Fälscherjustiz des Generalstabs im Dreyfusfall schützten, und diejenigen des Verrats am Vaterland beschuldigten, die den Justizmord laut in die Welt schrieen und zur Wiederherstellung des Rechts das ganze Land erschütterten.

Andere wieder sagen: Ihr braucht das Unrecht nicht gerade zu dulden, ihr konntet euch beschwerdeführend an die Kontrollkommission wenden. Ganz wie preußische Landräte und sächsische Amtshauptmänner denken und reden! Seit wann ist es sozialdemokratischer Grundsatz, daß das Recht auf Beschwerde das Recht auf öffentliche Erörterung einer bedeutsamen Parteiangelegenheit vor den Parteigenossen aufhebt? Aber vor allem: Hatten wir Redakteure denn ein Beschwerderecht an die Kontrollkommission? Man verweist auf § 24 des Organisationsstatuts, der die Kontrollkommission als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand einsetzt. Doch wer übersieht oder unterschlägt den § 26 des Statuts, der in allen Angelegenheiten des Zentralorgans ein Eingreifen der Kontrollkommission nur dann zuläßt, wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen Parteivorstand und Preßkommission vorhanden sind. In unserem Falle waren aber zwischen den beiden Körperschaften, infolge der systematischen Fernhaltung der Redakteure, überhaupt Meinungsverschiedenheiten nicht vorhanden. Trotz der großen Empörung, die uns nach Empfang jenes Vorstandsukases erfaßt hatte, dachten wir allerdings an die Möglichkeit des Beschwerdeweges, wir mußten uns jedoch sagen, daß die Kontrollkommission, wenn sie nach einigen Monaten sich versammeln würde, jedenfalls unter Hinweis auf die bezeichnete Bestimmung des Parteistatuts sich als unzuständig erachten würde.

Und weiter: Wir sollen den Parteivorstand provoziert haben, sagt man. Wodurch denn? Durch die Veröffentlichung unserer Kündigung? Ganz abgesehen davon, daß die rechtzeitig unterrichteten Vorstandsmitglieder, wenn sie gewollt hätten, die Veröffentlichung hätten verhindern können, **ist in Wahrheit der unheilvolle Parteiskandal ganz**

und gar nicht durch diese Veröffentlichung veranlaßt worden! Selbst die „Denkschrift des Parteivorstandes und der Preßkommission widerlegt diese nachträglich ausgeheckte Anschuldigung, denn sie erhebt lediglich den grotesken Einwand, daß die Veröffentlichung an auffälliger Stelle erfolgt ist, nicht aber daß sie erfolgt ist. Die Veröffentlichung der Kündigung konnte den Parteiskandal nicht verursachen, da zunächst niemand die für die Parteibehörde blamabeln Gründe zu ahnen vermochte. Die gegnerische Presse tappte zunächst völlig im Dunkeln, wußte mit der Sache gar nichts anzufangen, stammelte einige Torheiten von einer Niederlage des Revisionismus, welche Torheiten dann freilich auch in Parteiblättern ihr Echo fanden.

Die Veröffentlichung unserer Kündigung hat nur die Gefahr aufgewiesen, daß sehr unangenehme Dinge zur öffentlichen Aussprache kommen würden, wenn der Parteivorstand nicht endlich seine halsstarrige Ablehnung jeder parteigenössischen Besprechung aufgeben würde. Der Parteivorstand sah die Gefahr, **er hatte es völlig in seiner Hand, sie mit Leichtigkeit zu beseitigen.** Er brauchte lediglich endlich in eine Aussprache mit uns einzuwilligen und alle verderblichen Weiterungen wären vermieden worden. Noch in der Sitzung vom 23. Oktober war es Zeit, die ganze Angelegenheit in parteigenössische Bahnen zurückzuleiten. Der Antrag Teltow-Beeskow forderte ausdrücklich dazu auf. **Erst die Ablehnung dieses Antrags und die sofortige brutale Veröffentlichung,** in der die Kündigung bewillkommnet wurde, machte die friedliche und freundschaftliche Erledigung des Falles endgültig unmöglich. Jetzt waren wir in die Zwangslage gedrängt, die Gründe unserer Kündigung darzulegen. Dies geschah in dem Artikel: Aufklärung vom 26. Oktober, welcher noch immer äußerste Sachlichkeit bewies. Erst die berühmte von zahllosen persönlichen Angriffen und Unwahrheiten strotzende „Denkschrift" des Vorstandes und der Preßkommission hat dann vollends den „Skandal" herbeigeführt.

Es ist eine feige Erbärmlichkeit sonder gleichen, uns als Urheber der Beunruhigung der Partei, als Macher einer Literatenrevolte hinzustellen. Wollte man selbst die Veröffentlichung unserer Kündigung als Fehler ansehen, so hätten wir ihn begangen in berechtigter Erregung über die uns zugefügte Schmach und in berechtigter Notwehr. Hätten wir wirklich uns im Mittel der Abwehr vergriffen, so glauben wir nicht, daß es sozialdemokratischer Grundsatz ist, denjenigen zu schmähen, der in der Abwehr von Unrecht einen Irrtum begeht, denjenigen aber zu entschuldigen und mit Vertrauenskundgebungen zu belohnen, der das Unrecht beging.

Es sei, um diese Schuldfrage voll zu beleuchten, noch an einen noch unbekannten Vorgang erinnert. Am 16. Oktober kamen die Genossen Pfannkuch und Gerisch in das Zimmer der Genossen Eisner und Gradnauer. Während Gerisch bei der folgenden Aussprache völlig zurückhielt, eröffnete Pfannkuch — zum erstenmal —, der Parteivorstand habe beschlossen, ohne Zuziehung der Redakteure zu verhandeln. Jede weitere Auskunft über das Warum dieses unerhörten Verfahrens lehnte Pfannkuch ab, aber Eisner und Gradnauer ließen es nicht daran fehlen, ihm ihr äußerstes Befremden über das geheime Verfahren eindringlichst zu bekunden, sie beschworen ihn geradezu, von solchem Vorgehen abzusehen, sie wiesen darauf hin, daß solche Behandlung unerträglich sei und daß nicht abzusehen sei, was aus solcher Handlungsweise des Vorstands entstehen würde. Ebenso ist auch Genosse Bebel schon vor unserer Kündigung durch einen ihm sehr nahestehenden Parteigenossen, auf dessen Urteil er sonst hohen Wert legt, in einer überaus erregten Auseinandersetzung auf alle Konsequenzen seines Handelns ausdrücklich hingewiesen worden.

Der Parteivorstand und die Berliner Preßkommission haben gewußt, daß ihr Verfahren den schwersten Parteiskandal heraufbeschwören muß. Sie haben das unendlich einfache Mittel, der Partei den Skandal zu ersparen, trotz aller unserer Vorstellungen hartnäckig verweigert. Sie haben Schritt um Schritt die Redakteure dazu gedrängt, die Oeffentlichkeit der Partei aufzurufen. Sie haben entweder mit Absicht es auf den Parteiskandal ankommen lassen wollen oder aber, wenn sie diese Absicht bestreiten, sie haben einen unglaublichen Mangel an politischer Besonnenheit und Voraussicht bewiesen!

Schlußwort.

Fast die gesamte Parteipresse, sowie die Gewerkschaftsblätter haben im Vorwärts-Konflikt von Anfang an scharf Stellung gegen den Parteivorstand genommen; auch die „Denkschrift" des Parteivorstands hat niemanden bekehrt. Nur die bekannte Gruppe der Mehringpresse, die jetzt vom Vorwärts geführt wird, trat auf die Seite der Stärkeren, und schmähte die Mißhandelten. Aber selbst in diesen Blättern fand man leise Einwendungen gegen das Verfahren der Aufsichtsinstanzen.

Dagegen wurden in den letzten Zeiten die Parteigenossenschaften gegen die „Literaten" mobil gemacht und Mehrings glückliche Formel: Den Literaten den Daumen aufs Auge und die Knie auf die Brust! fand — in natürlich nicht so brutalem Bekenntnis — an manchen Orten Anklang. Preßkommissionen forderten hier und dort von den Redaktionen, da sie Widerruf nicht verlangen konnten, wenigstens Schweigen. Alle derartigen Beschlüsse wiederholten dieselben Argumente, als ob sie nach einem Formular gefertigt wären. Parteigenossenschaften an kleinen Orten, die nicht die geringste Kenntnis der tatsächlichen Vorgänge hatten, resolvierten gegen den Literatenkrakehl, gegen die Revisionisten, gegen den Skandal, der von den — sechs Redakteuren angezettelt. Der Vorwärts brachte sorgfältig alle Kundgebungen für den Parteivorstand; fast fühlte man sich an die Tage der Kruppadressen erinnert.

Nach bewährtem bürgerlichen Vorbild, das bisher die Sozialdemokratie noch bei allen ihren Aktionen erlebt hat, wurden die Unterdrückten als die Verbrecher denunziert. Wir hatten uns über ein beispielloses, parteischädigendes Verfahren beklagt, und jetzt las man in den erwähnten Blättern — und aus einigen Parteiorganisationen kam das Echo — wir hätten den größten Skandal angezettelt.

Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit in wahrhaft kompromittierender Weise, wie manche Führer der stolzen Dreimillionen-Partei jeden Prinzipienkampf in eine elende Hexenverfolgung verwandeln. Die „revisionistische Gefahr" wurde ganz wie das „rote Gespenst" von den Scharf-

machern heraufbeschworen. In den Papierballen aber, die mit den Schilderungen der revisionistischen Gefahr bedruckt wurden, haben wir bisher nicht eine einzige Silbe entdecken können, wann, wo, auf welche Weise wir uns als „Revisionisten" gezeigt hätten. Die ganze Rederei über Revisionismus war lediglich ein Ablenkungsmanöver, und es wäre kein gutes Zeichen für die geistige Reife unserer Partei, wenn man dieses Argument der absichtlichen Verwirrung auch nur einen Augenblick ernst genommen haben sollte.

Der Versuch, uns, die Ankläger, in Angeklagte zu verwandeln, mußte scheitern. Der einzige konkrete Vorwurf, den die Denkschrift gegen uns gerichtet, war die Sorge eines Zeremonienmeisters: Wir hätten unsere Kündigung an zu hervorragender Stelle veröffentlicht!

Sonst wirtschaftete man mit leeren Verdächtigungen: Wir hätten um unseres persönlichen Interesses willen die Partei geschädigt — wir, die wir bewußt alle persönliche Rücksicht hintan setzten, um im Interesse der Partei sozialdemokratische Prinzipien zu verteidigen. Wir hätten einen Parteiskandal provoziert und provozieren wollen — durch die Mitteilung unserer Kündigung. Die leicht nachweisbare Wahrheit weiß es anders: Mit unserer kleinen Notiz, die lediglich die Tatsache der Kündigung selbst bekannt gab, wußte die bürgerliche Presse gar nichts anzufangen; erst die brutale Form, in der dann unsere Kündigung von den Aufsichtsinstanzen begrüßt wurde, erregte Aufsehen und Lärm! Wir hätten den Parteivorstand angegriffen — ist das in einer demokratischen Partei nicht mehr erlaubt? Haben wir etwa auch nur eine Unwahrheit, ja auch nur einen Irrtum von dem Parteivorstand behauptet? Man weise derlei uns nach, und wir widerrufen. Leider wurden von unseren betriebsamen Gegnern in der Partei auch Beweisgründe vorgebracht, die gegen unsere Grundauffassungen verstoßen! Wir hätten, so sagte man, die Partei verraten, weil wir den bürgerlichen Feinden Futter geliefert; als „kämpfende Partei" dürften wir das nicht! Gewiß, wir sollen den Feinden keine Waffen liefern, deshalb müssen wir Fehler, Verirrungen, Ungeschicklichkeiten, Niedrigkeiten vermeiden. Seit wann aber gilt in unserer Partei der Oeffentlichkeit die ehrliche Kritik von Mißständen als Schädigung der Partei. Sind wir wirklich schon so weit wie die Kriegervereinler, die uns seit jeher belehren, wer die Schäden unseres von Feinden ringsum umgebenen Vaterlandes aufdecke, verrate das Vaterland! Gemütvolle Parteigenossen gaben endlich auch wohl zu, daß uns ja vielleicht Unrecht geschehen — aber was komme es auf die paar Literaten an, wo so ungeheure Dinge in der Welt zu tun seien! Gewiß, auf uns arme Literaten kommt es wirklich nicht an, wir sind nur zufällige

Opfer, die draufgehen mögen, aber auf Recht und Unrecht kommt es an, auf die innere Reinheit und Wahrheit der Partei, auf demokratische Grundsätze und soziale Elementarregeln, auf Freiheit und Brüderlichkeit, auf Vertrauen und Ehrlichkeit. Wer jetzt von den paar Literaten spricht, um deretwillen unnötig Lärm gemacht werde, hat die Logik der Teufelsinsel, die fragte, ob es sich denn lohne, um des einen lumpigen Juden Dreyfus ganz Frankreich in Unruhe zu stürzen. Merkwürdig, daß gerade unsere Prinzipiellsten so gar kein Gefühl für Prinzipien haben, sondern immer nur Personen sehen! Endlich hat man uns wohl auch vorgeworfen, wir hätten früher die Meinungsfreiheit der Redaktionsminderheit unterdrückt. Nun, die intellektuellen und moralischen Leistungen dieser Minderheit liegen im revidierten Vorwärts jetzt klar zu Tage. Ob da nicht doch einer oder der andere meint, unser ärgster Fehler sei gewesen, daß wir zu rücksichtsvoll waren!

Von all den Vorwürfen, die zumeist das schlechte Gewissen ersann, ist nur einer ernsthafterer Natur: Wir hätten den taktischen Fehler der voreiligen Kündigung begangen. Wer das meint, übersieht doch den Tatbestand nicht vollständig. Man bedenkt nicht, wie lange wir bereits vorher um die elementarsten Rechte vergeblich gekämpft hatten. Man übersieht, daß bereits am Abend vor unserer Kündigung von den beiden nach dem Organisationsstatut entscheidenden Instanzen die Aussperrung beschlossen war; die Hinzuziehung der Funktionäre wäre ja eigentlich gar nicht mehr notwendig gewesen. Wenn aus keinem anderen Grunde, so hatten wir die Pflicht, im letzten Augenblicke durch das einzig noch zu Gebote stehende Mittel von der Partei die Schmach einer Aussperrung elendester Art zu nehmen; das wenigstens haben wir ja auch erreicht! Wenn wir nur kluge Rechner und diplomatische Taktiker gewesen wären, dann hätten wir es zu der Aussperrung kommen lassen sollen; der Skandal wäre dann freilich beispiellos gewesen! Mit unserer Kündigung haben wir uns, wie wir uns bewußt waren, selbst preisgegeben, aber doch immerhin das Aeußerste an Verletzung sozialdemokratischer Grundsätze verhindert. Man rät uns, wir hätten den Instanzenweg beschreiten sollen. Ehe unsere Beschwerde den Adressaten erreicht, wäre das Unheil vollendet gewesen. Uebrigens ist es aber auch ein Irrtum, daß die Kontrolleure für uns in unserer Eigenschaft als Redakteure die Beschwerdeinstanz bilden. Die Kontrollkommission entscheidet nach unserem Statut nur, wenn Vorstand und Preßkommission uneins sind. In unserem Falle aber harmonierten sie!

So können wir auch diesen einzigen gewichtigeren Vorwurf nicht als berechtigt anerkennen. Bei gewissenhaftester

Prüfung müssen wir erklären: Noch einmal vor die Entscheidung gestellt, würden wir genau so handeln.

* * *

Durch das Scheitern der Verständigungsaktion ist vorerst die Möglichkeit einer Sühne vereitelt. Mithin bleiben alle unsere Anklagen in voller Schwere bestehen. Wer die Aktenstücke dieses Heftes nur mit einiger Aufmerksamkeit gelesen, erkennt, daß von unseren tatsächlichen Behauptungen und Feststellungen nicht eine einzige als haltlos erwiesen ist; ja nicht einmal ein geringfügiges Versehen ist uns unterlaufen.

Die folgenden Tatsachen stehen fest:

Erstens: Man hat durch eine scheinbare Versöhnungs- und Beschwichtigungsaktion die höchste Parteiinstanz um das Recht gebracht, über das Schicksal des Zentralorgans zu entscheiden!

Zweitens: Man hat Parteigenossen durch Zusicherungen vertrauensselig gemacht, die dann wehrlos beseitigt wurden.

Drittens: Man hat ohne jede vorherige Verhandlung langjährige Redakteure des Zentralorgans heimlich abgewürgt, grundlos gemaßregelt.

Viertens: Man hat unbeteiligte Redakteure für die verantwortlichen Personen bestrafen wollen.

Fünftens: Man hat den sozialdemokratischen Grundsatz der Mitwirkung der Angestellten an der Regelung des Arbeitsverhältnisses prinzipiell geleugnet und praktisch verletzt.

Sechstens: Man hat hinter dem Rücken von Parteigenossen schwere Anschuldigungen erhoben und sie in die Oeffentlichkeit gebracht, ohne die Verdächtigten vorher auch nur mit der Anklage bekannt zu machen.

Siebentens: Man hat gegen Parteigenossen in Vertrauensstellungen das verwerfliche Mittel der kapitalistischen Aussperrung versucht.

Achtens: Man hat ohne jeden Beweis, ohne Angabe von irgend welchen bestimmten Tatsachen Gesinnungen verdächtigt, man hat parteiliche Anschauungen nachgesagt, die tatsächlich gar nicht vorhanden sind.

Neuntens: Man hat die Gewährung bloßen Verhandelns an einseitige Bedingungen geknüpft, und die Verhandlungen teils verweigert, teils ihr Scheitern direkt oder indirekt bewirkt.

Zehntens: Man hat Redakteure, die sich keine Verfehlung haben zuschulden kommen lassen, wie Polizeispitzel

plötzlich aus der Redaktion geworfen, und sie nicht einmal von der Absicht zuvor unterrichtet, sondern sie durch einen öffentlichen Ukas davon in Kenntnis gesetzt.

Elftens: Man hat sozialdemokratische Redakteure gewaltsam gehindert, die Angriffe der bürgerlichen Presse auf die Partei zurückzuweisen. Man hat dann gegen sie geschrieben, sie hätten die bürgerliche Presse gegen die Partei aufwiegeln wollen.

Zwölftens: Man hat die Parteiehre der also Mißhandelten noch durch dunkle, unfaßbare Andeutungen, sowie durch offenbare Verleumdungen zu untergraben gesucht.

Dreizehntens: Man hat Angegriffene verhindert an der Stelle zu antworten, wo sie angegriffen wurden.

* * *

Wir unterlassen es, Vorschläge zu machen, wie der qualvolle Konflikt doch noch zur Besserung der inneren Parteizustände gedeihen könnte. Auf die von der Hamburger Mitgliedschaft des Vereins Arbeiterpresse aus Anlaß dieser Vorgänge am 3. November beschlossenen Grundsätze sollte sich, so meinen wir, die Partei einigen können. Sie lauten:

„Die Hamburger Mitglieder des Vereins Arbeiterpresse erklären zu der Vorwärtsangelegenheit, daß sie es für unzulässig erachten,

1. parteigenössische Redakteure wegen abweichender Meinung in einzelnen Fragen zu entlassen, solange ihnen nicht nachzuweisen ist, daß sie nicht mehr Sozialdemokraten sind oder gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder gegen Parteitagsbeschlüsse verstoßen haben,
2. erklären die Mitglieder, daß sie es als ein schweres Unrecht erachten, Redakteure oder andere in amtlichen Vertrauensstellen der Partei befindliche Genossen ohne deren vorherige Anhörung zu entlassen,
3. erklären sie, daß es unwürdig ist, zu versuchen, durch Entlassung minder verantwortlicher Genossen auf einem Umweg eine künstliche Mehrheit in der Redaktion eines Parteiorgans zu schaffen.

Die Hamburger Mitglieder des Vereins Arbeiterpresse ersuchen dessen Vorstand, alle denkbaren Mittel anzuwenden, um dieser Auffassung bei den Parteiinstanzen Anerkennung zu verschaffen, damit so vermieden werde, daß ähnliche Vorkommnisse wie im Vorwärts sich irgendwo in der Parteipresse wiederholen."

Die Versammlung stimmte über Absatz 1 der Resolution gesondert und namentlich ab; die Annahme dieses Absatzes erfolgte mit 29 gegen 6 Stimmen. Der übrige Teil der Resolution fand widerspruchslos Annahme.

Der erste sehr wichtige Absatz der Resolution bedeutet natürlich nicht, daß Partei-Redakteure unkündbar sein sollen; seinen Sinn gibt vielmehr zutreffend die folgende Auslassung der Sächsischen Arbeiterzeitung (7. November) wieder: „Wir bestreiten den Aufsichtsinstanzen nicht das Recht, Kündigungen auch aus dem Grunde vorzunehmen, weil sie die Richtung, die ein Redakteur im Blatte vertritt, für verderblich halten. Dem Redakteur muß natürlich, damit er nicht zum gesinnungslosen Tintenkuli herabsinke, ein großes Maß von Spielraum in der Wahl seines Standpunktes innerhalb der vom Parteiprogramm gesteckten Grenzen gelassen werden. Jenes Recht der Aufsichtsinstanzen darf nur in den allerdringendsten Notfällen in Anspruch genommen werden. Nur, wenn sich in längeren Zeiträumen erwiesen hat, daß grundsätzliche Gegensätze zwischen dem Redakteur und der Mehrheit der Parteiorganisation bestehen. Wenn wegen Nichtübereinstimmung in Einzelfragen jedesmal eine Trennung erfolgen sollte, so würde ein unleidlicher Zustand entstehen. Vor allen Dingen aber muß die Ausübung dieses Rechts mit den schärfsten Garantien für den Redakteur verbunden sein. Es muß in solchen Fällen die Meinung der Genossen zweifelsfrei festgestellt sein. Für solche Ausnahmefälle wird das Votum der Aufsichtsinstanz nicht genügen, da muß eine höhere, die die Ansichten der Genossen umfassender und detaillierter zum Ausdruck bringt, eintreten. Und vor dieser Instanz muß der Redakteur seine Anschauung erschöpfend vertreten können."

Druck von G. Birk & Co., München, Wittelsbacherplatz 2.

Inhalt.

Seite

Vorbemerkung 3

Erstes Kapitel: Der Briefwechsel mit dem Parteivorstand.
I. An den Parteivorstand, 10. Oktober 5
II. An den Parteivorstand, 16. Oktober 7
III. An den Parteivorstand, 17. Oktober 7
IV. Die Prinzipienerklärung des Parteivorstandes, vom 20. Oktober 9
V. Die Kündigung, vom 21. Oktober 12
VI. Die Begründung der Kündigung, vom 26. Oktober 12

Zweites Kapitel: Von der Kündigung bis zur Aussperrung.
I. Die Annahme der Kündigung 20
II. Informationen für die Parteipresse 20
III. Die Sperre der Preßstimmen 21
IV. Verhinderte Verteidigung der Partei 23
V. Brief des Vorstands, vom 27. Oktober 23
VI. „Aufklärung" 24
VII. Der Aussperrungs-Ukas 29

Drittes Kapitel: Die Denkschrift des Parteivorstandes 30

Viertes Kapitel: Repliken und Dupliken.
I. Rechenschaft. Erster Teil: Das Verfahren der Prinzipien 45
II. Die Antwort der Aufsichtsinstanzen 54
III. Eine Erklärung Bebels 64
IV. Elf Richtigstellungen 65
V. Die Solidarität des Parteivorstandes 68
VI. „Meine Antwort" 69
VII. Ein Brief an Bebel 76
VIII. Der Rechenschaft zweiter Teil:
Die Prinzipien des Verfahrens 83
Kündigung und Geheimverfahren 101
IX. „Unsere Antwort" 107
X. „Meine Antwort" 112

Fünftes Kapitel: Zwischenspiele.
I. Die Jaurès-Versammlung 114
II. Verhinderte Erklärungen 116
1. Ein Mißtrauensvotum 119
2. Was und wer steckt dahinter 121
3. Der Stein des Anstoßes 123

Sechstes Kapitel: Eine Verständigungsaktion.
I. Der allgemeine Verlauf 126
II. Die erste Bedingung des Parteivorstandes . . . 128
III. Die zweite Bedingung des Parteivorstandes . . . 128
IV. Die Erklärung des Vorstandes des Vereins Arbeiterpresse 129
V. Die Ablehnung des Ausgleiches 131

Wer ist der Schuldige des „Parteiskandals"? 134

Schlußwort 138